

Der Haushalt 2011 auf einen Blick
Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses

		Ansatz 2010	Ansatz 2011
		in €	in €
Summe	ordentliche Erträge	76.917.380	84.900.410
./. Summe	ordentl. Aufwendungen	92.033.950	96.648.810
Ergebnis der laufenden Verwaltungs- tätigkeit		-15.116.570	-11.748.400
Finanzergebnis		-5.092.300	-4.579.500

Gesamtergebnis	-20.208.870	-16.327.900
-----------------------	--------------------	--------------------

Finanzplanung: Ermittlung des Liquiditätsbedarfes

Summe Auszahlungen	86.456.220	88.906.810
./. Summe Einzahlungen	72.754.670	78.423.910
Saldo laufende Verwaltungstätigkeit	-13.701.550	-10.482.900

Summe Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	4.927.200	5.723.100
./. Summe Einzahlungen Investitionen	7.936.000	5.723.100
Saldo Investitionstätigkeit	-3.008.800	0

Finanzmittelfehlbetrag	-10.692.750	-10.482.900
zzgl. Tilgung	3.008.800	3.100.000
abzgl. Kreditaufnahme	0	0

Ergebnis = mögliche neue Kassenkredite

Bestandsänderung eigene Finanzmittel	-13.701.550	-13.582.900
---	--------------------	--------------------

Auch wenn das Ergebnis des Planjahres 2011 gegenüber der Planung 2010 eine deutliche Verbesserung um 3,22 Mio. € ausweist, wurde das Etappenziel gemäß Haushaltssicherungskonzept 2010 (HSK) nicht erreicht.

Die dortige Vorgabe wurde um 2,7 Mio. € verfehlt.

Der Vergleich der Planungen sieht wie folgt aus:

Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses					
	Ansatz 2010	Differenz zum Jahr 2010	Ansatz 2011	Differenz zum HSK	Plan HSK 2010
	in €	in €	in €	in €	in €
Summe ordentliche Erträge	76.917.380	7.983.030	84.900.410	3.793.680	81.106.730
./. Summe ordentliche Aufwend.	92.033.950	-4.614.860	96.648.810	-6.896.670	89.752.140
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	3.368.170	-11.748.400	-3.102.990	-8.645.410
Finanzergebnis	-5.092.300	512.800	-4.579.500	502.800	-5.082.300
Gesamtergebnis	-20.208.870	-3.880.970	-16.327.900	-2.600.190	-13.727.710

In den ausführlichen Erläuterungen des Vorberichtes und in der Darstellung der mittelfristigen Finanzplanung ist zu entnehmen, dass dennoch in der Gesamtbetrachtung die Linie des HSK mit dem Ausgleichsziel 2018 eingehalten wird.

Das liegt u.a. daran, dass das Ergebnis 2010 deutlich verbessert sein wird und somit der Eigenkapitalverzehr reduziert wird. Damit ist der Mehraufwand 2011 finanziert.

Wie aus der nachfolgenden Übersicht der mittelfristigen Ergebnisplanung ersichtlich, wird im Jahre 2013 die HSK Linie bis auf 0,7 Mio. € wieder erreicht.

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes muss das Ziel des Haushaltsausgleichs 2018 oder früher stringent verfolgen.

Weitere Abweichungsgründe sind in den Erläuterungen der Produkte durch den jeweiligen Bereich dargestellt.

Die Mittelfristige Planung 2010 bis 2014 auf einen Blick
Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses

	Ansatz 2010	Hhhaltsans. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
	in €	in €	in €	in €	in €
Summe ordentliche Erträge	76.917.380	84.900.410	84.451.990	87.888.980	89.566.180
./. Summe ordentl. Aufwendungen	92.033.950	96.648.810	96.283.020	95.510.460	95.987.770
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	-11.748.400	-11.831.030	-7.621.480	-6.421.590
Finanzergebnis	-5.092.300	-4.579.500	-4.829.500	-5.079.500	-5.179.500

Gesamtergebnis	-20.208.870	-16.327.900	-16.660.530	-12.700.980	-11.601.090
-----------------------	--------------------	--------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Finanzplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses

Summe Auszahlungen	86.456.220	88.906.810	88.816.020	88.313.460	88.900.770
./. Summe Einzahlungen	72.754.670	78.423.910	78.645.490	82.131.480	84.089.680
Saldo laufende Verwaltungstätigkeit	-13.701.550	-10.482.900	-10.170.530	-6.180.980	-4.811.090

Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.927.200	5.723.100	6.161.450	4.288.500	2.653.100
./. Summe Einzahlungen Investitionen	7.936.000	5.723.100	6.070.200	4.533.700	3.341.250
Saldo Investitionstätigkeit	-3.008.800	0	-91.250	245.200	688.150

Finanzmittelfehlbetrag	-10.692.750	-10.482.900	-10.261.780	-5.935.780	-4.122.940
zzgl. Tilgung	3.008.700	3.100.000	3.200.000	3.380.000	3.460.000
abzgl. Kreditaufnahme	0	0	0	0	0

Ergebnis = mögliche neue Kassenkredite

Bestandsänderung eigene Finanzmittel	-13.701.550	-13.582.900	-13.461.780	-9.315.780	-7.582.940
---	--------------------	--------------------	--------------------	-------------------	-------------------

Entwurf

Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514) hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein mit Beschluss vom _____ folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	84.923.910 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	101.251.810 EUR

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	78.423.910 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	88.906.810 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.723.100 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	8.823.100 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

0 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

330.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der **Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

0 EUR

und

die Verringerung der **allgemeinen Rücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

16.327.900 EUR

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf
75.000.000 EUR
festgesetzt.

Nachrichtlich:

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	380 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	455 v. H.
2.	Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag	435 v. H.

§ 7

Nach dem **Haushaltssicherungskonzept** ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2018 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

- (1) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates nach § 83 der Gemeindeordnung NRW, wenn sie im Einzelfall 25.000 € überschreiten und ihnen keine zur Deckung dieser Ausgaben zweckgebundenen Erträge und Einzahlungen gegenüberstehen. Buchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bleiben hiervon unberührt.
- (2) Die Bewirtschaftung der Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Stadtkämmerers erfolgen. Die Erläuterungen zum Haushaltsplan sind dabei zu beachten. Über Änderungen des Verwendungszweckes im Rahmen der Unabweisbarkeit entscheidet bis 10.000 € der Stadtkämmerer, darüber hinaus der Haupt- und Finanzausschuss.
- (3) Die Wertgrenzen gemäß § 14 Abs. 1 GemHVO, ab der unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden soll, wird auf 400.000 € festgesetzt.
- (4) Auf den im Stellenplan ausgewiesenen Beamtenstellen können Tarifbeschäftigte und auf den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen für Tarifbeschäftigte können Beamte beschäftigt werden.
- (5) Die Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind innerhalb der Produkte für die einzelnen Bereiche als übertragbar und gegenseitig deckungsfähig anzusehen.

Monheim am Rhein, den 20.01.2011

aufgestellt:

bestätigt:

(Herrmann)
Stadtkämmerer

(Zimmermann)
Bürgermeister

Aufbaustruktur für den Haushaltsbuchentwurf 2011

Verwaltungsvorstand (00.02)	
Bürgermeister (BM) Daniel Zimmermann (☎800)	Beigeordneter (BG) Roland Liebermann (☎801)
Kämmerer (Kä) Max Herrmann (☎200)	Schulen/Sport/Gebäudemanagement Uwe Trost (☎130)
Geschäftsführung Martin Frömmer (☎100)	Bauwesen, Stadtplanung u. Wirtschaftsför. Thomas Waters (☎610)
Rechnungsprüfung, Service und Beratung (00.11)	Rechtsberatung (00.05)
Leitung: Harald Beier (☎178-0) Kreis Mettmann	Edgar Lenz (☎802)
Personalvertretung (00.12)	Gleichstellungsbeauftragte (00.13)
Vorsitz: Klaus Ketzler (☎810)	Gisela Herforth (☎818)
Bereich 10 Zentraler Service	Bereich 20 Finanzen
Leitung: Martin Frömmer (☎100)	Leitung: Guido Krämer (☎202)
Bereich 32 Ordnung und Soziales	Bereich 40 Schulen und Sport
Leitung: Marion Warden (☎500)	Leitung: Uwe Trost (☎130)
Bereich 41 Bildung und Kultur	Bereich 51 Jugend
Leitung: Georg Thomanek (☎711)	Leitung: Annette Berg (☎555)
Bereich 60 Bauwesen	Bereich 61 Wirtschaftsförderung und Stadtplanung
Leitung: Andreas Apsel (☎600)	Leitung: Thomas Waters (☎610)
Bereich 71 Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	Bereich 81 Eigenbetrieb Städtische Betriebe
Leitung: Kurt Hundenborn (☎650)	Leitung: Gerhard Mächler (☎550)

Bereich 00		Politik , Verwaltungsleitung und Controlling	
00.01	Rat und Ausschüsse	00.05	Rechtsberatung und Vertretung
00.02	Verwaltungsvorstand	00.11	Rechnungsprüfung, Service und Beratung
00.03	Vorstandsbüro und Öffentlichkeitsarbeit	00.12	Personalvertretung
00.04	Controlling	00.13	Gleichstellung

Bereich 10		Zentraler Service	
10.00	Bereichsinterner Overhead	10.03	Büroservice
10.01	Personal und Organisation	10.05	Archiv
10.02	Informationstechnologie		

Bereich 20		Finanzen	
20.00	Bereichsinterner Overhead	20.03	Finanzbuchhaltung
20.01	Finanzservice	20.04	Beteiligungsverwaltung
20.02	Steuern und Gebühren		

Bereich 32		Ordnung und Soziales	
32.00	Bereichsinterner Overhead	32.06	Besondere Bürgerangelegenheiten
32.01	Bürgerbüro	32.07	Allgemeine Sozialhilfe
32.02	Allgemeiner Bürgerservice	32.08	Wohngeld
32.03	Standesamtswesen	32.09	Unterhalt
32.04	Wahlen	32.10	Feuerwehr
32.05	Ordnungsangelegenheiten	32.11	Rettungsdienst und Krankentransport

Bereich 40		Schulen und Sport	
40.00	Bereichsinterner Overhead	40.04	Sportbüro
40.01	Schulen		

Bereich 41		Bildung und Kultur	
41.00	Bereichsinterner Overhead	41.02	Musikschule
41.01	Volkshochschule	41.04	Kulturverwaltung

Bereich 51		Kinder, Jugend und Familie	
51.00	Bereichsinterner Overhead	51.05	Jugendgerichtshilfe
51.01	Offene Formen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit	51.06	Unterstützende Hilfen für Alleinerziehende
51.02	Jugendförderung und Spielplätze	51.07	Kindertagesstätten und Kindertagespflege
51.03	Jugendsozialarbeit	51.08	Monheim für Kinder (Mo.Ki)
51.04	Familienunterstützung	51.09	Offene Ganztagschulen in städtischer Trägerschaft

Bereich 60		Bauwesen	
60.00	Bereichsinterner Overhead	60.05	Abwassertechnische Anlagen
60.01	Wohnungsangelegenheiten	60.06	Bestattungen und Friedhöfe
60.02	Stadtreinigung	60.07	Bodenordnung
60.03	Verkehrsangelegenheiten	60.08	Abfallbeseitigung
60.04	Verkehrs- und Grünflächen	60.09	Deich

Bereich 61		Wirtschaftsförderung und Stadtplanung	
61.00	Bereichsinterner Overhead	61.04	Wirtschaftsförderung
61.01	Stadtmarketing und Stadtentwicklung	61.05	Bauaufsicht und Denkmalpflege
61.02	Katastertechnisches Informationssystem	61.06	Bebauungsplanung
61.03	Umweltangelegenheiten	61.09	Stadtfest

Bereich 71		Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	
71.00	Bereichsinterner Overhead	71.03	Liegenschaften
71.01	Gebäudebewirtschaftung und -unterhaltung		

Bereich 90		Allgemeine Finanzwirtschaft	
90.01	Allgemeine Finanzwirtschaft		

Der Vorbericht und seine Inhalte

Gemäß § 7 GemHVO soll der Vorbericht einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes geben. Die Entwicklung und aktuelle Lage der Stadt Monheim am Rhein sind anhand der im Haushaltsplan enthaltenen Informationen und der Ergebnis- und Finanzdaten darzustellen.

Die wesentlichen Zielsetzungen der Planung für das Haushaltsjahr und die folgenden drei Jahre sowie die Rahmenbedingungen der Planung sind aufzuzeigen.

Der Vorbericht soll die örtlichen Rahmenbedingungen erläutern sowie die im Planjahr bestehenden Haushaltsrisiken und zukünftige Verpflichtungen in Folgejahren darstellen. Insbesondere ist ein Ausblick auf wesentliche örtliche Veränderungen der Rahmenbedingungen der Ergebnis- und Finanzplanung sowie die Entwicklung wichtiger Planungskomponenten und -ziele im gesamten Planungszeitraum zu geben.

Hinsichtlich der zeitlichen Komponente für die Gesamtbetrachtung des Vorberichtes ist voranzustellen, dass die abschließende Verbuchung des Jahresabschlusses 2008 noch nicht erfolgt. Die Ergebniszahlen in 2008 sind nicht immer korrekt und können bei der Analyse durch Dritte nicht bewertet werden.

Soweit erforderlich, wurden annähernd korrekte Werte bei den nachfolgenden Tabellen und Grafiken eingepflegt.

Eckpunkte im Rahmen der Gesamtbetrachtung eines NKF-Haushalts und zur Gesamtentwicklung in den jeweils drei Folgejahren sind die:

- **Gesamterträge** und Allgemeine Finanzierungsmittel (= Kontierung)
 - (40) Steuern und ähnliche Abgaben
 - (41) Zuwendungen und allg. Umlagen
 - (42) Sonstige Transfererträge
 - (43) Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte
 - (441) Privatrechtliche Leistungsentgelte
 - (442) Kostenerstattungen und Kostenumlagen
 - (45) Sonstige ordentlichen Erträge

- **Gesamtaufwendungen** (= Kontierung)
 - (50) Personalaufwendungen,
 - (51) Versorgungsaufwendungen
 - (52) Sach- und Dienstleistungen
 - (53) Transferaufwendungen / Sozialbudget
 - (54) Sonstige ordentlichen Aufwendungen)
 - (57) Bilanzielle Abschreibungen

- **Finanzergebnis**
 - (46) Finanzerträge
 - (55) Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Darstellung des Haushaltes im Vorbericht erfolgt nach folgender Gliederung:

I. Die laufenden Erträge

- I. 1 Steuern und ähnliche Abgaben:
 - I. 1.1 Gewerbesteuer
 - I. 1.2 Grundsteuer
 - I. 1.3 Einkommensteueranteile
 - I. 1.4 Umsatzsteueranteile
- I. 2 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen
 - I. 2.1 Schlüsselzuweisungen
 - I. 2.2 Auflösung Sonderposten
- I. 3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
- I. 4 Privatrechtliche Leistungsentgelte
- I. 5 Kostenerstattungen und Umlagen
- I. 6 Sonstige ordentlichen Erträge

II. Die laufenden Aufwendungen

- II. 1 Personalaufwendungen
- II. 2 Versorgungsaufwendungen
- II. 3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- II. 4 Bilanzielle Abschreibungen
- II. 5 Kreisumlage
- II. 6 Transferaufwendungen
- II. 7 Sonstige ordentlichen Aufwendungen

III. Finanzergebnis

- III. 1 Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten
- III. 2 Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten (Kassenkredite)

IV. Die Investitionsmaßnahmen

- IV. 1 Allgemeines zur Finanzierung
- IV. 2 Die wichtigsten Investitionen auf einen Blick:
- IV. 3 Verpflichtungsermächtigungen
- IV. 4 Schuldenentwicklung (Teil der langfristigen Verbindlichkeiten)
- IV. 5 Entwicklung der Rücklagen
- IV. 6 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte (Teil der langfristigen Verbindlichkeiten)

V. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

VI Die Vorjahre

- VI. 1 Das Haushaltsjahr 2010
- VI. 2 Das Haushaltsjahr 2009

VII. Das Haushaltssicherungskonzept 2010 und seine Fortschreibung

- VII. 1 Vergleich HHPlanung 2011 zu Vorgaben HSK 2010
- VII. 2 Prämissen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010
- VII. 3 Kurzübersicht des HSK 2010
- VII. 4 Sachstand der Einzelmaßnahmen des HSK Ende 2010

VIII. Grafische Darstellungen

IX. Teilfinanzpläne der Bereiche mit Erläuterungen

X. Erläuterungen NKF

Ergebnisplan: laufende Erträge

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Ertragsarten	in €	in €	in €	in €	in €
Gewerbsteuer	13.000.000	18.000.000	18.000.000	19.000.000	21.000.000
Grundsteuer A + B	7.160.000	7.560.000	7.960.000	8.010.000	8.030.000
Anteil an der Einkommensteuer	13.000.000	13.850.000	14.800.000	15.650.000	16.500.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.650.000	3.520.000	3.620.000	3.690.000	3.770.000
andere Steuern; steuerähnliche Einn.	640.050	850.050	850.050	850.050	850.050
Zuweisungen; allgemeine Umlagen	16.632.070	14.853.840	16.060.990	17.526.530	16.491.530
Sonstige Transfererträge	558.000	257.000	257.000	257.000	257.000
Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	15.446.760	16.193.450	15.019.200	15.040.950	15.046.500
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.658.050	1.554.950	1.567.150	1.571.350	1.593.000
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.650.800	3.245.270	3.161.750	3.187.250	3.202.250
Sonstige ordentliche Erträge	2.521.650	5.015.850	3.155.850	3.105.850	2.825.850
Aktivierete Eigenleistung					
Summe ordentliche Erträge	76.917.380	84.900.410	84.451.990	87.888.980	89.566.180
./. Summe ordentliche Aufwend.	92.033.950	96.648.810	96.283.020	95.510.460	95.987.770
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	-11.748.400	-11.831.030	-7.621.480	-6.421.590

I. Die laufenden Erträge

I. 1 Steuern und ähnliche Abgaben:

Im Vergleich zum Vorjahr werden diese Erträge um 6.310.000 € auf insgesamt

43.760.000 €

steigen.

I. 1.1 Gewerbesteuer

Der Hebesatz beträgt seit 2007 unverändert 435 %-Punkte.

Der Haushaltsansatz für 2011 wurde auf 18,0 Mio. € festgesetzt. Das sind 3 Mio. € mehr, als im HSK vorgesehen.

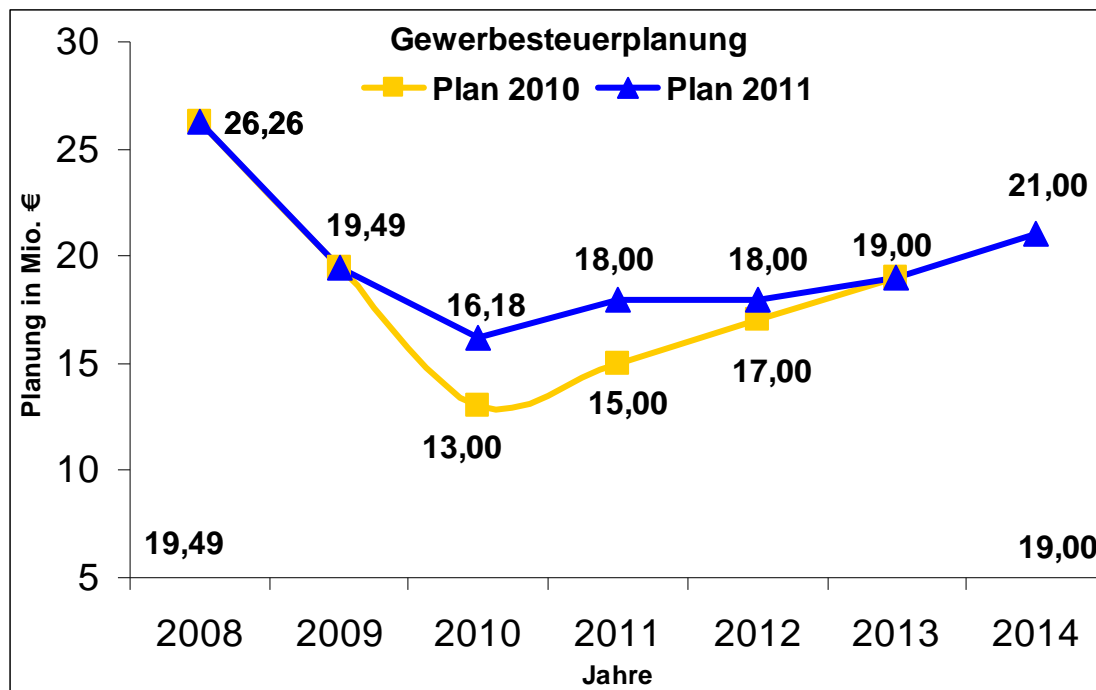
Der Ansatz konnte so gewählt werden, weil eine Steuerfestsetzung gleich zu Beginn des Jahres 2011 über eine Nachzahlung von rd. 5 Mio. € für die Jahre 2004 und 2005 erfolgte, die noch eingearbeitet wurde.

Auch das vorläufige Ergebnis für 2010 liegt mit 16,15 Mio. € um gut 3 Mio. € über dem Ansatz von 13 Mio. €. Hier sind ebenfalls erhebliche Nachzahlungen für Vorjahre die Hauptursache. Allerdings wurden auch die Prognosen von Unternehmen für die Festsetzung von Vorausleistungen aufgrund gesteigener Ertragskraft deutlich nach oben angepasst.

Mit solchen Anpassungen können Unternehmen in der Regel nicht gut leben und deshalb gab es als Wermutstropfen Mitteilungen darüber, dass wegen Umstrukturierungsmaßnahmen und Veränderung der Rückstellungspolitik Vorausleistungen für 2010 tlw. zu erstatten seien und auch die Ansätze für 2011 zu korrigieren wären.

Vor diesem Hintergrund ist der Haushaltsansatz 2011 in Höhe von 18 Mio. € von der Zuversicht geprägt, dass mehr als nur 3 bis 4 Unternehmen auf Grund des Wirtschaftswachstums ihre Ertragskraft deutlich steigern werden.

Die vom HSK 2010 abweichenden Mehrerträge, insbesondere im Jahr 2010, ermöglichen es, weiterhin den Ausgleich 2018 zu realisieren und führen auch dazu, dass nicht mehr als 5 Mio. € Eigenkapital zusätzlich verzehrt werden.



I. 1.2 Grundsteuer

Die Grundsteuer B stellt eine relativ sichere Einnahme dar.

Wegen der Hebesatzanhebung im Jahr 2011 auf 455 %-Punkte wird ein Mehrertrag von 400.000 € erzielt.

Der Ansatz 2011 beträgt	7,53 Mio. €.
Der Ansatz 2010 beträgt	7,13 Mio. €.
Der Ansatz 2009 beträgt	6,75 Mio. €.

I. 1.3 Einkommensteueranteile

Die Gemeinden erhalten nach dem Gemeindefinanzreformgesetz einen bestimmten Anteil des Aufkommens an der Lohn- und Einkommensteuer. Die Verteilung erfolgt nach einem Schlüssel, der von den Ländern nach dem Bundesstatistikgesetz ermittelt und durch Rechtsverordnung alle drei Jahre neu festgesetzt wird (§ 2 Abs. 1 Gemeindefinanzreformgesetz).

Für jede Gemeinde wird eine Schlüsselzahl gebildet. Sie ist der in einer Dezimalzahl ausgedrückte Anteil der Gemeinde an dem auf die Gemeinden des Landes NRW entfallenden Steueraufkommen. Zum 01.01.2009 wurde ein neuer Schlüssel festgesetzt, der auf der Finanzstatistik 2007 beruht.

Seit mehr als 10 Jahren entwickelt sich das Monheimer Einkommensteueraufkommen gegenüber dem Landesdurchschnitt deutlich negativ. **Basierend auf dem Wert von 1999 ergibt sich ein Minus von 11 %!**

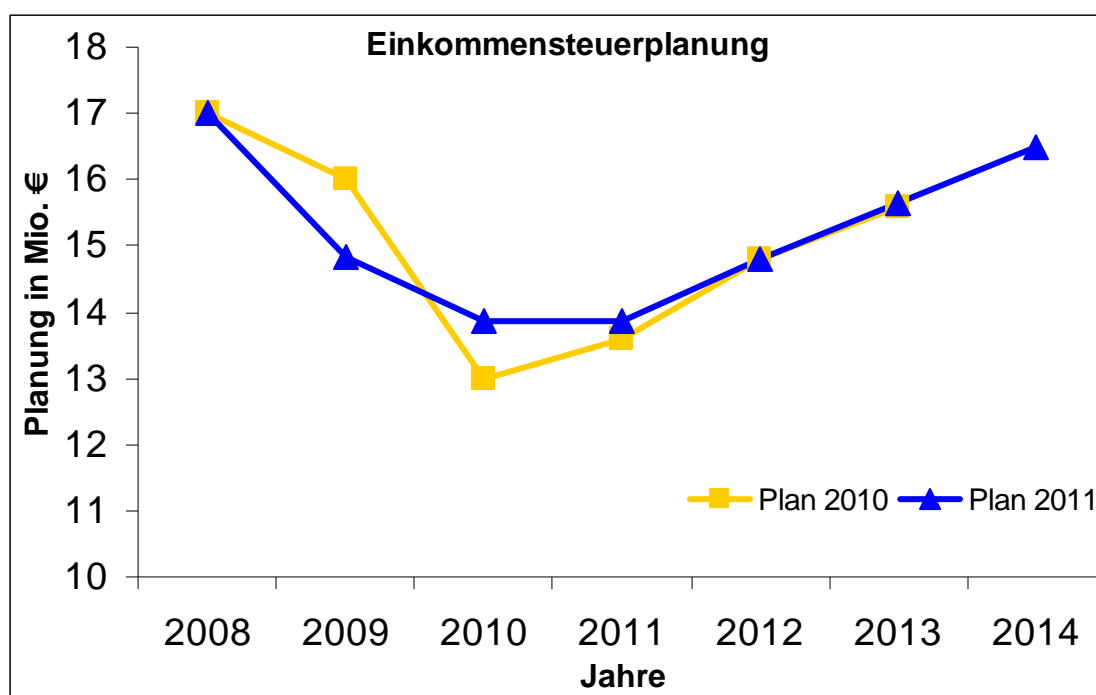
Die Schlüsselzahl für die Jahre 2009 bis 2011 lautet: 0,0025598 = minus 4,27 %

Die Schlüsselzahl für die Jahre 2006 bis 2008 lautet: 0,0026739 = minus 0,26 %

Die Ansatzermittlung: 2011 n u r 13,85 Mio. €

Die Orientierungsdaten versprechen eine Gesamtverteilungsmasse von 5,45 Mrd. €. Daraus errechnet sich für Monheim ein Anteil von 13,85 Mio. €. Dieser Ansatz entspricht auch den Planungen gemäß HSK 2010.

Die Mehrerträge 2010 waren nicht vorhersehbar, während im HSK für 2011 die positive Prognose einkalkuliert wurde.



I. 1.4 Umsatzsteueranteile

Ähnlich wie bei der Lohn- und Einkommensteuer erhalten die Gemeinden einen bestimmten Anteil des Aufkommens an der Umsatzsteuer. Die Verteilung erfolgt ebenfalls nach einem Schlüssel, der von den Ländern festgesetzt wird (§ 5b Gemeindefinanzreformgesetz).

Für jede Gemeinde wird eine Schlüsselzahl gebildet. Sie ist der in einer Dezimalzahl ausgedrückte Anteil der Gemeinde an dem auf die Gemeinden des Landes NRW entfallenden Steueraufkommen. Die Schlüsselzahl lautet: 0,0022392.

Die Ansatzermittlung:

Maßgebend neben den o.g. Faktoren sind die Erträge des Bundes aus der Umsatzsteuer und die daraus resultierende Verteilung auf die einzelnen Bundesländer. Die Orientierungsdaten aus der Novembersteuerschätzung lassen ein Aufkommen für NRW in Höhe von rd. 875 Mio. € erwarten.

Einschließlich der Kompensationszahlungen aus dem Familienleistungsausgleich ergibt sich rechnerisch ein Ansatz von 3,52 Mio. €.

I. 2 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen

I. 2.1 Schlüsselzuweisungen

**Trotz gleichgebliebener Steuerkraft eine deutliche Reduzierung um 2,2 Mio. €!
Der Ansatz für 2011 beträgt 6,2 Mio. €.**

Die Gemeinden erhalten immer noch aus den Verbundsteuern 23% in Form von Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Die Einnahmen stehen aufgrund der aktuellen Steuerzahlungen auf Basis der Ist-Werte vom 01.10.2009 bis 30. 09. 2010 fest.

Das Volumen für Schlüsselzuweisungen steigt gegenüber dem Volumen des GFG NRW 2010 (vor Nachtragshaushalt des Landes NRW) um rd. 320 Mio. €.

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich NRW wird der fiktive ermittelte örtliche Finanzbedarf der ebenfalls fiktiv ermittelten Steuerkraftmesszahl gegenübergestellt. Ist der festgestellte Bedarf (Ausgangsmeßzahl) höher als die Steuerkraftmesszahl, so werden 90% der Differenz über die Schlüsselzuweisungen ausgeglichen.

Die für die Zahlung von Schlüsselzuweisungen nach dem GFG 2011 maßgebliche Steuerkraftmesszahl der Stadt Monheim am Rhein im Referenzzeitraum vom 01.07.2009 bis zum 30.06.2010 hat sich gegenüber dem Vorjahrswert von 38.666.921 € auf 39.470.322 € kaum verändert.

Von dem Differenzbetrag zwischen Ausgangsmesszahl (46,3 Mio. €) und Steuerkraftmesszahl wird der Gemeinde 90 % als Schlüsselzuweisung gezahlt.

Nachteile für Monheim am Rhein haben sich trotz nur gleichbleibender Steuerkraft durch die deutlich reduzierte Festsetzung der Ausgangsmesszahl von 47,8 Mio. € auf nur noch 46,3 Mio. € ergeben.

Dies liegt daran, dass einige Parameter für die Ermittlung der Zahl kurzfristig geändert wurden. So wurde der Durchschnittshebesatz für die Gewerbesteuer von 403 %-Punkte auf 411 %-Punkte angehoben, die Wertigkeit von Langzeitarbeitslosen und Bedarfsgemeinschaften wurde ebenfalls nach oben verändert.

Die Hauptursache für den drastischen Rückgang der Zuweisung liegt allerdings darin, dass landesweit die Steuerkraft vieler Kommunen erheblich gesunken ist und dort deshalb die Bedarfe erheblich höher sind.

Dies ist ein überzeugendes Indiz dafür, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind und die ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht mit der dazu erforderlichen Finanzausstattung übereinstimmen.

I. 2.2 Auflösung Sonderposten

Den auf der Passivseite der Bilanz veranschlagten Sonderposten kommt die Funktion zu, von Dritten erhaltene investitionsbezogene Zuwendungen sowie Beiträge bilanziell abzubilden. Die Sonderposten werden – verteilt auf die Nutzungsdauer des jeweiligen Anlagegutes – ertragswirksam aufgelöst und mindern so die Belastung aus den parallel zu bildenden Abschreibungen.

Aus den Zuweisungen von Bund, Land und anderen öffentlichen Bereichen und den von Privaten gezahlten Beträgen für Beiträge, hauptsächlich Erschließungs- und Kanalanschlussbeiträge werden insgesamt 5,3 Mio. € als Ertrag aufgelöst.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich eine Erhöhung dieses Ertrages um 1,2 Mio. € ergeben. Dies ist allerdings nicht von Vorteil, da sich im Gegenzug die dazu gehörigen Abschreibungen um rd. 2,2 Mio. € erhöht haben, was per Saldo zu einer erhöhten Haushaltsbelastung von rd. 1 Mio. € führt.

Die Anpassung dieser Werte erfolgte im Rahmen des ersten Jahresabschlusses (exakte Wertermittlung aus der neuen Anlagebuchhaltung) nach der Eröffnungsbilanz für das Jahr 2007.

I. 3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Der Gesamtbetrag der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 16,2 Mio. € (in 2010 15,45 Mio. €) sind um 4,85 % gestiegen.

Die Mehrerträge resultieren aus:

- 250.000 € Die Erträge aus Benutzungsgebühren für die öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Abfallbeseitigung, Krankentransport und Straßenreinigung sind um ca. 250.000 € gestiegen. Auf die Gebührenkalkulationen und die dazu ergangenen Ratsbeschlüsse wird verwiesen.
- 150.000 € Im KiTa und OGaTa Bereich sind die Erträge ebenfalls um rd. 150.000 € gestiegen. Ursächlich ist der deutliche Ausbau des Angebotes und damit die gestiegenen Anzahl der teilnehmenden Kinder.
- 200.000 € Der neue Bundespersonalausweis ist deutlich teurer und es wird eine hohe Anzahl von Anträgen erwartet. Im Gegenzug sind von diesen Erträgen die Kosten an die Bundesdruckerei zu erstatten.

I. 4 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Gesamtsumme von 1,54 Mio. € ist im Verhältnis zum Haushaltsvolumen gering.

Neben Erbbaurechtspachten und Mieten für städtische Liegenschaften sind hier vor allen Dingen Entgelte der Volkshochschule und Musikschule und die Zahlungen für Schulverpflegung als Erträge veranschlagt.

Die Erhebung erfolgt entsprechend den gem. HSK nach oben angepassten Satzungen bzw. Entgeltordnungen der Einrichtungen.

I. 5 Kostenerstattungen und Umlagen

Die Gesamterträge aus dieser Position betragen rd. 3,25 Mio. €, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr (2,65 Mio. €) von 22,6 % entspricht. Darin finden sich Kostenerstattungen des Landes für Asylbewerbende und die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz wieder. Größere Positionen stellen die Kostenerstattungen der ARGE für Personalgestellung (850.000 €), des Rheinisch-Bergischen-Wasserverbandes für die Überlassung von Regenrückhaltebecken (600.000 €) und des Kreises für den Betrieb von OGaTa Gruppen in der Leo-Lionni-Schule dar.

Die Steigerung beruht aus zusätzlichen Erträgen im Zusammenhang mit der Personalabrechnung für die Stadt Hilden (100.000 €), der Beteiligung der Stadt Langenfeld an den Kosten für die Förderschule (160.000 €) und anderer Träger bei der Vollzeitpflege (300.000 €) im Bereich Jugend und Familie.

I. 6 Sonstige ordentlichen Erträge

Dieser Ansatz steigt von 2,52 Mio. € in 2011 auf 5,01 Mio. €.

- 1.500.000 € Einmalig: Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlungen für die Jahre 2004 und 2005 gem. § 222 a Abgabenordnung
- 1.000.000 € Einmalig: Ertragswirksame Auflösung der Instandhaltungsrückstellung für Gebäude nach Abrechnung und Verbuchung in den Jahresabschlüssen 2007 bis 2010. Veranschlagung nicht durchgeführter Maßnahmen in Höhe von 550.000 € als Aufwand im Budget 71-Gebäudemanagement.
- 2.000.000 € Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Wasser
- 200.000 € Erträge aus Grundstücksveräußerungen über Buchwert

II. Die laufenden Aufwendungen

Ergebnisplan: Laufende Aufwendungen

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Aufwandsarten	in €	In €	in €	in €	in €
Personalaufwendungen	19.584.710	19.692.640	19.897.340	19.895.070	19.895.930
Versorgungsaufwendungen	1.100.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000
Sach- und Dienstleistungen	15.229.770	16.170.050	15.240.890	15.071.870	15.079.860
Bilanzielle Abschreibungen	9.130.890	11.300.000	11.300.000	11.300.000	11.300.000
Kreisumlage	19.900.000	20.600.000	20.000.000	18.500.000	19.000.000
Transferaufwendungen	22.602.010	23.983.510	24.983.060	25.834.060	25.826.920
Sonstige Aufwendungen	4.486.570	3.552.610	3.511.730	3.559.460	3.535.060
Summe ordentliche Aufwendungen	92.033.950	96.648.810	96.283.020	95.510.460	95.987.770
./. Summe ordentliche Erträge	76.917.380	84.900.410	84.451.990	87.888.980	89.566.180
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	-11.748.400	-11.831.030	-7.621.480	-6.421.590

II. 1 Personalaufwendungen

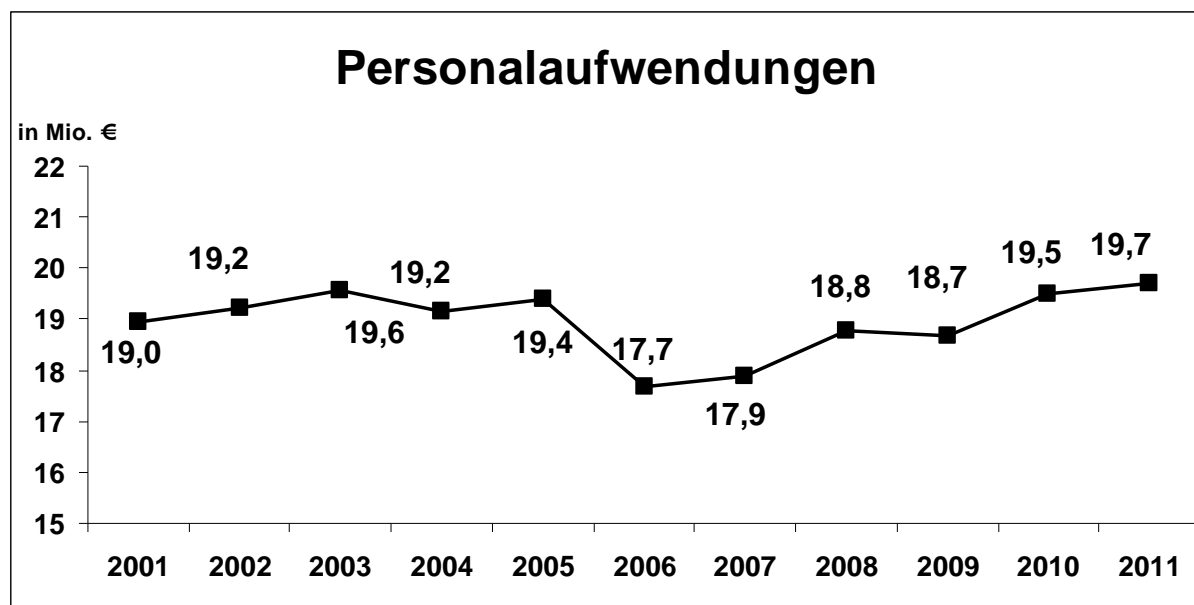
19.692.640 Euro entsprechen exakt den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes

Die Gesamtpersonalaufwendungen des Jahres 2011 belaufen sich auf 19.692.640 Euro. Dies entspricht exakt den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes.

Neben Tarifsteigerungen war auch der Personalaufbau für eine neue Kindertagesstätte in städt. Trägerschaft, für Schulsozialarbeit und Rückführungsmanagement im Bereich Jugendhilfe Kalkulationsgrundlage.

Die Neuzuführung an Rückstellungen (jährliche Teilwertberichtigung) für die aktiven Beamtinnen und Beamte beträgt 1,04 Mio. €. Die Rückstellungen für Beihilfen betragen 0,37 Mio. €.

Der verbleibende Personalaufwand verteilt sich auf die Beamtenbesoldung, Entgelte für tariflich Beschäftigte, Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung, Beiträge zur Zusatzversorgungskasse (RZVK) und Beihilfen für die aktiven Beamtinnen und Beamten.



II. 2 Versorgungsaufwendungen

Im Ergebnisplan werden auch die zu zahlenden Versorgungsaufwendungen an bereits pensionierte Beamtinnen und Beamte veranschlagt. Ein Teil dieser Aufwendungen wird jedoch aus der Inanspruchnahme der eigens dafür gebildeten Rückstellung befriedigt. Es ist bekannt, dass die Höhe der zulässigen Inanspruchnahme nicht ausreicht, um den Aufwand zu decken.

Es sind aktuell für Pensionszahlungen und Beihilfen für Pensionäre insgesamt jährlich ca. 1,35 Mio. € zusätzlich als Aufwand zu etatisieren, die nicht aus Rückstellungen entnommen werden können.

Für die aktiven Beamten wird gemäß Ratsbeschluss mit Wirkung vom 01.01.2011 eine Versicherungslösung angestrebt, um sicher zu stellen, dass in der Zukunft die Rückstellungsbeträge garantierte Finanzergebnisse erzielen, die den Versorgungsanspruch in voller Höhe decken.

Die hier zu etatisierende Versorgungsaufwendungen werden sukzessive sinken, da keine neuen Versorgungsfälle ungedeckt sein werden.

II: 3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen ist von 15,23 Mio. € auf 16,17 Mio. € um 0,92 Mio. € (das sind 6 %!) gestiegen.

Ursächlich sind hier vor allen Dingen ad hoc nicht steuerbare Aufwendungen oder einmalige Aufwendungen für Projekte.

Die besonderen Einzelposten:

- 236.000 € PPP-Vertrag Schulen: Nachzahlungen für Energie aus 2009/2010 wegen Preissteigerungen und Verbrauchssteigerungen wegen des starken Winters 2009/2010 und der Ausweitung der Nutzungszeiten durch Ganztagsbetriebe.
Obligatorische indizierte Preissteigerung für die Dienstleistung.
- 350.000 € Veranschlagung von Sanierungsmaßnahmen (vor allen Dingen in Schulen) als Aufwand, die zuvor aus Rückstellungen nicht rechtzeitig erledigt werden konnten. Gegenfinanzierung durch ertragswirksame Auflösung der Rückstellung.
- 175.000 € Im Vorjahr versehentlich nicht etatisierter Aufwand für Material der Eigenreinigung und Leistung Fremdreinigung. Allerdings ist der reduzierter Personalaufwand höher.
- 200.000 € Stundenerhöhung der Städtischen Betriebe. Die Leistungen der städt. Betriebe sind gestiegen. Vorbehaltlich der Zustimmung zum Wirtschaftsplan der Städtischen Betriebe.
- 330.000 € Baureifmachung von Grundstücken. Abriss und Entsorgung der Wilh.-Busch-Schule, der KiTa/Musikschule Bregenzer Straße, des Wohnhauses/Mehrzweckhauses Kri-scherstraße
- 200.000 € Abriss- und Entsorgungskosten Sportplatz Kielsgraben
- 275.000 € Im Vorjahr wurden einmalig 275.000 € für Sportstättenanierung gem. Sportstättenkonzept (aus KP II Mitteln) etatisiert.
- 160.000 € Erhöhte Abführungsbeträge an die Bundesdruckerei für die neuen Personalausweise

Weiterhin ist es unabdingbar die Steigerung von Sachausgaben, denen nicht unmittelbar Mehreinnahmen gegenüberstehen, zu verhindern. Entsprechend wurde die Planung für die Jahre 2010 ff, wie bisher, haushaltsskontenscharf vorgenommen und zu einem großen Teil den Werten des Ergebnisses 2008 angepasst.

Gemäß Haushaltssicherungskonzept wurden den Bereichen die Sachaufwendungen bereits in 2010 um insgesamt 250.000 € gekürzt. Diese Kürzung wurde beibehalten.

In diesem relativ hohen Aufwandsblock sind auch die über Gebührenhaushalte refinanzierten Aufwendungen enthalten.

II. 4 Bilanzielle Abschreibungen

Abschreibungen dokumentieren den Werteverzehr des Anlagevermögens, verteilt auf die jeweilige Nutzungsdauer.

Grundstücke werden wegen ihrer unbegrenzten Nutzung nicht abgeschrieben.

Nach dem ersten Jahresabschluss NKF für 2007 für die Stadt Monheim am Rhein ergibt sich aus den Werten der Anlagebuchhaltung ein Gesamtabschreibungsvolumen von jährlich 11,3 Mio. €. Dem stehen insgesamt Erträge von 5,3 Mio. € aus der Auflösung von Sonderposten (siehe 1.22) gegenüber. Rund weitere 3 Mio. € werden über Gebühreneinnahmen finanziert.

Aus dem allgemeinen Haushalt sind mithin rd. 3,0 Mio. € zu erwirtschaften. Das sind 1 Mio. € mehr, als auf Grund der geschätzten Daten nach der Eröffnungsbilanz in den Vorjahren bisher veranschlagt waren.

II. 5 Kreisumlage

Zur Finanzierung seiner Aufgaben erhebt der Kreis Mettmann gem. § 45 Kreisordnung NRW in Verbindung mit den Bestimmungen des jeweils gültigen Gemeindefinanzierungsgesetzes eine jährlich durch den Kreistag neu festzusetzende Kreisumlage. Sie wird nach einem Prozentsatz der Umlagegrundlagen berechnet. Neben der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisung ist auch die Solidarleistung Deutsche Einheit Umlagegrundlage.

Die Entwicklung der Umlagegrundlagen für das Haushaltsjahr:

2007	2008	2009	2010	2011
40,0 Mio. €	46,35 Mio. €	48,79 Mio. €	46,93 Mio. €	45,67 Mio. €

Der Hebesatz für die Kreisumlage betrug in 2008 42,0 %-Punkte, im Jahr 2009 41 %-Punkte, im Jahre 2010 42,2 %-Punkte.

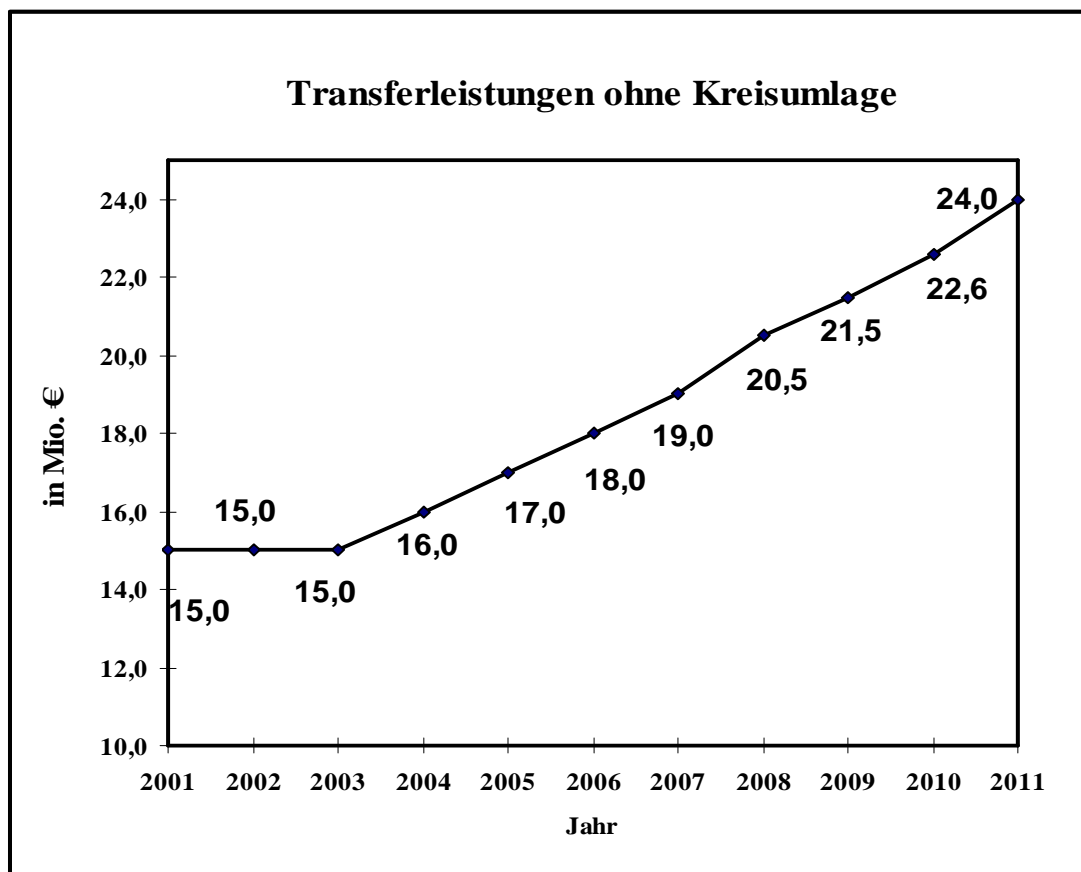
Der Kreistag hat für 2011 den Kreisumlagebetrag nominal auf 290 Mio. € festgelegt. Nach den erst jetzt bekannten Umlagegrundlagen ergibt sich eine Anhebung auf 45,1 %-Punkte. Dieser hohe Hebesatz kommt zu Stande, weil nur wenige Gemeinden im Kreis ihre Steuerkraft ausbauen oder halten konnten. Viele Städte hatten starke Gewerbesteuerausfälle. Dies führt dazu, dass die Stadt Monheim in diesem Jahr überproportional an der Kreisumlage beteiligt wird, auch wenn insgesamt die drei steuerstarken Städte des Kreises Mettmann die Lasten abfedern.

Immerhin führt Monheim die gesamte Netto-Gewerbesteuer und fast die gesamte Grundsteuer an den Kreis ab.

Die Entwicklung des Zahlbetrages der Kreisumlage:

2007	2008	2009	2010	2011
18,01 Mio. €	19,76 Mio. €	20,00 Mio. €	19,90 Mio. €	20,60 Mio. €

II. 6 Transferaufwendungen



Transferaufwendungen sind Aufwendungen für Zuweisungen und auch Zuschüsse für laufende Zwecke an Dritte ohne spezielle Gegenleistung. Ein Großteil machen die Sozialtransferleistungen aus (Sozialhilfe, Jugendhilfe).

Dazu gehören aber auch die Steuerumlagen und allgemeine Umlagen an Bund, Land, Gemeindeverbände.

Nach Abzug der **Kreisumlage** haben diese Aufwendungen sich mit 23,99 Mio. € gegenüber dem Jahr 2010 mit 22,61 Mio. € um rd. 1,38 Mio. € erhöht.

Die wichtigsten Veränderungen:

- 800.000 € Mehrzahlung Gewerbesteuerumlage wegen des um 5 Mio. € höheren Ansatzes gegenüber dem Jahr 2010.
- 600.000 € Mehraufwendungen für KiTa, Tagespflege und OGaTa wegen Ausbau des Angebotes und Erhöhung der betreuten Kinder
- 275.000 € Erhöhung der Aufwendungen der Jugendhilfe an Personen in Einrichtungen wegen Veränderung der Fallzahlen
- 100.000 € Im Bereich der Asylbewerbungen nehmen die Fallzahlen zu. Die Krankheitskosten steigen.

II. 7 Sonstige ordentlichen Aufwendungen

Der Betrag von 3,55 Mio. € (Reduzierung zu Vorjahr rd. 0,93 Mio. €) setzt sich aus vielen kleineren Aufwandsarten zusammen. Hauptsächlich Kosten für Entschädigung der Rats- und Ausschussmitglieder, allgemeinen Geschäftsaufwand, Telefon, Fortbildung, externe Beratung, Schülerverpflegung und Versicherungen werden hier zugeordnet.

Die positive Veränderung ist auf im Jahr 2010 einmalig vorgenommene Veranschlagung und u. a. auf Festwertänderungen zurück zu führen.

Die wichtigsten Posten:

- 460.000 € In 2010 einmalig veranschlagter Verlust aus Grundstücksverkäufen (Monheimer Tor nach Ausschreibung).
- 875.000 € Bei der Herstellung des Nord-Süd-Grünzugs (560.000 €) im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen an der Brandenburger Allee handelt es sich im Sinne des NKF nicht um eine investive Maßnahme, da für Grünflächen ein Festwert gebildet wurde. Der Festwert zeichnet sich dadurch aus, dass davon ausgegangen wird, einen gleichbleibenden Wertbestand vorzufinden, so dass keine Abschreibungen vorgenommen werden. Dafür werden sämtliche Neuanlagen sofort als Aufwand verbucht und damit in voller Höhe ergebniswirksam. Das gleiche gilt für die zugesicherten Landesmittel (450.000 €) auf der Ertragsseite. Darüber hinaus müssen die Landesmittel (270.000 €) für die Mietergärten und deren Weiterleitung an die LEG (340.000 €) im Ergebnishaushalt veranschlagt werden, da die Stadt an dieser Stelle gar keine eigene Maßnahme bewirtschaftet.
- 123.000 € Erhöhung des Festwertes Straßenbeleuchtung nach Stand der Anlagebuchhaltung gem. Abschluss 2007
- 248.000 € Aufwendungen für Lizenzen, die vorher unter sonstige Dienstleistungen verbucht wurden.

III. Finanzergebnis

Ergebnisplanung: Ermittlung des Finanzergebnisses					
	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
	in €	in €	in €	in €	in €
Finanzerträge	23.500	23.500	23.500	23.500	23.500
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.115.800	4.603.000	4.853.000	5.103.000	5.203.000
Finanzergebnis = Erträge zu Aufwen- dungen	-5.092.300	-4.579.500	-4.829.500	-5.079.500	-5.179.500

III. 1 Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten

Für die Darlehn im Zusammenhang mit Investitionen (einschließlich PPP-GmbH Schulen Monheim am Rhein) fallen insgesamt 3.053.000 € an Zinsen an. Die Darlehn sind überwiegend langfristig mit günstigen Zinssätzen gesichert. Der Durchschnittszinssatz liegt deutlich unter 5 %.

Durch aktives Zinsmanagement unter Ausschluss von Fremdwährungsrisiken und riskanten Zinshebeln werden die Kosten insgesamt angemessen niedrig gestaltet. Die Niedrigzinsphase der zweiten Hälfte 2010 wurde soweit möglich für Aufwandsverbessernde Swaps und Forwards genutzt.

III. 2 Zinsen für kurzfristige Verbindlichkeiten (Kassenkredite)

Der Aufwand für Kredite zur Liquiditätssicherung wurde mit 1,50 Mio. € veranschlagt.

Seit Jahren betreibt die Stadt Monheim am Rhein aktives Zinsmanagement mit dem Schwerpunkt der Zinssicherung. Dabei werden auch die „Kassenkredite“ einbezogen.

Bei einem Kreditvolumen zwischen 40 und 70 Mio. € bevorzugt die Stadt eine Streuung der Zinsbindungen. Sowohl der momentane günstige kurzfristige Bereich (z.B. EONIA Satz plus Marge mit Tagesabrechnung) als auch mittelfristige Bindungen prägen das Portfolio.

In Kenntnis der Umstände, dass sich in den Folgejahren die Liquiditätskredite weiter ausbauen werden und eine Tilgung von mehreren 10 Mio. € in den ersten 5 Jahren nicht zu realisieren sein wird, wurde die in der zweiten Jahreshälfte 2010 aktuell günstige Marktsituation ausgenutzt um das Risiko zu mindern, zu einem späteren Zeitpunkt die gesamten Liquiditätskredite zu einem hohen Zinssatz im Kurzfristbereich finanzieren zu müssen. Diese Planungssicherheit gleicht die momentan im kurzfristigen Bereich zu erzielenden Vorteile auf lange Sicht aus.

Gemäß Ziffer 3 des Erlasses des Innenministers zur Kreditwirtschaft der Gemeinden vom 04.09.2009 wurde die Volumenhöhe der mehr als ein Jahr festgelegten Liquiditätskredite mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Leider lässt der Erlass es nicht zu, mehr als etwa die Hälfte des Volumens längerfristig in Zinsbindung zu nehmen. Damit wird das Risiko der Zinssteigerung in den nächsten 1 bis 2 Jahren für ca. 30 Mio. € der Stadt aufgebürdet

Die Haushaltssatzung 2011 weist wie im Vorjahr eine Ermächtigung zur Aufnahmen von Krediten für die Liquiditätssicherung von 75 Mio. € aus.

IV. Die Investitionsmaßnahmen

IV. 1 Allgemeines zur Finanzierung

Einzahlungen und Auszahlungen bei den Maßnahmen sind nicht ergebniswirksam. Somit sind die Einzahlungen und Auszahlungen auch nicht in der Ergebnisplanung zu finden. Dort wird später die Abschreibung der neuen Anlagegüter als Aufwand und die Auflösung der Sonderposten bei Fremdfinanzierung als Ertrag veranschlagt.

Die Maßnahmenwerte selbst erscheinen lediglich in der Finanzplanung.

Der Teilfinanzplan B hat ein **Gesamtvolumen von 8,8 Mio. €**.

Damit liegt das Volumen auf dem geplanten Niveau des Vorjahres.

Darin enthalten sind die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit, also die gesamte Tilgungsleistung. Diese beträgt 3,1 Mio. €.

.

Die Investitionen des Teilfinanzplan B haben ein Gesamtvolumen von 5,7 Mio. €.

Dieses wird aus

- der Veräußerung von Anlagevermögen (1,05 Mio. €) ,
- den Pauschalen des Landes NRW (2,19 Mio. €)
- den besonderen Zweckzuweisungen für Einzelmaßnahmen des Landes² (2,48 Mio. €)
- Beiträgen nach KAG/ BauGB (0,0 Mio. €)

finanziert.

Eine neue Kreditaufnahme zur Realisierung Investitionen ist nicht erforderlich.

Jede neue Maßnahme erfordert einen Abwägungsprozess hinsichtlich der Prioritäten der im Investitionsprogramm bereits berücksichtigten Maßnahmen und es müssen kluge Entscheidungen hinsichtlich der Verwertung von Anlagevermögen für neue Maßnahmen – sogenannter Aktivtausch – getroffen werden.

Die haushaltärtsche Realisierung des Sportstättenkonzeptes wird erst nach erneuter Ratsentscheidung in die Investitions-Dringlichkeitsliste 2011/2012 aufgenommen und soll ohne Kreditaufnahme erfolgen.

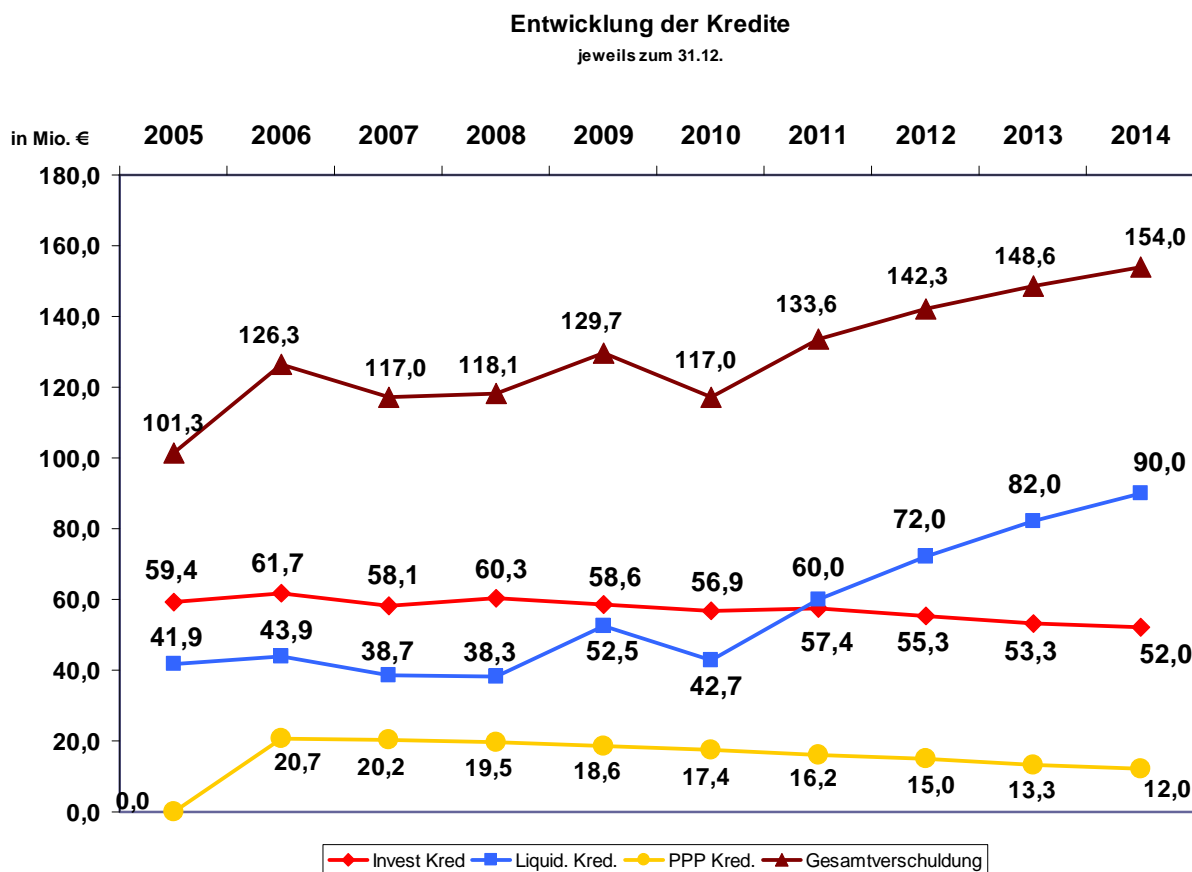
IV: 2 Die wichtigsten Investitionen auf einen Blick:

Maßnahme	2009 €	2010 €	2011 €
IT-Ausstattung	240.000	327.500	420.000
Feuerwehrausrüstung	122.000	255.000	164.000
Schulen	495.000	521.000	151.000
Straßenbaumaßnahmen	2.270.000	1.422.000	1.092.000
Umgestaltung Rathausplatz	0	80.000	810.000
Kanalbaumaßnahmen	240.000	0	440.000
Ulla-Hahn-Haus	0	400.000	465.000
Grunderwerb	490.000	650.000	850.000

IV. 3 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsjahr 2011 für die Auftragsvergabe eines Feuerwehrfahrzeuges (LF 16/12) in Höhe von 330.000 € vorgesehen und erforderlich.

IV. 4 Schuldenentwicklung



Der Schuldenstand per 31.12.2011 beträgt

1. für Investitionskredite 57,42 Mio. €.
2. für Liquiditätskredite 60,00 Mio. €. Die Liquiditätskredite werden steigen, da die sich anhäufenden Fehlbeträge aus dem Finanzplan zu Unterdeckungen führen.
3. für kreditähnliche Verbindlichkeiten PPP-Schulen 16,27 Mio. €. Diese werden kontinuierlich mit etwa 1,2 Mio. € jährlich getilgt.

IV. 7 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte (Teil der langfristigen Verbindlichkeiten)

Die Stadt Monheim am Rhein hat mit Wirkung vom Januar 2004 mit der **PPP Schulen Monheim am Rhein GmbH** einen „Vertrag über die öffentlich-private Partnerschaft „Sanierung-Unterhaltung-Bewirtschaftung der Schulgebäude und Turn/Sporthallen der Stadt Monheim am Rhein“ mit einer Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen.

Für diese Dienstleistung entrichtete die Stadt Monheim am Rhein ein jährliches einheitliches Entgelt in Höhe von zunächst 3.000.000 €, welches sich aus mehreren Komponenten zusammensetzt.

Kernelemente sind die Ausgaben für

- a) die Bewirtschaftung der Gebäude
- b) die bauliche Unterhaltung der Gebäude

- c) die tatsächlich anfallenden Energiekosten
- d) die Finanzierungs- und Amortisationskosten für die PCB-Sanierung, die Grundsanierung, und Neu- und Umbauten des größten Teils der Schulen

Der Gesamtzahlbetrag bleibt **nicht konstant**. Aktueller Ansatz: 3,780 Mio. €.

Die Maßnahmen unter a) und b) unterliegen einer Entgeltanpassung nach dem Verbraucherpreisindex und werden zu Beginn eines jeden Kalenderjahres nach den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes angepasst.

Die Energiekosten werden jährlich exakt errechnet. Sie sind variabel hinsichtlich der verbrauchten Einheiten und hinsichtlich der jeweils aktuellen Energiepreise.

Im Gesamtbetrag für a) bis c) und einem Teilbetrag von 1,08 Mio. € für d) ist die Umsatzsteuer in Höhe von **19 %** enthalten.

Die investiven Maßnahmen unter d) umfassen ein Gesamtvolumen von rd. 19,7 Mio. € und führen damit rechtlich zu einer Rückzahlungsverpflichtung der Stadt Monheim am Rhein gegenüber dem Investor. Ab 2006 sind die Leistungen komplett erbracht und sind faktisch der Gesamtsumme der Verschuldung hinzuzurechnen. Sie sind deshalb in der Eröffnungsbilanz auch als Verbindlichkeit aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen gleich kommen, in voller Höhe ausgewiesen.

Die hierfür zu erbringende Jahresrate durch die Stadt unterliegt keinerlei Zinsänderungsrisiko über die Gesamtlaufzeit von 25 Jahren.

Die Zinsen werden im Produkt 71.01 verbucht. Der Tilgungsanteil von jährlich rd. rd. 1,2 Mio. € wird im Finanzplan B ausgewiesen, da sich die Auszahlungen für Tilgungsleistungen direkt auf der Passivseite der Bilanz auswirken und dort zu einer Reduzierung der langfristigen Verbindlichkeiten führen. Sie werden aus diesem Vertrag am Jahresende 2011 noch 16,27 Mio. € betragen.

Zahlungswege PPP GmbH

In 2011 Gesamtrate an PPP GmbH=	3.780.000 €
Davon entfallen auf	
Finanzierungskosten (Zins und Tilgung)	1.553.000 €
Gebäudeunterhaltung	800.000 €
Dienstleistung Bewirtschaftung	325.000 €
Strom, Gas, Fernheizung	1.100.000 €

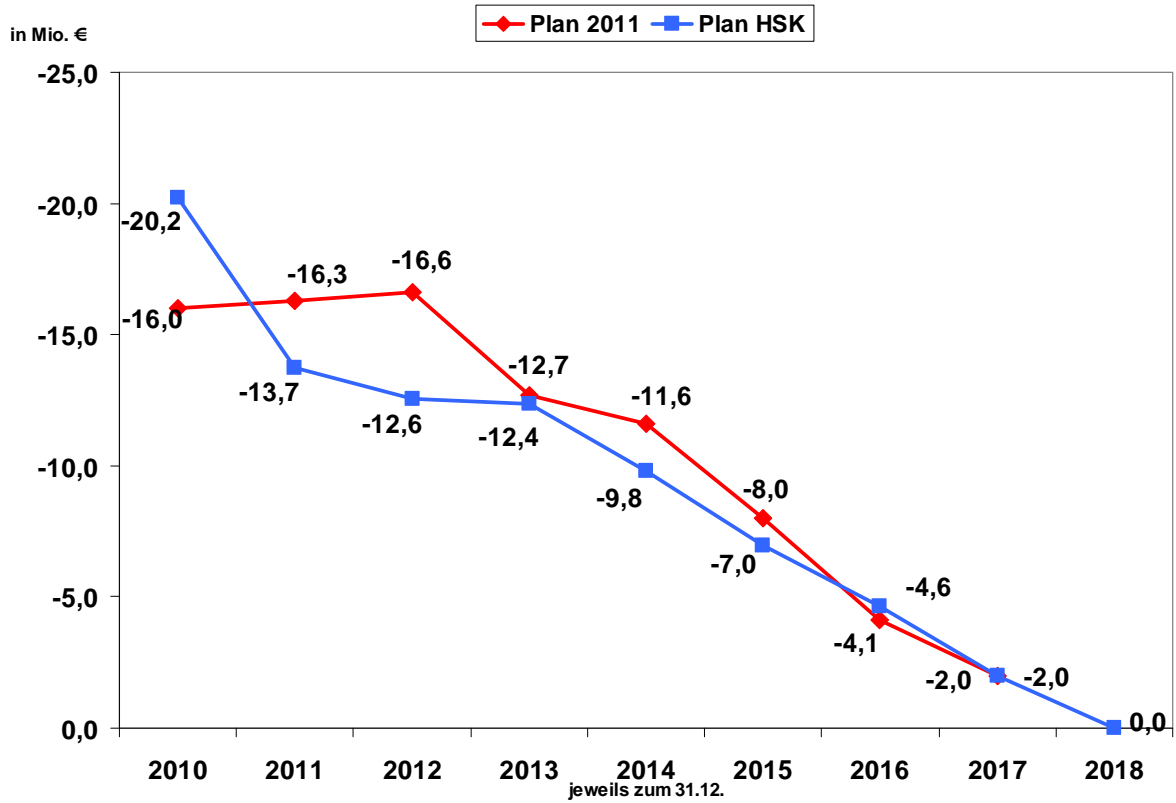
IV. 6 Entwicklung der Rücklagen

Der Haushalt 2011 weist einen um 2,699 Mio. € höheren Fehlbetrag aus, als das HSK 2010 vorgesehen hatte. Auch in den Folgejahren ist auf Anhieb die HSK Linie nicht zu erreichen. Im langfristigen Ergebnis wird jedoch plangemäß der Haushaltsausgleich 2018 zu erreichen sein.

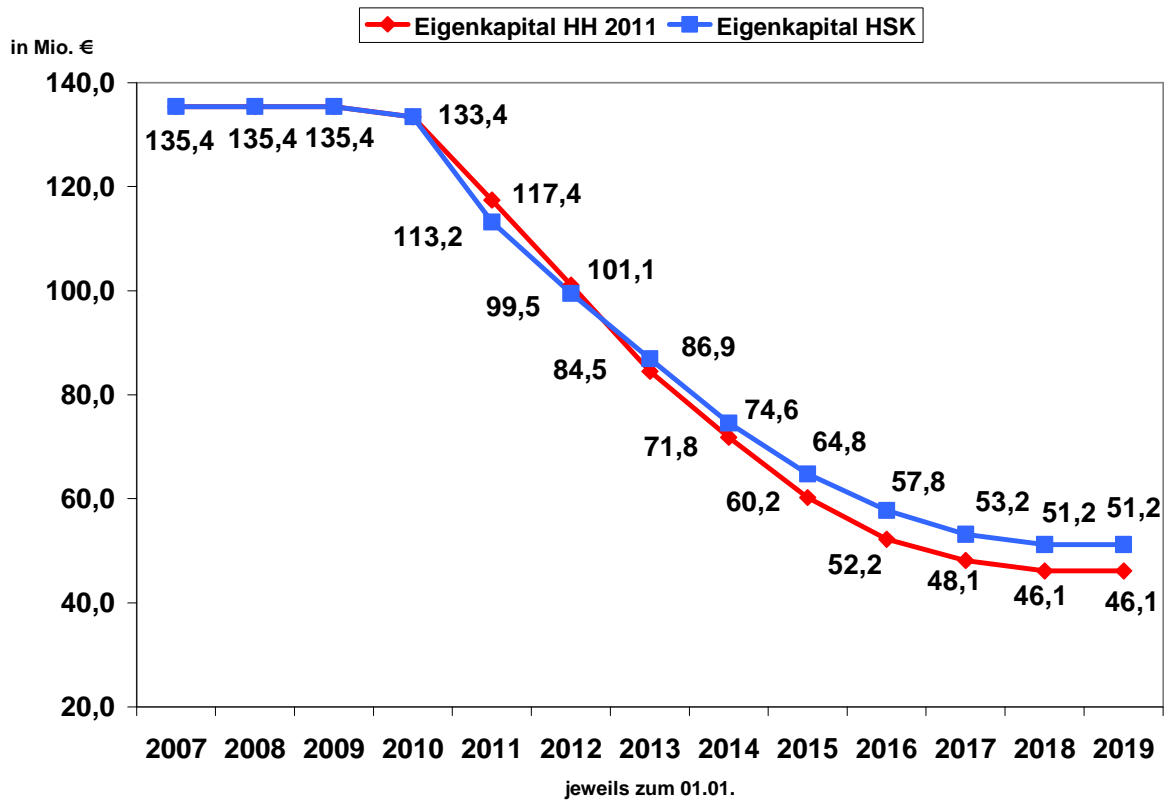
Durch die Ergebnisverbesserung in 2010 können tlw. die Verschlechterungen aus 2011 und 2012 kompensiert werden, so dass per Saldo rd. 5 Mio. € Eigenkapital bis 2018 zusätzlich aufgezehrt werden.

Die in der Grafik dargestellte Fehlbetragsentwicklung hat dann konsequenter Weise den danach dargestellten Eigenkapitalverbrauch zur Folge.

Vergleich: Entwicklung der Fehlbeträge zwischen Entwurf 2011 und HSK 2010



Vergleich: Entwicklung des Eigenkapitals zwischen Entwurf 2011 und HSK 2010



V. Die mittelfristige Finanz- und Ergebnisplanung

Die Mittelfristige Planung 2010 bis 2014 auf einen Blick

Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses

	Ansatz 2010	Hhhaltsans. 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
	in €	in €	in €	in €	in €
Summe ordentliche Erträge	76.917.380	84.900.410	84.451.990	87.888.980	89.566.180
./. Summe ordentl. Aufwendungen	92.033.950	96.648.810	96.283.020	95.510.460	95.987.770
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	-11.748.400	-11.831.030	-7.621.480	-6.421.590
Finanzergebnis	-5.092.300	-4.579.500	-4.829.500	-5.079.500	-5.179.500

Gesamtergebnis	-20.208.870	-16.327.900	-16.660.530	-12.700.980	-11.601.090
-----------------------	--------------------	--------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Finanzplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses

Summe Auszahlungen	86.456.220	88.906.810	88.816.020	88.313.460	88.900.770
./. Summe Einzahlungen	72.754.670	78.423.910	78.645.490	82.131.480	84.089.680
Saldo laufende Verwaltungstätigkeit	-13.701.550	-10.482.900	-10.170.530	-6.180.980	-4.811.090

Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.927.200	5.723.100	6.161.450	4.288.500	2.653.100
./. Summe Einzahlungen Investitionen	7.936.000	5.723.100	6.070.200	4.533.700	3.341.250
Saldo Investitionstätigkeit	-3.008.800	0	-91.250	245.200	688.150

Finanzmittelfehlbetrag	-10.692.750	-10.482.900	-10.261.780	-5.935.780	-4.122.940
zzgl. Tilgung	3.008.700	3.100.000	3.200.000	3.380.000	3.460.000
abzgl. Kreditaufnahme	0	0	0	0	0

Ergebnis = mögliche neue Kassenkredite

Bestandsänderung eigene Finanzmittel	-13.701.550	-13.582.900	-13.461.780	-9.315.780	-7.582.940
---	--------------------	--------------------	--------------------	-------------------	-------------------

VI. Die Vorjahre

VI. 1 Das Haushaltsjahr 2010

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise wirkte sich massiv in der Ergebnisplanung der Jahre 2010 bis 2013 aus.

Es wurde ein Haushalt verabschiedet, der nach Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes noch einen Fehlbetrag von 20,21 Mio. € auswies.

Planung

Der Gesamtergebnisplan schließt mit folgenden Werten ab:

	Ansatz 2010
	in €
Summe ordentliche Erträge	76.917.380
./. Summe ordentl. Aufwendungen	92.033.950
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570
Finanzergebnis	-5.092.300
Gesamtergebnis	-20.208.870

Erträge:

Die Belastung erwächst den Gemeinden aus der konjunkturellen Lage und den Beschlüssen des Bundes im Jahre 2009 – vor und nach der Bundestagswahl.

Die konjunkturelle Lage bedingt enorme Ausfälle beim Gewerbesteueraufkommen. In Nordrhein-Westfalen wurde insgesamt für 2010 mit Rückgängen von 2 Milliarden Euro gegenüber dem Jahre 2008 gerechnet.

Negative Auswirkungen bei den Steuereinnahmen ergeben sich auch durch das zum 01.01.2010 in Kraft tretende Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes. 350 Mio. € jährliche Einnahmeverluste werden den Kommunen ab 2011 beschert, in 2010 sind es immerhin schon 200 Mio. €.

Aber auch das vor der Wahl beschlossene Bürgerentlastungsgesetz (verbesserte Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge) bescheren den Kommunen in NRW direkte Steuerausfälle von 300 Mio. Euro jährlich. Dazu kommen noch die Einnahmeausfälle bei den Schlüsselzuweisungen und anderen Leistungen nach dem GFG aufgrund des von diesem Gesetz verursachten Rückgangs der Verbundmasse.

Aufwandsseite:

Deutliche Steigerungen bei den Sozialaufwendungen wurden befürchtet. Diese belasten in erster Linie den Kreis und haben deshalb unmittelbar Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage, die von den Städten zu finanzieren ist.

Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen; Leistungserhöhung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; Leistungsanstieg für Unterkunft und Heizung für SGB II Empfänger; Senkung der Bundesbeteiligung von 25,4 Prozent auf nur noch 23 Prozent in

2010 waren so zu finanzieren, die Erhöhungen der Kreisumlage erfolgte unausweichlich. Die Kostenentwicklung beim Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger stellt sich besorgniserregend dar. Bund und Länder gaben vor, dass für den Ausbau auf eine Versorgungsquote von 35 % bis 2013 12 Mrd. Euro erforderlich seien. Der von den kommunalen Spitzenverbänden errechnete Bedarf beträgt aber 16 Mrd. Euro. Die Förderung ist also deutlich unterfinanziert. Die Eigenanteile der Städte sind immens hoch.

Neue Aufgaben für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe:

- Erweiterung der Bedarfskriterien gem. § 24 Abs. 3 SGB VIII als objektiv-rechtliche Verpflichtung zur Schaffung von Plätzen
- Einführung des Rechtsanspruchs auf Förderung in Tageseinrichtung oder Kindertagespflege für einjährige Kinder ab dem 01. 08. 2013
- Pflicht zur Übernahme der hälftigen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge gem. § 23 Abs. 2 SGB VIII.

Die Stadt Monheim am Rhein wurde Nothaushaltskommune, weil die Ausgleichsrücklage aufgezehrt wurde und ein struktureller Haushaltsausgleich in der mittelfristigen Finanzplanung nicht darstellbar war.

Die wesentlichen Belastungen waren:

- Rückgang Gewerbesteuer um 7 Mio. €
- Rückgang Einkommensteuer um 1,7 Mio. €
- Anstieg der Personalaufwendungen um 1,4 Mio. € (KiTa Ausbau, Schulsozialarbeit, ASD)
- Anstieg Versorgungsaufwendungen 1,1 Mio. €
- Anstieg Transferaufwendungen 1,8 Mio. €
- einmalige Festwertaufwendungen von 0,85 Mio. €

Haushaltsvollzug

Es kann davon ausgegangen werden, dass das geplante negative Ergebnis sich deutlich verbessert. **Es wird ein Fehlbetrag von 17 Mio. € erwartet.**

Verlauf Aufwendungen:

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurde der prognostizierte Ansatz in Höhe von insgesamt 18,94 Mio. € eingehalten.

Personalwirtschaftlich wurde das vorgegebene Ziel erreicht.

Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen für pensionierte Beamte wurden zu niedrig eingeplant. Die Auflösung aus der Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung deckt höchstens ein Drittel des tatsächlichen Aufwandes für Pensionäre. Zudem sind die tatsächlichen Beihilfekosten um 100.000 € gestiegen.

Es ist eine Belastung des Ergebnisses von rd. 0,25 Mio. € eingetreten.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Aufgrund der strengen Regularien des Nothaushaltsrechtes wurden Einsparungen erzielt. Teilweise verschieben sich allerdings Sanierungs- und Unerhaltungsmaßnahmen des Infrastrukturvermögens ergebniswirksam nach 2011.

Die Ergebnisverbesserung kann nur vorsichtig geschätzt werden. Sie dürfte bei 1,0 Mio. € liegen.

Transferaufwendungen

Wegen höherer Gewerbesteuererträge fielen höhere Gewerbesteuermehrlagen an, da der Haushaltsansatz der Gewerbesteuer – siehe unten – deutlich überschritten wurde. Insgesamt ist das Ergebnis um rund 0,5 Mio. belastet, aber durch Gewerbesteuereinnahmen kompensiert.

Verlauf Erträge:

Es gab deutliche Ertragssteigerungen, die gem. vorsichtiger Schätzung wie folgt aussehen:

Gewerbesteuer

Der Haushaltsansatz wurde wegen der geringen Festsetzung von Vorausleistungen auf 13 Mio. € reduziert.

Das aktuell verbuchte Ergebnis liegt bei 16,2 Mio. €.

Ein zwischenzeitlicher Stand von 21 Mio. € fiel leider einem Rückzahlungsbegehren eines großen Steuerzahlers zum Opfer. Das Unternehmen nutzte die gute Ertragslage, um kostenintensive Umstrukturierungsmaßnahmen, u. a. auch mit erheblichem Personalabbau verbunden, zu beschließen. Die Rückstellungspolitik führte dann zu einer Ergebnisreduzierung und damit zur Erstattung der erhöhten Vorausleistung, die auf Grund des operativen Geschäftes gerechtfertigt gewesen wäre.

Einkommensteueranteile

Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde entsprechend den Orientierungsdaten der November-Steuerschätzung auf 13,0 Mio. € festgesetzt.

Die gute Erholung der Wirtschaft führte zu erhöhtem Steueraufkommen, von dem auch Monheim profitierte. Das Ergebnis liegt bei rd. 13,9 Mio. €.

Schlüsseluweisungen

Das Land NRW hat gem. Nachtragshaushalt 2010 die Verbundmasse des GFG erhöht und Schlüsseluweisungen neu berechnet.

Es ergab sich ein Mehrertrag von 0,6 Mio. €.

Sonstige Transfererträge

Das Ergebnis wird sich um 0,5 Mio. € auf 1,2 Mio. € verbessern.

Sonstige ordentliche Erträge

Es wird eine Ertragsverbesserung von 0,6 Mio. € wegen des Vorteils aus einer einmaligen Finanztransaktion zu verbuchen sein.

Der zu erwartende positive Abschluss gegenüber der Planung reduziert die Inanspruchnahme des Eigenkapitals und fängt damit die Mehrbelastung aus dem Haushaltsjahr 2011 und tlw. 2012 auf.

In Summe wird der kalkulierte Eigenkapitalverzehr bis zum Jahre 2012 voraussichtlich nicht überschritten.

VI. 2 Das Haushaltsjahr 2009

Das Haushaltsjahr 2009 war schon teilweise von der sich anbahnenden schlimmsten Rezession der Nachkriegszeit geprägt. Definitive Erkenntnisse über Art und Umfang der Auswirkungen dieser Rezession auf die städtischen Erträge und Aufwendungen lagen nicht vor.

Insbesondere waren keinerlei Erkenntnisse aus Unternehmensanträgen hinsichtlich der Festsetzung von Gewerbesteuvorausleistungen vorhanden. Deshalb war die beschlossene Finanzplanung mit Risiken behaftet, die Ende August 2008 noch niemand erahnte.

Es wurde ein Haushalt verabschiedet, der einen Fehlbetrag von 17.932.740 € auswies. Damit sollte sofort die ganze Ausgleichsrücklage von rd. 14 Mio. € aufgezehrt werden. Zusätzlich war eine weitere Kapitalaufzehrung aus der Allgemeinen Rücklage unvermeidlich.

Planung

Der Gesamtergebnisplan schließt mit folgenden Werten ab:

	Ansatz 2010
	in €
Summe ordentliche Erträge	72.811.890
./. Summe ordentl. Aufwendungen	85.612.230
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-12.800.340
Finanzergebnis	5.132.400
Gesamtergebnis	-17.932.740

Haushaltsvollzug

Es kann davon ausgegangen werden, dass das geplante negative Ergebnis nicht überschritten wurde.

Verlauf Aufwendungen:

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurde der prognostizierte Ansatz in Höhe von insgesamt 18,45 Mio. € um rd. 180.000 € unterschritten.

Personalwirtschaftlich wurde das vorgegebene Ziel erreicht.

Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen für pensionierte Beamte wurden nicht im Ergebnisplan berücksichtigt, da von einer ausreichend dotierten Pensionsrückstellung gemäß Berechnung der Rheinischen Zusatzversorgungskasse ausgegangen wurde. Die Rückstellung ist bei Weitem nicht ausreichend. Die Auflösung aus der Inanspruchnahme deckt höchstens ein Drittel des tatsächlichen Aufwandes für Pensionäre.

Es ist eine Belastung des Ergebnisses von rd. 1,1 Mio. € eingetreten.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Im Allgemeinen reichten die zur Verfügung stehenden Mittel in den Bereichen zur Deckung des Bedarfes aus. Es fielen mehr Prozess- Gutachter- und Beratungskosten in einer Größenordnung von 100.000 € an. Ebenso reichten die für die Bezahlung der Städtischen Betriebe bereit stehenden Mittel nicht aus, da das Budget auf Grundlage alter Kostensätze und vor allen Dingen zu gering bemessener Stundenleistungen ermittelt wurde. Es ergab sich eine Ergebnisverschlechterung von 0,40 Mio. €.

Transferaufwendungen

Hier gibt es die größten Verwerfungen.

Es fielen höhere Gewerbesteuerumlagen an, da der Haushaltsansatz der Gewerbesteuer – siehe unten – deutlich überschritten wurde.

Die Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen stiegen deutlich an.

Insgesamt ist das Ergebnis um rund 0,8 Mio. belastet, aber durch Gewerbesteuereinnahmen kompensiert.

Verlauf Erträge:

Insgesamt wurden die eingeplanten Erträge mindestens erreicht.

Gewerbesteuer

Das gute Ergebnis der Jahre 2007 und 2008 konnte nicht darüber hinweg täuschen, dass die Wirtschaftskrise Spuren hinterlässt. Einige Unternehmen zahlten keine oder weniger Steuern. Andere Unternehmen siedelten sich auf den von ihnen erworbenen Gewerbeflächen noch nicht an, da die Ertragslage dies nicht zugelassen hat.

Aus dem Grunde wurde der Haushaltsansatz bereits auf 15,5 Mio. € reduziert.

Das Ergebnis war dann doch erfreulich besser. Nach der zeitlichen Abgrenzung zum Vorjahr ergab das Ergebnis 19,5 Mio. €.

Einkommensteueranteile

Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde nicht entsprechend den Orientierungsdaten der November-Steuerschätzung auf 17, sondern bereits vorsichtig nur auf 16 Mio. € festgesetzt. Tatsächlich hatte die anhaltende schlechte konjunkturelle Entwicklung einen noch stärkeren Rückgang verursacht. Das Ergebnis liegt bei rd. 14,7 Mio. € noch unter dem Ansatz.

Der Abschluss des Jahres 2009 hat, wie schon in der Planung vorgesehen, die gesamte Ausgleichsrücklage verzehrt.

Weiterhin wird ein Betrag von 4 bis 5 Mio. € der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen sein.

VII. Das Haushaltssicherungskonzept 2010 und seine Fortschreibung

VII. 1 Vergleich HHPlanung 2011 zu Vorgaben HSK

Der Ergebnishaushalt 2011 weist einen um 2,699 Mio. € höheren Fehlbetrag aus als das HSK 2010 vorgesehen hatte. Die Analyse ergibt sich aus den Punkten **I-III** des Vorberichtes.

Ergebnisplan: laufende Erträge

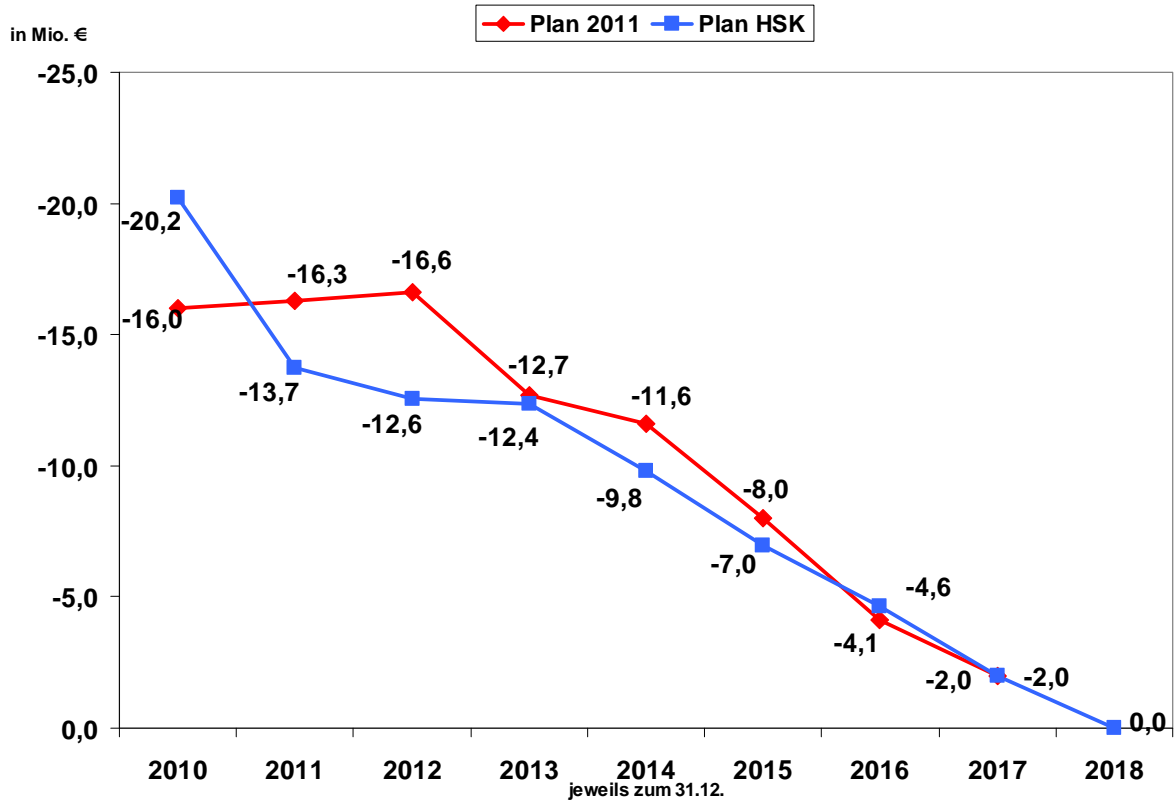
Ertragsarten	Ansatz 2010	Differenz 2011 zum Plan 2010	Ansatz 2011	Differenz 2011 zum HSK	Plan HSK 2010
	in €	in €	in €	in €	in €
Gewerbsteuer	13.000.000	5.000.000	18.000.000	3.000.000	15.000.000
Grundsteuer A + B	7.160.000	400.000	7.560.000	0	7.560.000
Anteil an der Einkommensteuer	13.000.000	850.000	13.850.000	0	13.850.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.650.000	-130.000	3.520.000	20.000	3.500.000
andere Steuern; steuerähnliche Einn.	640.050	210.000	850.050	160.000	690.050
Zuweisungen; allgemeine Umlagen	16.632.070	-578.230	16.053.840	-1.747.230	17.801.070
Sonst. Transfererträge	558.000	-301.000	257.000	-301.000	558.000
Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	15.446.760	-453.310	14.993.450	-334.260	15.327.710
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.658.050	-103.100	1.554.950	-103.700	1.658.650
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.650.800	594.470	3.245.270	615.670	2.629.600
Sonstige ordentliche Erträge	2.521.650	2.494.200	5.015.850	2.484.200	2.531.650
Summe ordentliche Erträge	76.917.380	7.983.030	84.900.410	3.793.680	81.106.730
./. Summe ordentliche Aufwend.	92.033.950	4.614.860	96.648.810	6.896.670	89.752.140
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	3.368.170	-11.748.400	-3.102.990	-8.645.410

Ergebnisplan: laufende Aufwendungen

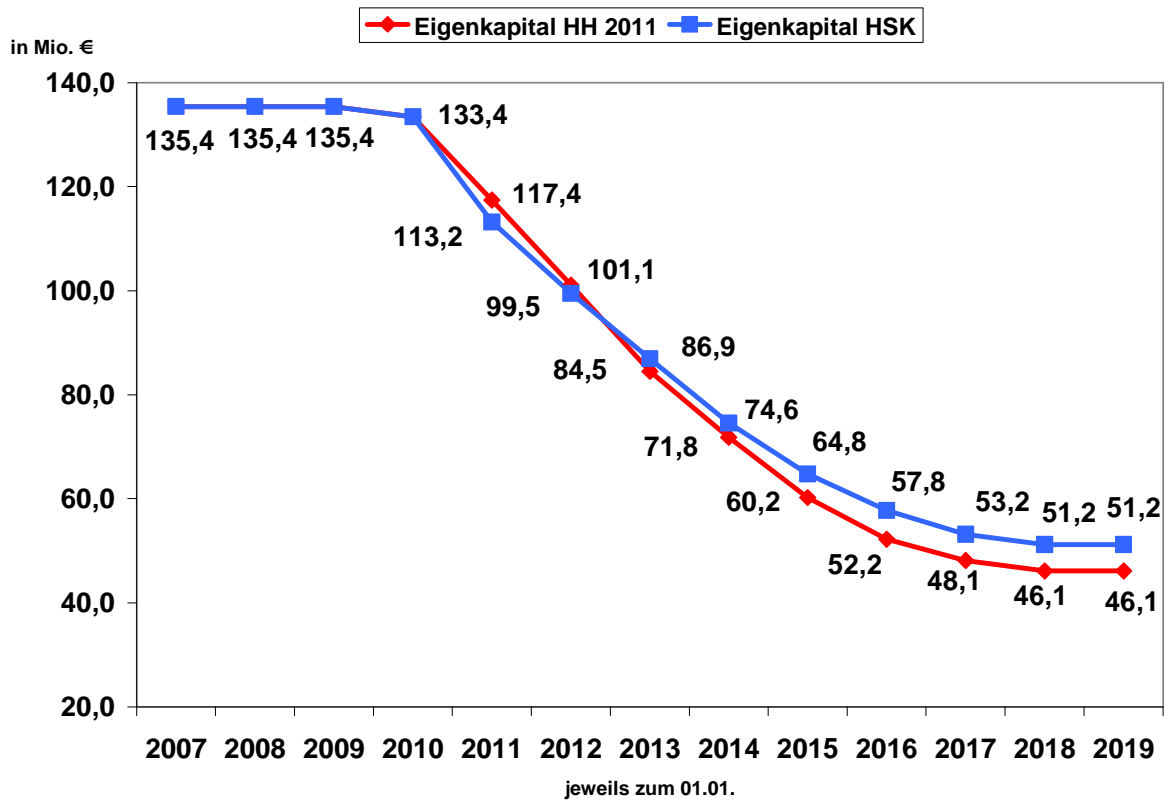
	Ansatz 2010	Differenz zum Jahr 2010	Ansatz 2011	Differenz zum HSK	Plan HSK 2010
Aufwandsarten	in €	in €	in €	in €	in €
Personalaufwendungen	19.584.710	107.930	19.692.640	43.220	19.649.420
Versorgungsaufwendungen	1.100.000	250.000	1.350.000	250.000	1.100.000
Sach- und Dienstleistungen	15.229.770	940.280	16.170.050	1.818.530	14.397.420
Bilanzielle Abschreibungen	9.130.890	2.169.110	11.300.000	2.169.110	9.130.890
Kreisumlage	19.900.000	700.000	20.600.000	1.190.000	19.150.000
Transferaufwendungen	22.602.010	1.385.200	23.987.210	806.570	23.180.640
Sonstige Aufwendungen	4.486.570	-937.660	3.548.910	405.140	3.143.770
Summe ordentliche Aufwendungen	92.033.950	4.614.860	96.648.810	6.896.670	89.752.140
./. Summe ordentliche Erträge	76.917.380	7.983.030	84.900.410	3.793.680	81.106.730
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	3.368.170	-11.748.400	-3.102.990	-8.645.410

	Ansatz 2010	Differenz zum Jahr 2010	Ansatz 2011	Differenz zum HSK	Plan HSK 2010
	in €	in €	in €	in €	in €
Summe ordentliche Erträge	76.917.380	7.983.030	84.900.410	3.793.680	81.106.730
./. Summe ordentliche Aufwend.	92.033.950	4.614.860	96.648.810	6.896.670	89.752.140
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-15.116.570	3.368.170	-11.748.400	-3.102.990	-8.645.410
Finanzergebnis	-5.092.300	512.800	-4.579.500	502.800	-5.082.300
Gesamtergebnis	-20.208.870	-3.880.970	-16.327.900	-2.600.190	-13.727.710

Vergleich: Entwicklung der Fehlbeträge zwischen Entwurf 2011 und HSK 2010



Vergleich: Entwicklung des Eigenkapitals zwischen Entwurf 2011 und HSK 2010



VII. 2 Prämissen des HSK 2010

Angesichts der immensen Fehlbeträge in den einzelnen Haushaltsjahren wurde deutlich, dass die Entwicklung eines Haushaltssicherungskonzeptes sicher nicht über das Zusammenschreiben einzelner adhoc-Maßnahmen zu erreichen war. Es bedurfte vielmehr einer konzertierten Aktion aller Beteiligten zur Entwicklung strategischer Ansätze, um langfristige Strukturveränderungen zu erreichen.

Dazu gibt es einen Erlass „Handlungsrahmen des Innenministers NRW vom 06. 03. 2009“, der eindeutige Hinweise zum Aufbau eines HSK, den zu untersuchenden Handlungsfeldern und den gesetzlichen Erfordernissen darlegt.

Insbesondere wird gleich mehrfach bestimmt, dass Verantwortliche für die Erstellung eines HSK und ebenso für eine ordnungsgemäße Haushaltsführung im Nothaushaltsrecht mehrere Akteure sind:

- Der Rat der Stadt
- Der Bürgermeister mit seinem Verwaltungsvorstand
- Der Stadtkämmerer
- Die Budgetverantwortlichen in der Verwaltung

Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt zu erreichen und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung (das Jahr 2014 für den Haushalt 2011) der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht wird. Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Da dieser geforderte Haushaltsausgleich im Jahre 2013 nicht dargestellt werden kann, unterliegt die Stadt Monheim am Rhein mindestens für die kommenden zwei Haushaltsjahre den Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NRW. Darüber hinaus gelten im Speziellen die am 06. März 2009 vom Innenminister NRW erlassenen Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung.

Die Fortentwicklung der produkt- und sachkontenscharfen Planung bis zum Jahre 2018 erfolgte unter folgenden Prämissen bzw. Abweichungen:

1. Die Entwicklung der Gewerbesteuererträge wurde unter dem Aspekt der noch zu aktivierenden Gewerbeflächen kontinuierlich positiv eingeplant. Im Jahre 2017 wird nach der Planung erst wieder der Durchschnittswert der beiden Jahre 2007 und 2008 erreicht.
2. Der Grundbetrag für die Gebäudeunterhaltung wurde im Jahre 2014 um 10 % und ab dem Jahre 2015 um weitere 10 % reduziert.
3. Die Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in und außerhalb von Einrichtungen wurden ab dem Jahre 2014 pauschal um 200.000 € (4 %) reduziert. Es wurde der Erfolg der Präventionsmaßnahmen (z.B. MoKi) unterstellt. Gleichzeitig wird das „Zuzugspech“ nicht dauerhaft das Budget belasten.
4. Der ab 2012 aufgrund des Wegfalls von Stiftungsmitteln ausgewiesene Zuschussbetrag im Kulturbereich wurde ab dem Jahr 2014 um 50.000 € reduziert.
5. Die Versorgungsaufwendungen wurden ab 2014 stufenweise reduziert. Die „Altzusagen“ werden sich reduzieren. Bei den Neufällen ist der Ertrag aus der Inanspruchnahme der Pensionsrückstellung höher.

6. Die Personalaufwendungen wurden ohne neue Konsolidierungsmaßnahmen mit Tarifsteigerungen von 2 % bis 2013 und Steigerungen von 2 % von 2014 bis 2018 eingeplant.

Darauf aufbauend wurden die im Haushaltssicherungskonzept genannten Maßnahmen in die weiter fortgeschriebene Ergebnisplanung eingearbeitet.

Danach lässt sich im Jahre 2018 ein ausgeglichener Ergebnishaushalt (und damit auch Finanzhaushalt) darstellen.

Das Eigenkapital wird dann noch rd. 51,2 Mio. € (Eröffnungsbilanz 135,4 Mio. €) betragen.

Das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2010 bis 2018 ist ein gesondertes Druckwerk. Die nachfolgenden Grafiken verdeutlichen den Erfolg des HSK:

VII. 3 Kurzübersicht des Ergebnisses des Haushaltssicherungskonzeptes ab 2010

Die Konsolidierungsvorgaben des Jahres 2010 werden, wenn sie komplett umgesetzt sind, nicht zu einem strukturellen Ausgleich im mittelfristigen Planungszeitraum führen.

Es könnte gelingen, unter Inanspruchnahme der Eigenkapitalrücklage in 2017 einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erstellen.

Der erste strukturelle Haushaltsausgleich wird in 2018 nachgewiesen.

Bis auf Weiteres (voraussichtlich bis 2014) wird die Stadt Monheim Nothaushaltskommune bleiben.

Die Stadt Monheim am Rhein betreibt – mit kurzen Unterbrechungen – im Prinzip seit Mitte der 90er Jahre Haushaltssicherung mit erfolgreichen Konzepten, die immer von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurden und immer unter den bekannten Daten zu einem Haushaltsausgleich im mit der Aufsichtsbehörde abgestimmten Zeitrahmen führten.

Die Gemeindeprüfanstalt des Landes Nordrhein Westfalen hat bei ihren Prüfungen festgestellt, dass die Haushaltssicherungskonzepte von der Stadt gelebt und vollzogen wurden und dass es der Stadt gelungen ist, nachhaltige Haushaltssicherung mit finanziellen Verbesserungen von jährlich 4 Mio. Euro zu erreichen.

Die zum 01. Januar 2007 vollzogene Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) führte dazu, dass in der Planung die Ergebnishaushalte 2007 und 2008 nicht strukturell ausgeglichen waren, aber durch Auflösung der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden konnte. Ein HSK war nicht erforderlich. Auf freiwilliger Basis wurde dennoch der konkrete Vollzug des HSK 2006 vom Rat beschlossen.

Erfreulicher Weise konnten im Ergebnis die beiden Haushaltsjahre 2007 und 2008 ausgeglichen abgeschlossen werden. Zum Erfolg trugen zwar die Fortführungsmaßnahmen der HSK der Vorjahre bei. Ausschlaggebend war allerdings der enorme wirtschaftliche Aufschwung, der zu landesweiten Mehrerträgen bei der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer führte.

Speziell in Monheim wurden Gewerbesteuererträge von 21,5 Mio. € (2007) und 28,4 Mio. € (2008) verbucht.

Nur deshalb stand die Ausgleichsrücklage von rd. 14 Mio. Euro auch noch im Jahre 2009 zur Verfügung. Der für 2009 geplante Fehlbetrag von 17,93 Mio. € musste teilweise noch aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden. Eine HSK-Pflicht bestand weiterhin nicht. Die zu erwartende Verbesserung des Abschlussergebnisses um ca. 2 Mio. € bestätigt dies.

Die dramatischen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern jetzt allerdings die Planungen und mit Sicherheit auch Ergebnisse der folgenden Jahre in so großem Umfange, dass sich für die Stadt Monheim am Rhein Fehlbeträge auftürmen, die durch kein noch so stringentes Haushaltssicherungskonzept, so weit es in der Macht des Rates der Stadt Monheim am Rhein liegen würde, ausgeglichen werden könnten.

Die unter Punkt 7 beschriebenen Bemühungen gezielter Haushaltskonsolidierung sind nach wie vor nur geeignet, den Entwicklungsprozess weiter zu verlangsamen und erst deutlich später zu stoppen.

Es bleibt dabei:

Reformen zur nachhaltigen Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, die den Namen „Reform“ auch verdienen, müssen endlich verabschiedet werden!!

Nachfolgend erfolgt die Übersicht der Ergebnisauswirkungen dieses HSK in den Folgejahren:

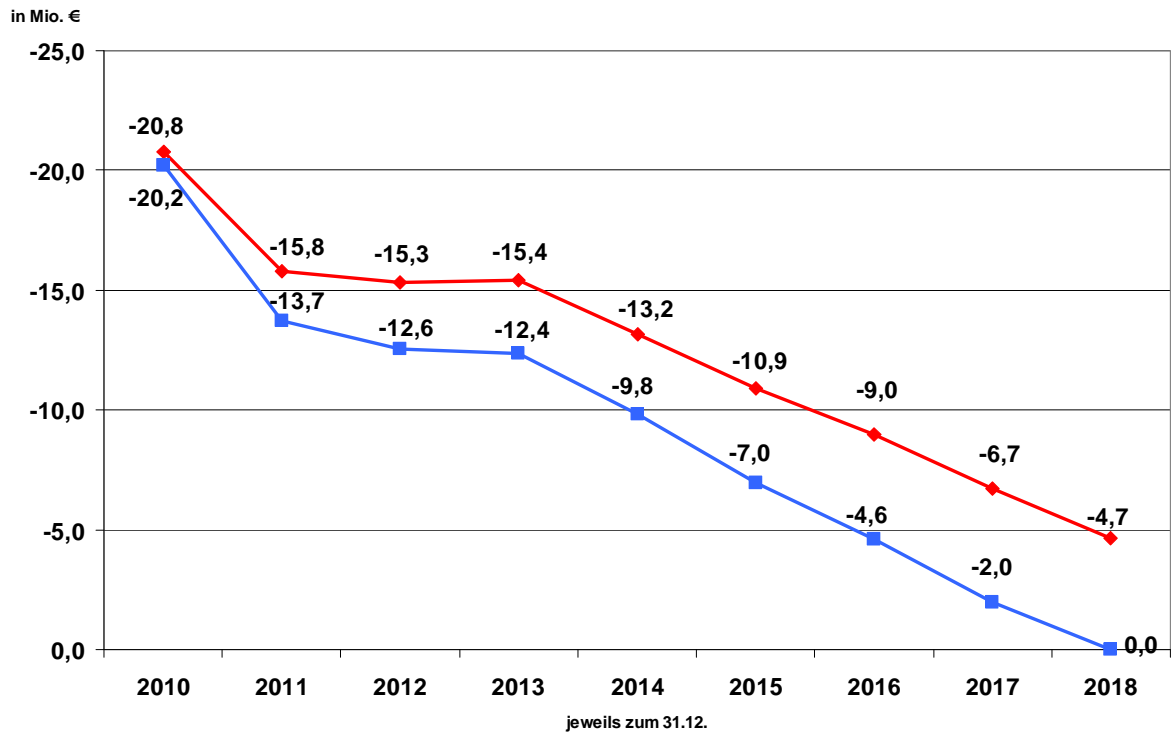
Unter Einarbeitung aller vorgeschlagenen HSK- Maßnahmen gem. Punkt 7.1 bis 7.3 ergibt sich folgende Ergebnisplanung mit Ausgleich im Jahre 2018:

Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses					
	Ansatz 2009	Hhaltsans. 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
	in €	in €	in €	in €	in €
Summe ordentliche Erträge	72.811.890	76.940.880	81.130.230	82.702.980	83.873.770
./. Summe ordentl. Aufwendungen	85.612.230	92.057.450	89.775.640	90.069.040	91.148.520
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-12.800.340	-15.116.570	-8.645.410	-7.366.060	-7.274.750
Finanzergebnis	-5.132.400	-5.092.300	-5.082.300	-5.192.300	-5.082.300
Gesamtergebnis	-17.932.740	-20.208.870	-13.727.710	-12.558.360	-12.357.050

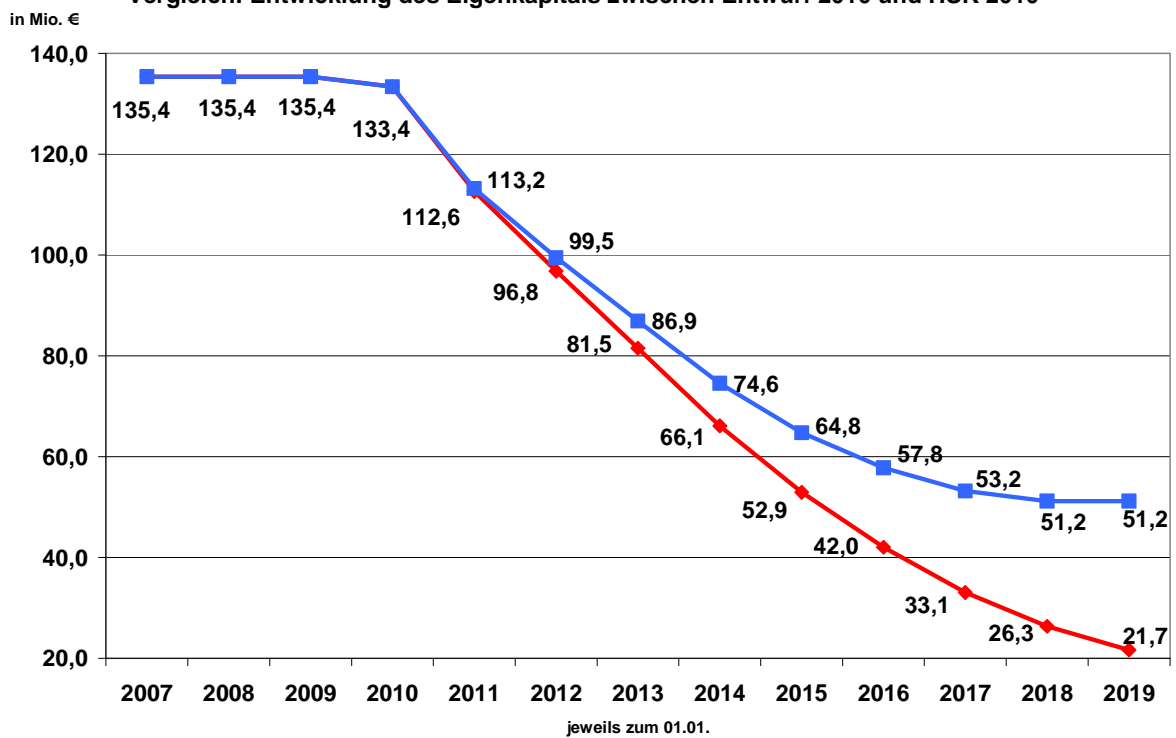
--

Ergebnisplanung: Ermittlung des Gesamtergebnisses					
	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
	in €	in €	in €	in €	in €
Summe ordentliche Erträge	86.583.770	89.503.770	91.903.770	94.753.770	97.633.770
./. Summe ordentl. Aufwendungen	91.312.410	91.408.710	91.461.890	91.682.430	92.110.340
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-4.728.640	-1.904.940	441.880	3.071.340	5.523.430
Finanzergebnis	-5.232.300	-5.282.300	-5.182.300	-5.132.300	-5.082.300
Gesamtergebnis	-9.960.940	-7.187.240	-4.740.420	-2.060.960	441.130

Vergleich: Entwicklung der Fehlbeträge zwischen Entwurf 2010 und HSK 2010



Vergleich: Entwicklung des Eigenkapitals zwischen Entwurf 2010 und HSK 2010



VII. 3 Sachstand der Einzelmaßnahmen des HSK Ende 2010

Übersicht über Realisierungsstand des HSK im Nov. 2010				
	bereits realisiert in fett befindet sich in Umsetzung Projektarbeit läuft	Fettfarbe		
		Orange		
		Grün		
	Maßnahme	Erwartete Einsparung		
		2010	2011	Folgejahr
Bereich 10				
Gesamtverwaltung	Reduzierung der beeinflussbaren Sachaufwendungen um 10 %	250.000	250.000	250.000
Produkt 10.1 Personal und Organisation	Reduzierung der Fortbildungsbudgets	20.000	20.000	20.000
	Streichung des Budgets für Aufstiegsausbildung	17.000	45.000	45.000
Produkt 10.2 Informationstechnologie	Reduzierung Fachverfahren	10.000	15.000	20.000
Bereich 32				
Produkt 32.02 Allg. Bürgerservice	Integration, Ehrenamt, Demografie: interner Druck von Info-Broschüren	3.000	3.000	3.000
Produkt 32.06 Besondere Bürgerangelegenheiten	Freiziehen der Obdachlosenunterkünfte Rhenaniastraße bis 31.12.2010		50.000	50.000
Bereich 41				
Produkt 41.01 Volkshochschule	Erhöhung TN-Entgelte zum Wintersemester, 5 % (10% für Gymnastikkurse)	5.000	10.000	10.000
	Erhebung von Saalmiete für Vereine und Parteien	4.000	5.000	5.000
Produkt 41.04 Kulturverwaltung	Kosten für Personal (Bühnenmeister etc.) konsequent den Nutzern der Aula Berliner Ring in Rechnung stellen	8.000	10.000	10.000
	Neuorganisation Projekt MUSE		15.000	15.000
Bereich 51				

Produkt 51.01 Offene Formen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit	Kürzung des Budgets der ToT Baumberg um 50 %	1.000	1.000	1.000
Produkt 51.02 Jugendförderung und Offene Ganztagschule	Rücknahme der am 5.6.2008 beschlossenen Änderung der Entgeltordnung der Stadt Monheim am Rhein über die Teilnahme am offenen Ganzttag (außerunterrichtliche Angebote) / Freistellung der Geschwisterkinder Ogata	26.000	62.000	62.000
	Städt. OGaTa in freie Trägerschaft abgeben	0	80.000	80.000
Produkt 51.04 Familienunterstützung	Vertragsanpassung (Senkung der Fallpauschale) mit der Familienhilfe zum Jahr 2011 mit dem Ziel der Fallzahlensteigerung dort um 10 Fälle p.a. und gleichzeitiger Reduzierung der Kosten für ambulante Hilfen		180.000	180.000

Perspektive: Steigerung der Erträge evtl. durch zusätzliche WIHI möglich

Bereich 60

Produkt 60.04 Verkehrs- und Grünflächen	Marienburgpark: Erstattung der Energie und Wasser durch Fremdnutzer	5.000	5.000	5.000
	Verzicht auf Saisonbepflanzung (Anschaffung+Unterhaltung)	25.000	25.000	25.000
Produkt 60.05 Abwasser- und Deichan- gelegenheiten	Böschungssicherung am Rheinufer ausetzen	40.000	0	40.000

Bereich 61

Produkt 61.04 Wirtschaftsförderung	Verzicht Zertifizierung Mittelstandsfreundliche Kommune, dafür Citymanagem, entaufgaben erledigen	3.000	3.000	3.000
---	---	-------	-------	-------

Bereich 71

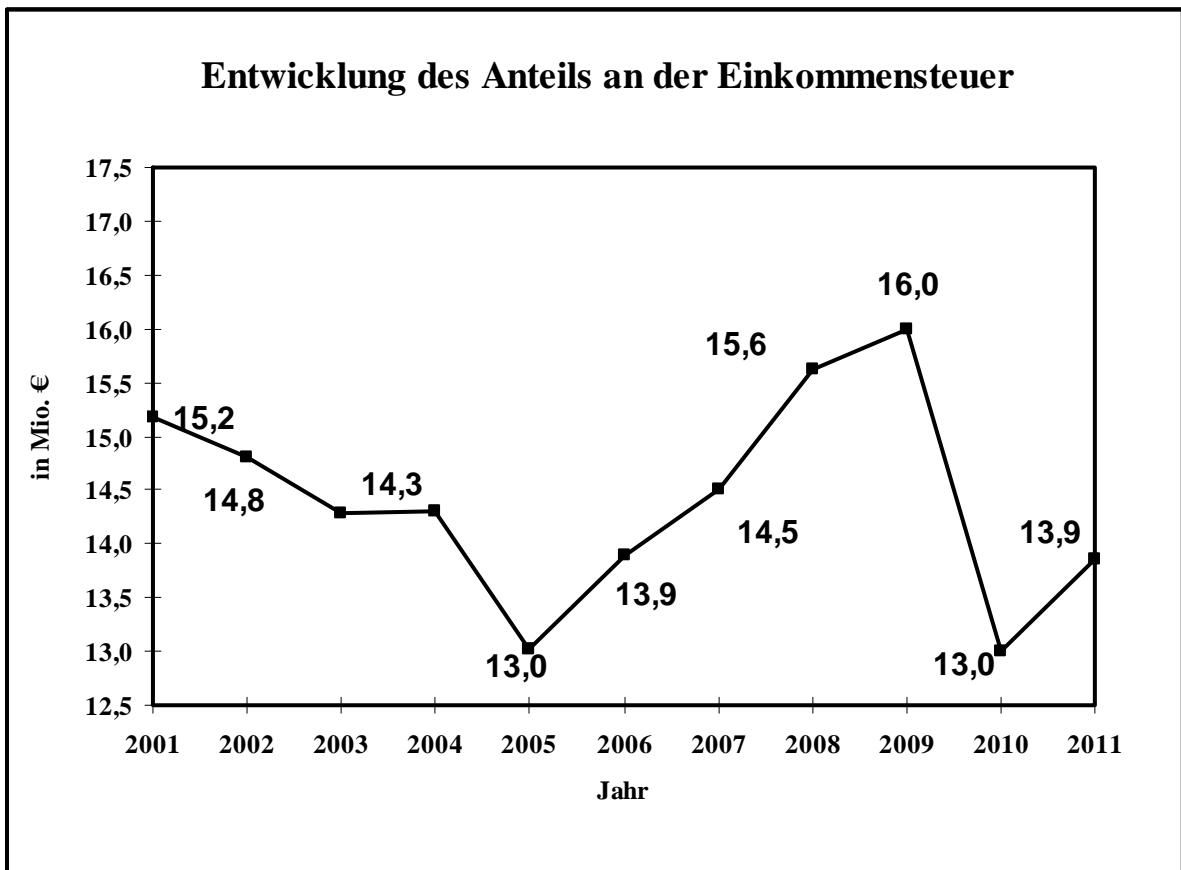
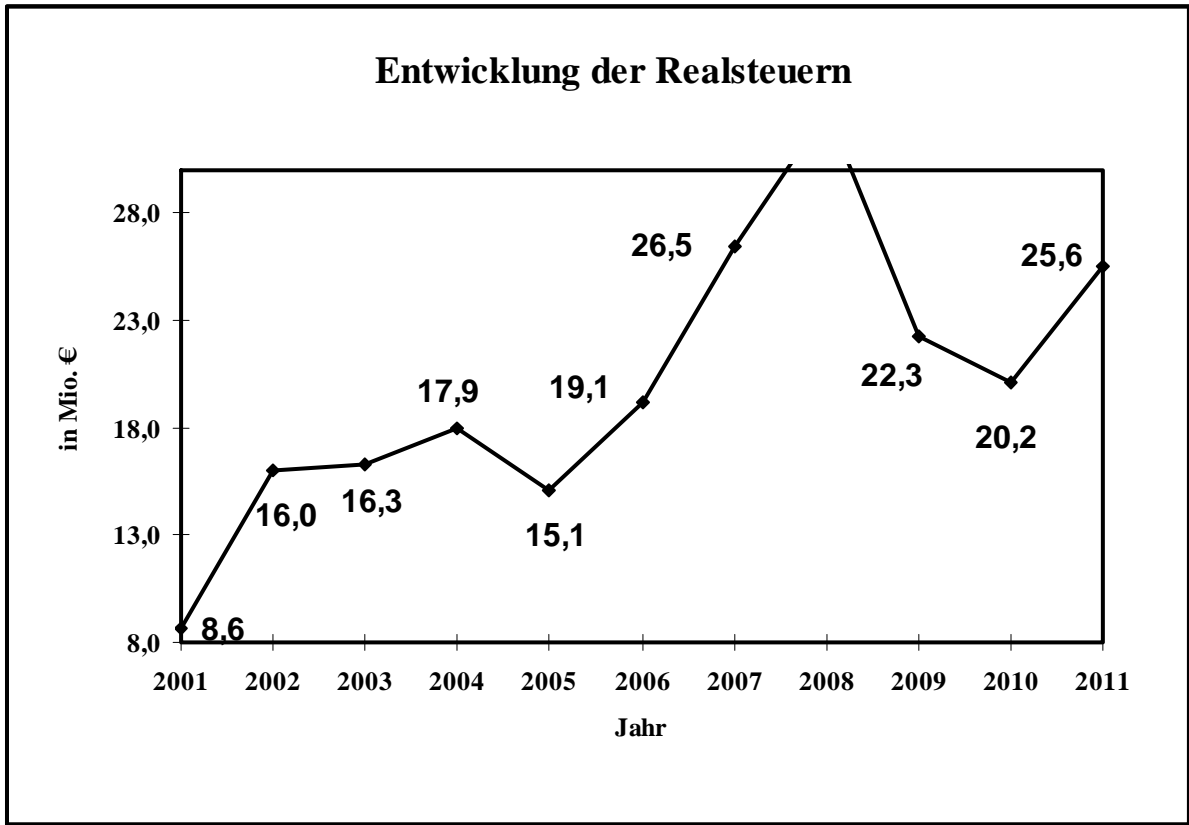
Produkt 71.01 Gebäudebewirtschaftung	Umzug von Bereich 40 ins Rathaus durch Optimierung der Büronutzungen ohne Ausbau Dachgeschoss realisieren	18.000	18.000
---	---	--------	--------

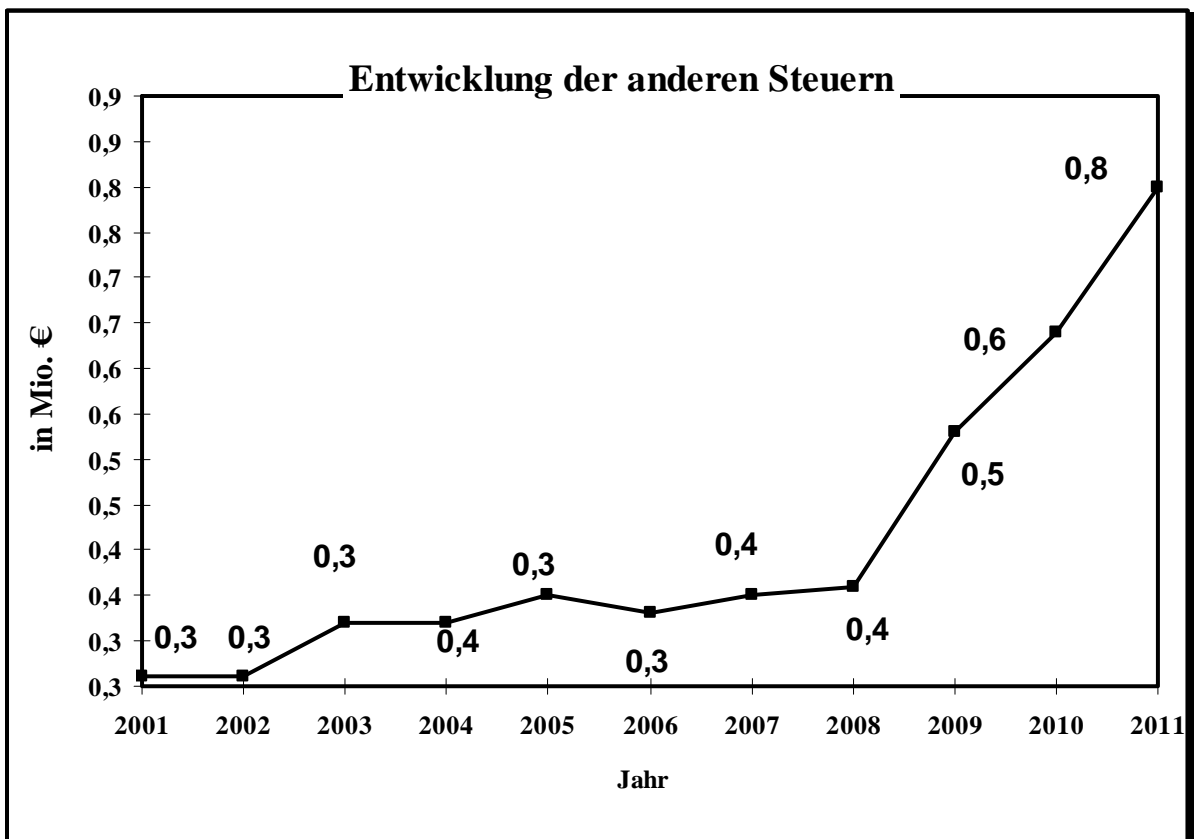
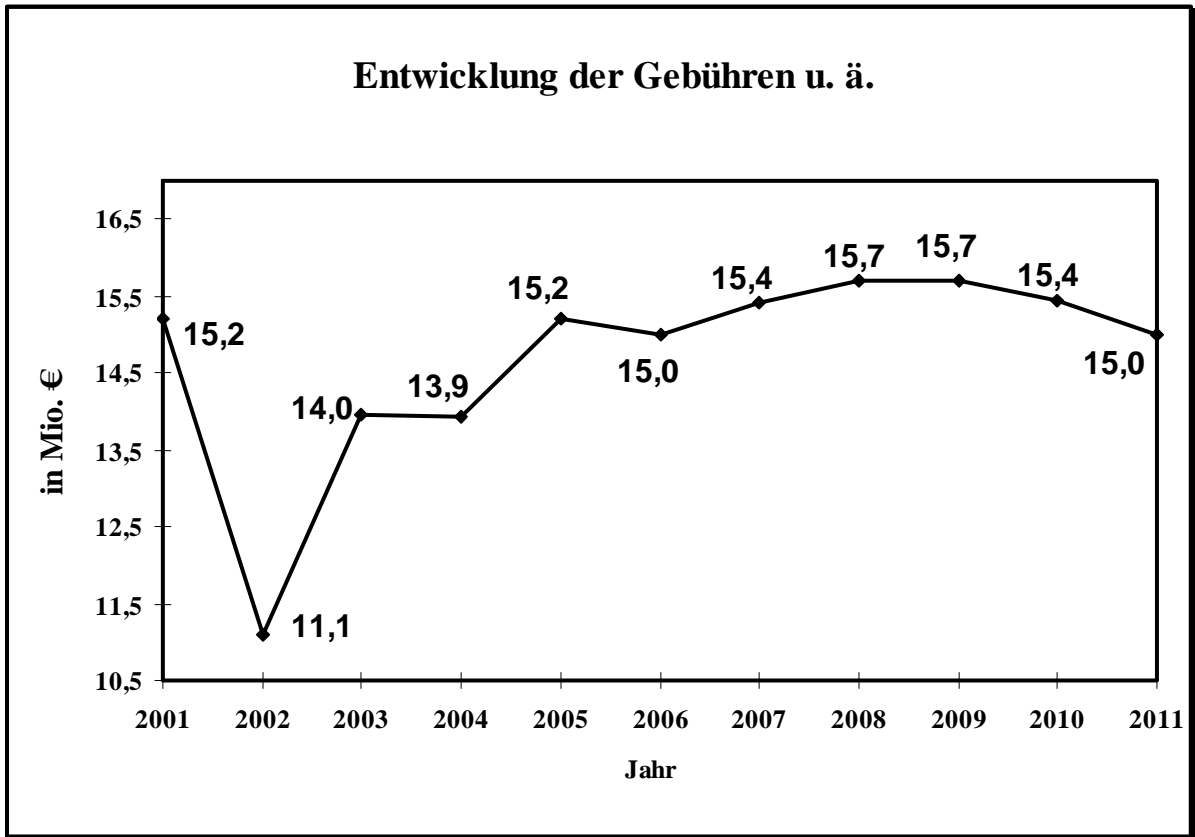
Bereich 90

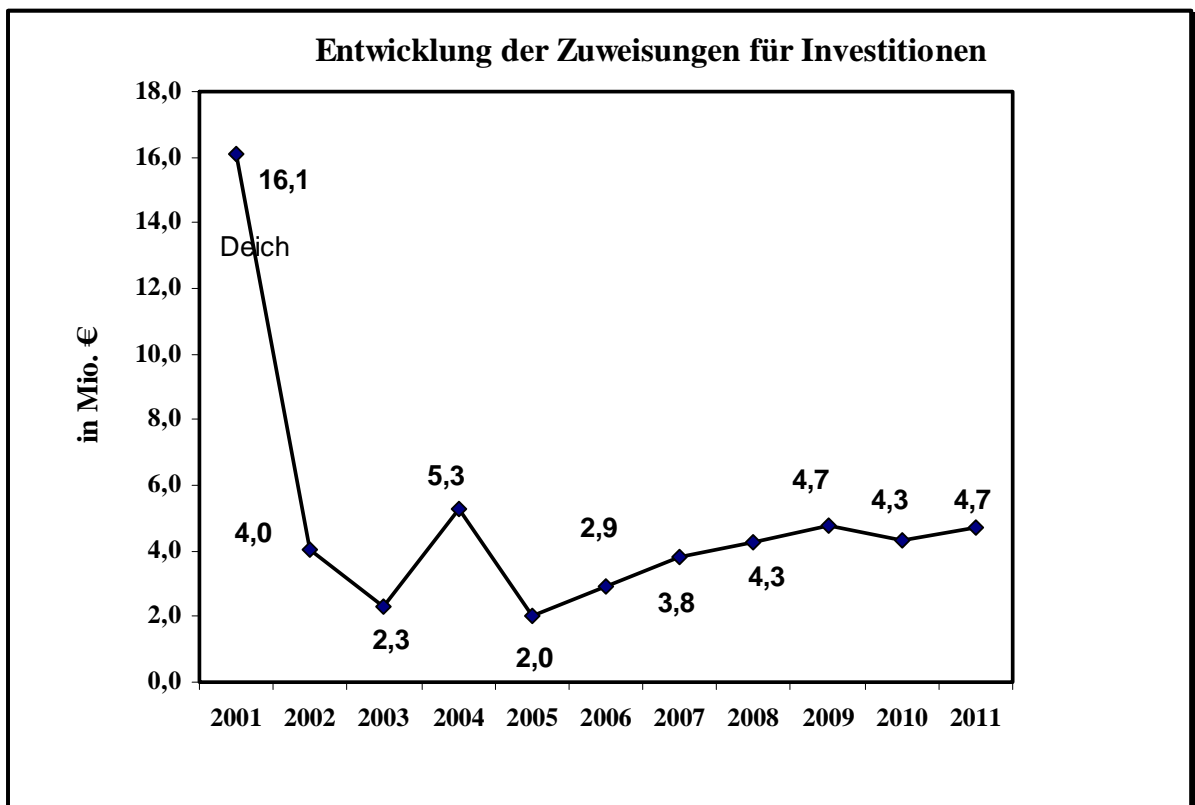
Produkt 90.01 Gemeindesteuern	Erhöhung der Grundsteuer in 3 Tranchen auf 435 %-Punkte, 455 %-Punkte und dann auf 475 %-Punkte	300.000	650.000	1.000.000
	Erhöhung der Hundesteuer um 20 € je Hund		40.000	40.000

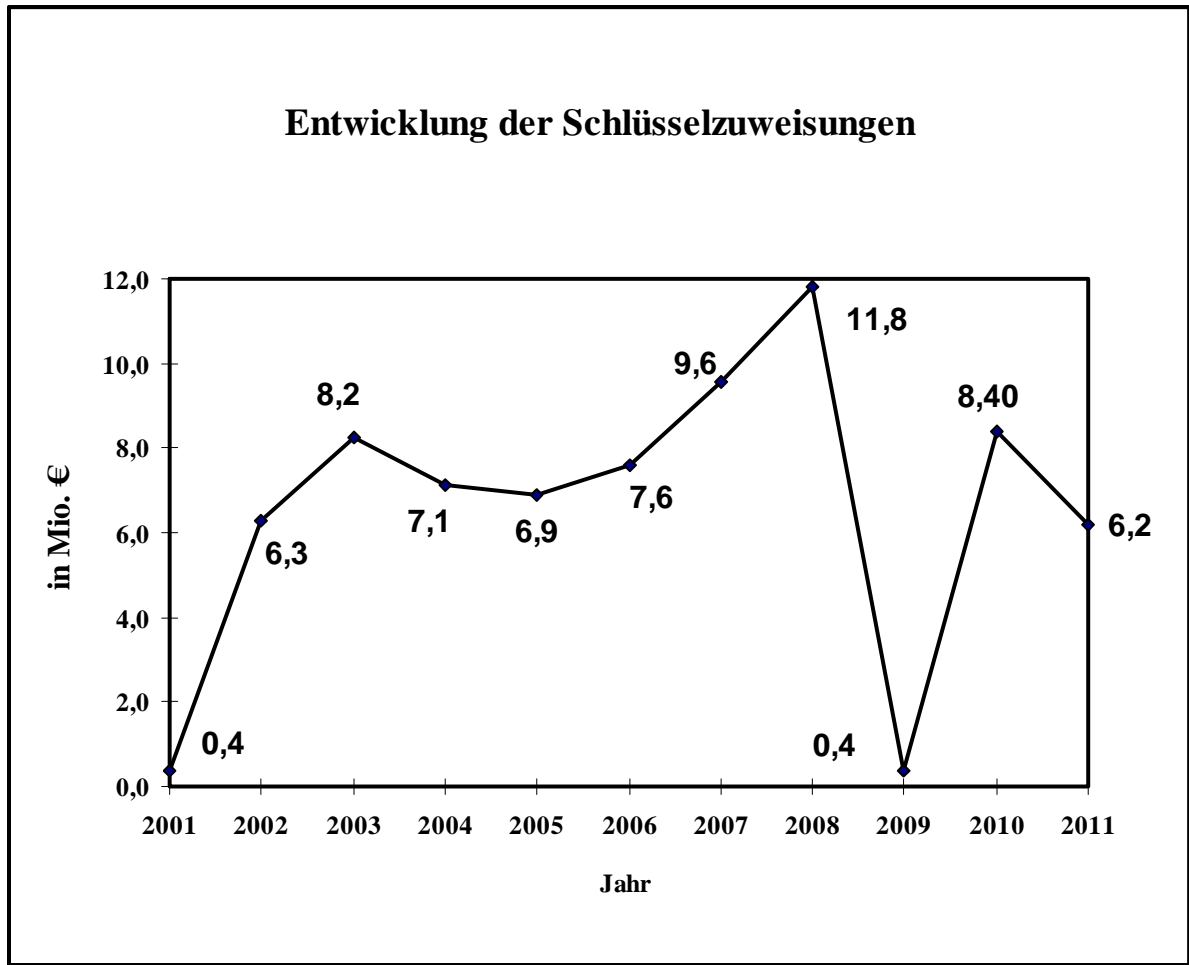
Gesamtergebnis	717.000	1.487.000	1.882.000
	Summe	708.000	639.000
	Summe		690.000
	Summe		148.000
	Gesamt	708.000	1.477.000

VIII. 1 Grafische Darstellungen Erträge

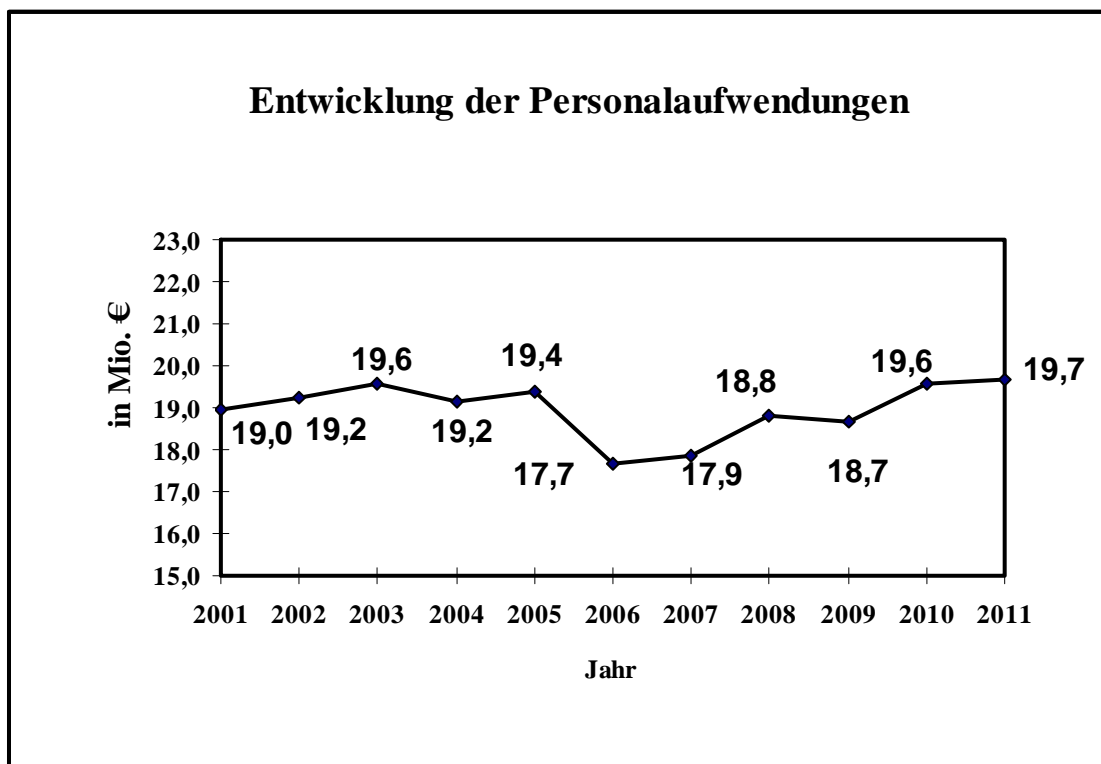


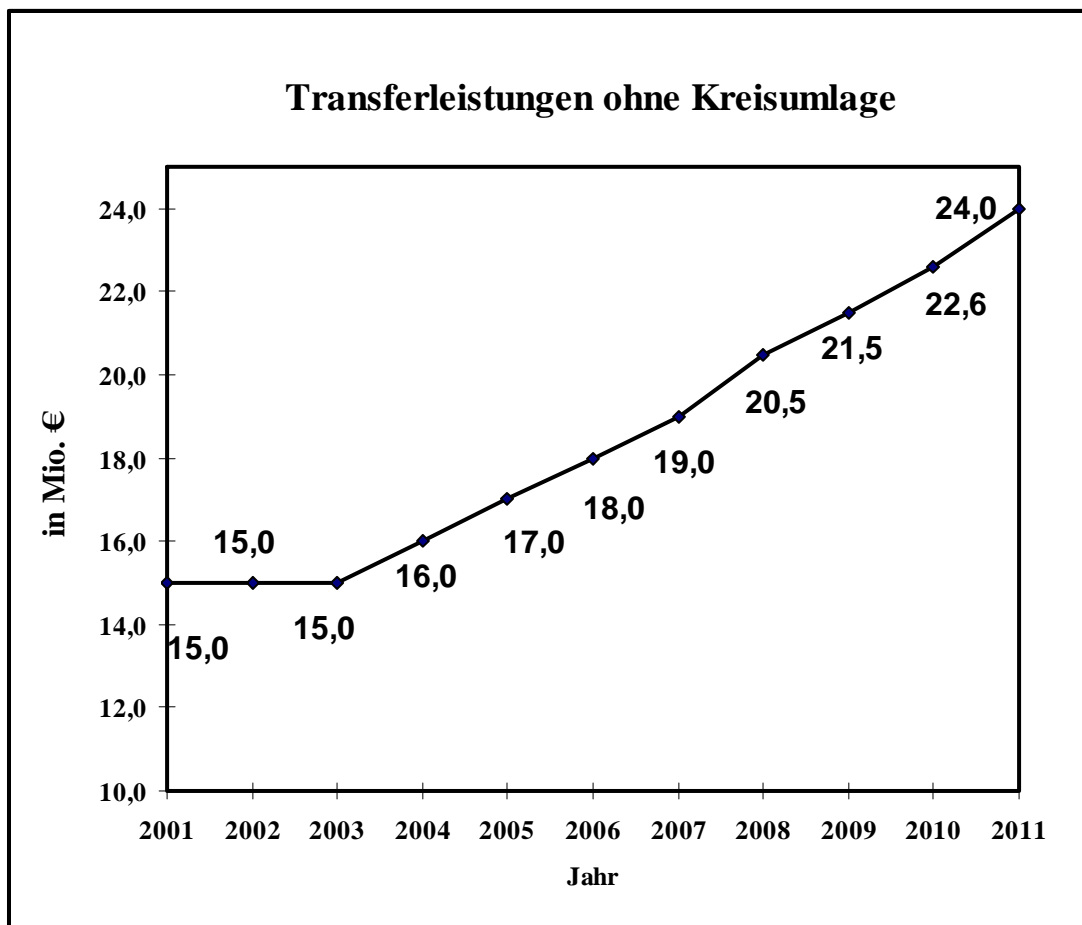
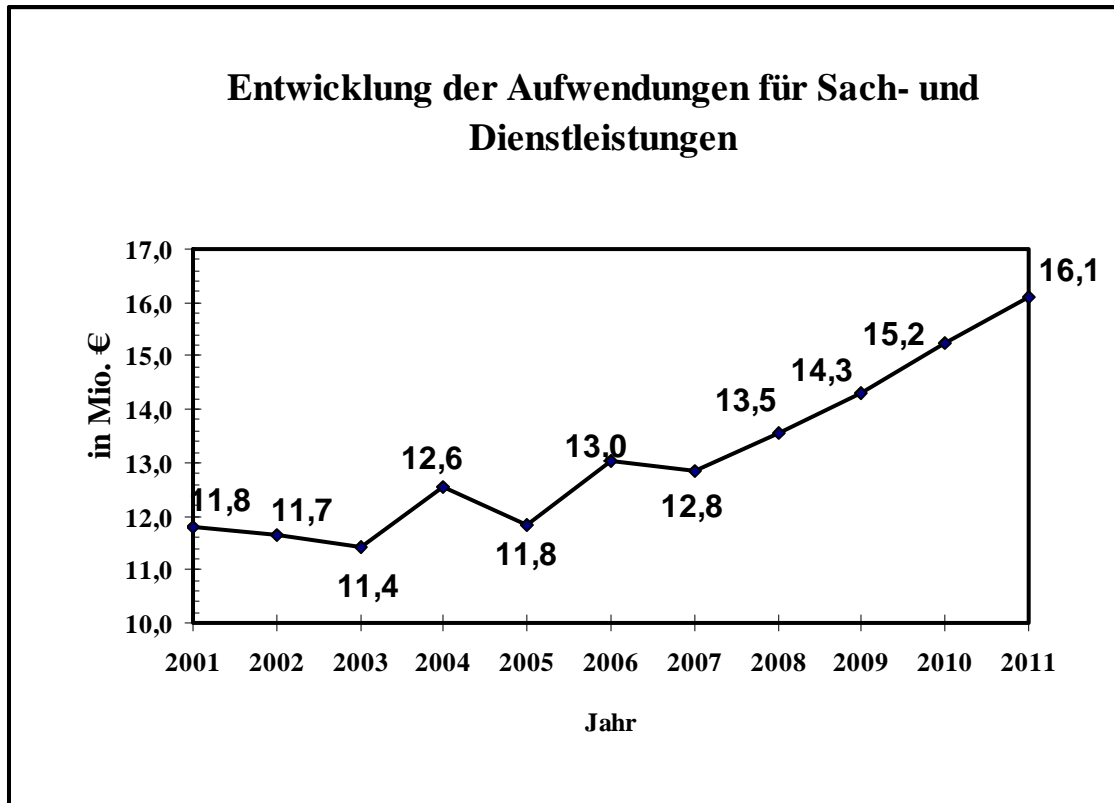


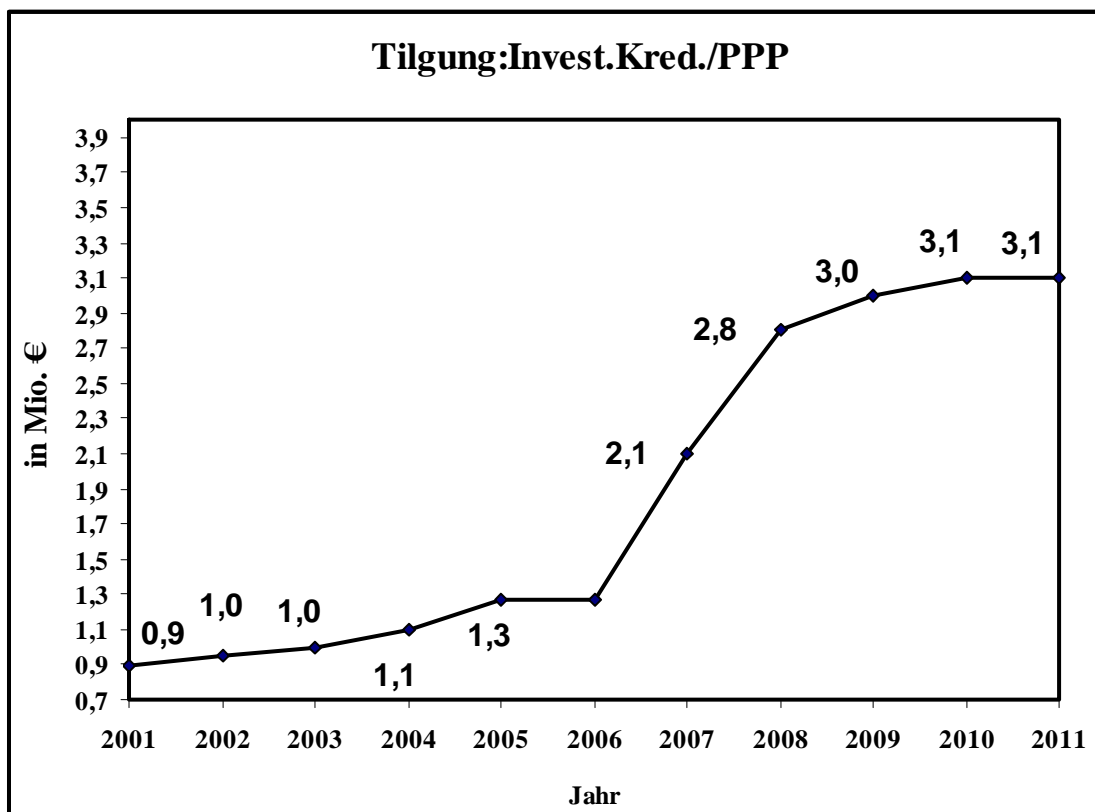
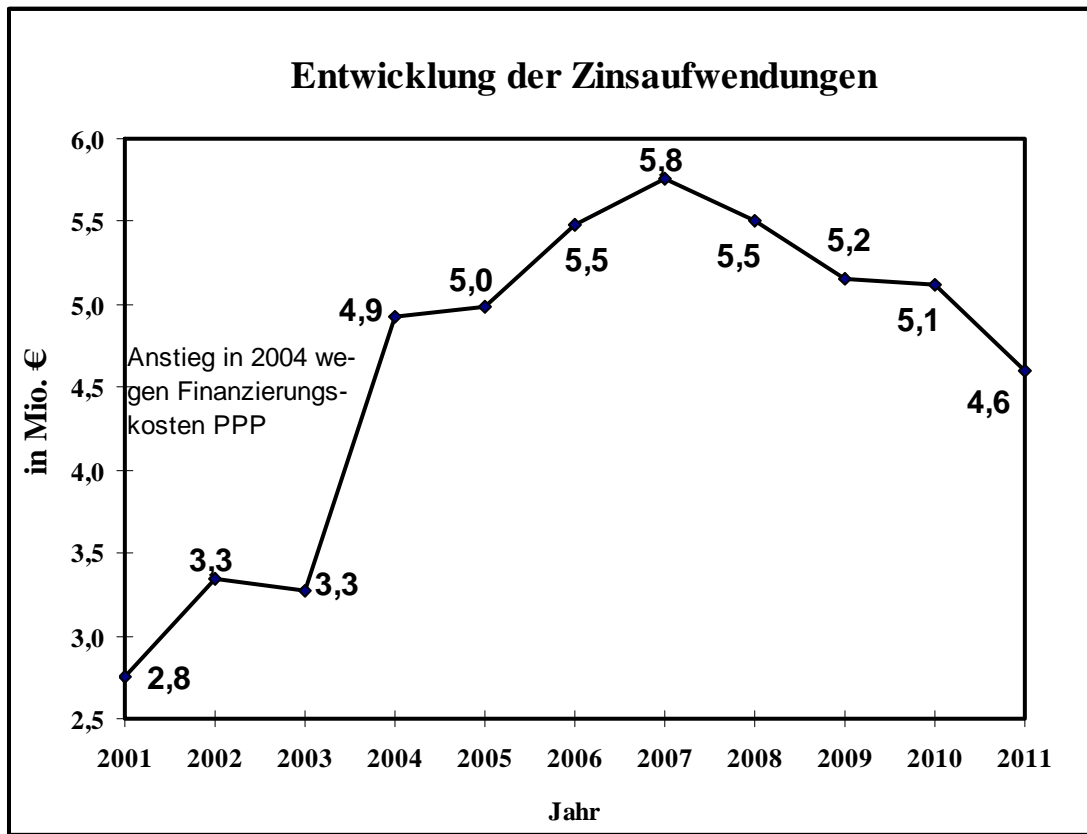


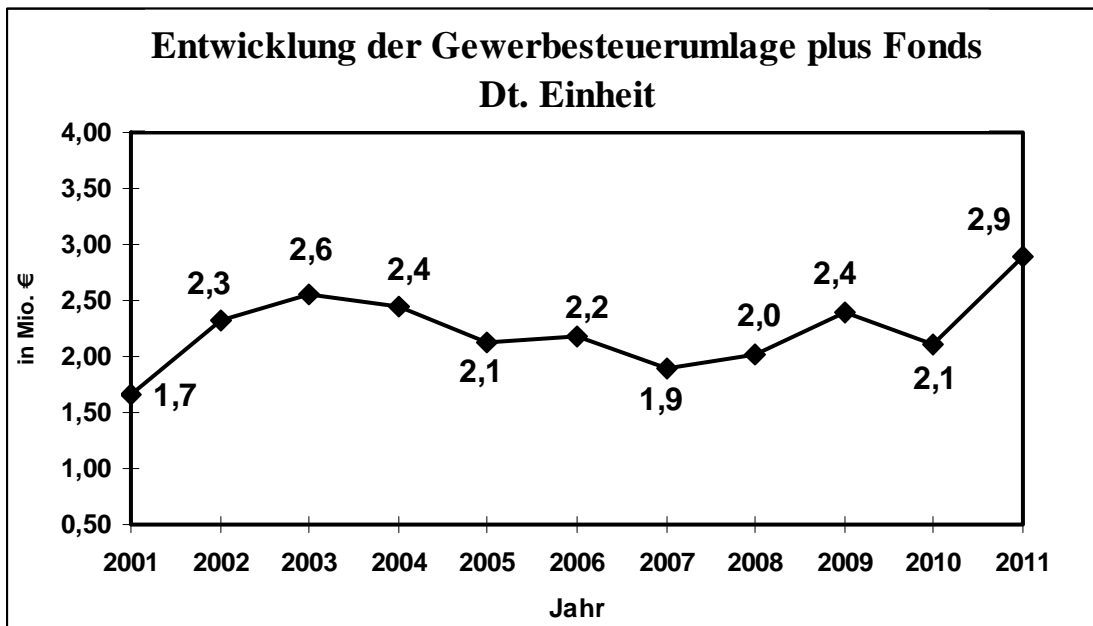
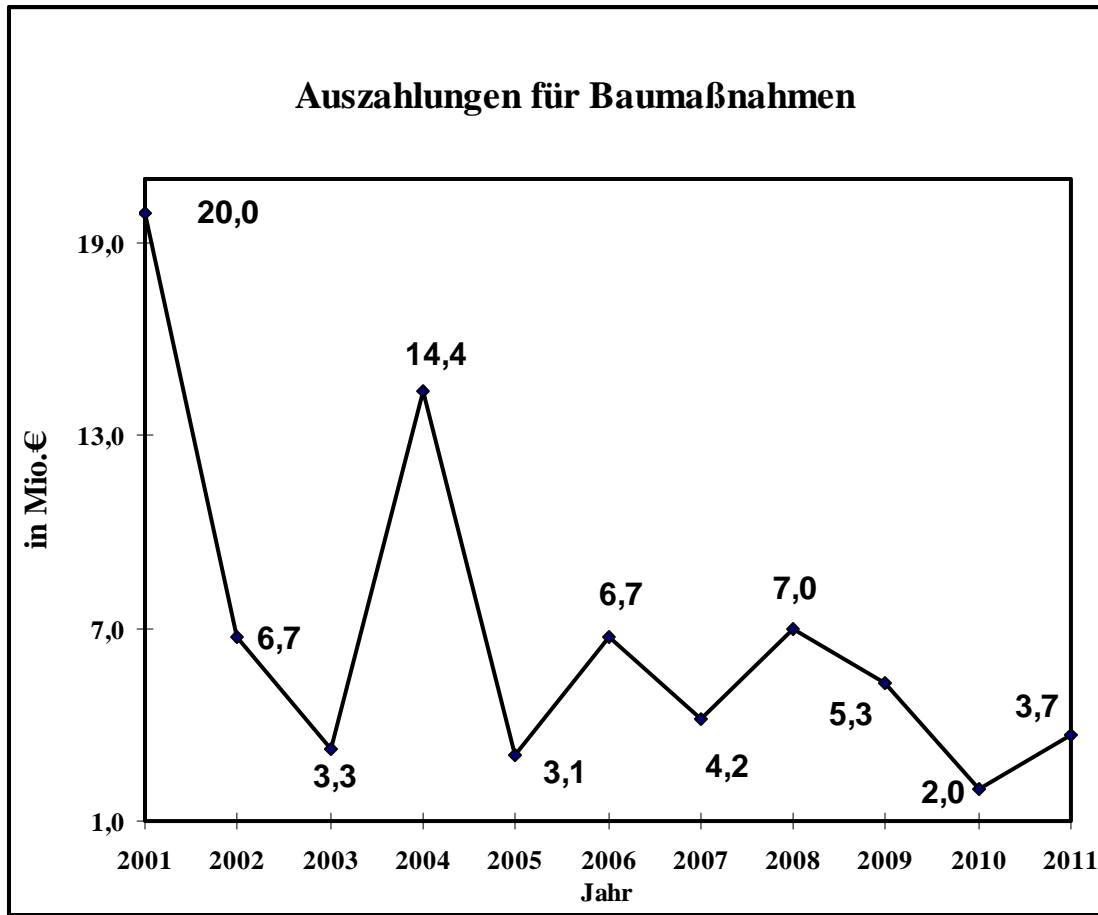


VIII. 2 Grafische Darstellungen Aufwendungen









IX. Teilfinanzpläne der Bereiche mit Erläuterungen

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	300	300	300	300	300	300
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.250	3.250	2.250	2.250	2.250	2.250
7 + Sonstige ordentliche Erträge	0	0	100	100	100	100
10 = Ordentliche Erträge	3.550	3.550	2.650	2.650	2.650	2.650
11 - Personalaufwendungen	1.322.920	1.295.660	1.256.480	1.275.450	1.288.780	1.292.340
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96.000	96.000	108.900	108.900	108.900	108.900
15 - Transferaufwendungen	1.000	1.000	0	0	0	0
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	684.200	715.450	501.700	461.700	461.700	461.700
17 = Ordentliche Aufwendungen	2.104.120	2.108.110	1.867.080	1.846.050	1.859.380	1.862.940
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.100.570	-2.104.560	-1.864.430	-1.843.400	-1.856.730	-1.860.290
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	244.840	244.840	244.840	244.840	244.840	244.840
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	191.360	191.360	191.360	191.360	191.360	191.360
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	53.480	53.480	53.480	53.480	53.480	53.480
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.047.090	-2.051.080	-1.810.950	-1.789.920	-1.803.250	-1.806.810

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Das prognostizierte Jahresergebnis verbessert sich insgesamt um rund 240.000 €. Die bisher im Produkt 00.05 Rechtsberatung veranschlagten Beiträge zum Gemeindeversicherungsverband und zur Unfallkasse NRW werden nunmehr zentral im Budget des Bereichs 10 ausgewiesen (252.000 €).

Die Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen resultieren aus dem verwaltungsinternen Wechsel eines ehemals in der Rechnungsprüfung eingesetzten Beamten.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	27.920	27.850	21.400	22.750	22.250	21.400
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.032.200	960.600	985.600	975.600	975.600	975.600
10 = Ordentliche Erträge	1.060.120	988.450	1.007.000	998.350	997.850	997.000
11 - Personalaufwendungen	2.059.940	2.245.630	2.174.650	2.216.760	2.239.270	2.245.020
12 - Versorgungsaufwendungen	0	1.100.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000	1.350.000
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	457.950	633.450	195.100	198.600	196.100	193.600
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	691.850	675.450	1.126.750	1.198.250	1.195.250	1.198.250
17 = Ordentliche Aufwendungen	3.209.740	4.654.530	4.846.500	4.963.610	4.980.620	4.986.870
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.149.620	-3.666.080	-3.839.500	-3.965.260	-3.982.770	-3.989.870
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.118.390	1.115.800	1.116.060	1.116.060	1.116.060	1.116.060
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	197.060	202.060	207.530	207.530	207.530	207.530
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	921.330	913.740	908.530	908.530	908.530	908.530
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.228.290	-2.752.340	-2.930.970	-3.056.730	-3.074.240	-3.081.340

Taktische Ziele

Abschluss einer Dienstvereinbarung zur leistungsorientierten Bezahlung bis zum 30.06.2011

Durchführung und Analyse einer Beschäftigtenbefragung und Darstellung der hieraus abzuleitenden Maßnahmen bis zum 30.09.2011

Umsetzung des Projektplans zum Aufbau eines Beteiligungsmanagements bis zum 31.12.2011

Prüfung weiterer Aufgabenfelder auf Geeignetheit für interkommunale Zusammenarbeit

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Im Rahmen der weiteren Vernetzung von Führungsinstrumenten mit der Entwicklung eines Gesamtleitbilds der Führung („Führungshaus Monheim am Rhein“) ist bis zum 30.06.2011 mit dem Personalrat der Abschluss einer Dienstvereinbarung zur leistungsorientierten Bezahlung anzustreben. Die leistungsorientierte Bezahlung ist ein wichtiger Baustein, um die Verbindlichkeit der im Rahmen der Mitarbeitergespräche zwischen Führungskraft und Beschäftigten vereinbarten Ziele zu stärken. Hierbei ist entsprechend den tarifrechtlichen Vorgaben, eine leistungsdifferenzierte Ausschüttung der Entgelte bzw. der Besoldung vorzusehen. Der Haupt- und Finanzausschuss ist über die gefundene Regelung zu unterrichten.

In Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal wird die im Jahr 2010 begonnene Neuausrichtung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements weiter betrieben. Hierzu wird bis zum 31.03.2011 eine Beschäftigtenbefragung zur Ermittlung der Arbeitsfähigkeit (sog. WAI) durchgeführt. Nach Auswertung und Analyse der Ergebnisse ist bis zum 30.09.2011 eine Maßnahmenplanung zu entwickeln und im Haupt- und Finanzausschuss zu präsentieren.

Zum 01.01.2010 wurde durch die Beteiligungsrichtlinie erstmals die Funktion des Beteiligungsmanagements implementiert. Der beschlossene Projektplan zum Aufbau eines Beteiligungsmanagements soll weiter systematisch umgesetzt werden. Nach dem Aufbau der Beteiligungsverwaltung im Jahr 2010 ist nunmehr das Beteiligungscontrolling zu entwickeln. Die Einzelheiten ergeben sich aus der Beteiligungsrichtlinie, der Dienstanweisung Beteiligungsmanagement und dem Projektplan.

Im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit werden insbesondere mit den umliegenden Städten im Kreis und dem Kreis selbst weitere Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit geprüft. Hierdurch soll ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und/oder eine Qualitätsverbesserung erzielt werden. Der Haupt- und Finanzausschuss wird über mögliche Kooperationen und die damit verbundenen Konsequenzen zeitnah unterrichtet. Die ursprüngliche Zielvereinbarung mit der Politik stammt aus den Haushaltsberatungen 2010.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Das voraussichtliche Jahresergebnis 2011 verschlechtert sich im Vergleich zum Ansatz 2010 um rund 120.000 €, was überwiegend durch die zentrale Ausweisung der Versicherungs- und Mitgliedschaftsbeiträge im Budget 10.01 in Höhe von 252.000 € und die zusätzliche zentrale Budgetierung der Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen in Höhe von 250.000 € bedingt ist.

Diese Mehraufwendungen werden durch Mehrerträge infolge der Übernahme der Personalabrechnungen für die Stadt Hilden und reduzierter Aufwendungen im Produkt Informationstechnologie nahezu kompensiert.

Nähere Erläuterungen sind bei den nachfolgenden Produkten dargestellt.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	50	50	50	50	50	50
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	459.000	270.000	270.000	270.000	270.000	270.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.650	30.650	30.650	8.950	8.950	8.950
7 + Sonstige ordentliche Erträge	118.600	118.600	118.600	118.600	118.600	118.600
10 = Ordentliche Erträge	611.550	422.550	422.550	400.850	400.850	400.850
11 - Personalaufwendungen	978.700	1.099.670	1.099.520	1.044.660	1.104.090	1.094.570
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	45.500	45.500	14.500	5.500	5.500	5.500
15 - Transferaufwendungen	838.500	681.000	681.000	681.000	681.000	681.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.400	47.400	55.100	55.100	55.100	55.100
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.920.100	1.873.570	1.850.120	1.786.260	1.845.690	1.836.170
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.308.550	-1.451.020	-1.427.570	-1.385.410	-1.444.840	-1.435.320
19 + Finanzerträge	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700
21 = Finanzergebnis	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700
22 = Ordentliches Jahresergebnis	-1.302.850	-1.445.320	-1.421.870	-1.379.710	-1.439.140	-1.429.620
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	360.040	360.040	360.140	360.140	360.140	360.140
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	154.710	154.710	154.710	154.710	154.710	154.710
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	205.330	205.330	205.430	205.430	205.430	205.430
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.097.520	-1.239.990	-1.216.440	-1.174.280	-1.233.710	-1.224.190

Taktische Ziele

Vorbereitung des ersten Gesamtabchlusses 2010

Der Gesetzgeber sieht für das Jahr 2010 den ersten Gesamtabchluss der Stadt incl. aller Beteiligungen vor. Realistischer Weise kann dieser erst 2012 vorgelegt werden. Es werden im Jahr 2011 weitere Voraussetzungen zur Erfüllung des Gesetzesanspruchs geschaffen

Ausbau der Nutzung der neuen Finanzsoftware

Zum 01.01.2011 wird eine neue Finanzsoftware in Betrieb gehen. Die Nutzungsmöglichkeiten sind deutlich vielfältiger als bisher. Da nicht alle zur Verfügung stehenden Angebote zum Termin umgesetzt werden konnten, wird im Jahre 2011 weiter verfeinert werden

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Für den Bereich 20 wird das Jahr 2011 ganz im Zeichen der zuvor genannten Ziele stehen. Auch wenn sich diese Aufgaben im Grunde genommen aus den gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung ergeben und somit nicht in den typischen Rahmen des Zielprozesses passen, haben sie aufgrund ihrer Dominanz auf den Bereich eine übergeordnete Bedeutung. Im Zusammenhang mit dem normalen Tagesgeschäft wird der gesamte Bereich bei der Umsetzung der genannten Ziele gefordert sein. Nicht erst das Jahr 2010 hat gezeigt, dass gerade hinsichtlich des ersten und dritten Zieles die Schwierigkeiten im Detail liegen, die ein sorgsames Vorgehen erfordern. Vor allem bei der Implementierung der neuen Finanzsoftware wird der aufwendige Lernprozess aus fehlerhaftem Vorgehen bei der Umstellung auf die doppelte Buchführung mit einbezogen.

Im Gegenzug verspricht sich der Bereich von dem neuen Finanzverfahren Impulse für das gesamte Finanzmanagement. Es wird an umfassenden Auswertungsmöglichkeiten gearbeitet, die eine Vernetzung sämtlicher Entscheidungsträger im Hause ermöglicht. Gemeinsam mit dem Managementinformationssystem ProFIS wird an einer weiteren Modulation des Berichtswesens gearbeitet, das auch der politischen Beratung schnellere und genauere Auskunftsmöglichkeiten bieten wird.

Im Endeffekt wird in Zukunft eine aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung entstehen, die den Vorgaben des § 18 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW gerecht wird. Diese soll nach den örtlichen Bedürfnissen als Unterstützung der Verwaltungssteuerung sowie für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung geführt werden.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Das Budget des Bereiches 20 bleibt gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die einzige nennenswerte Abweichung ergibt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, aus denen im Jahre 2010 die Hundebestandsaufnahme finanziert wurde. Dafür waren 40.000 € vorgesehen, die im Jahre 2011 nicht benötigt werden.

Damit werden zusätzliche Aufwendungen beim Personal (10.000 € aufgrund Tariferhöhung), Neubeschaffung von Hundesteuermarken (10.000 €) und beim Risikomanagement im Bereich der Kredite (5.000 €) kompensiert.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.000	1.000	0	0	0	0
3 + Sonstige Transfererträge	98.000	98.000	98.000	98.000	98.000	98.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.106.700	1.226.700	1.547.700	1.547.700	1.547.700	1.547.700
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	32.400	32.400	29.600	29.600	29.600	29.600
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	482.500	442.500	442.500	442.500	467.500	482.500
7 + Sonstige ordentliche Erträge	87.600	67.600	77.600	87.600	87.600	87.600
10 = Ordentliche Erträge	1.808.200	1.868.200	2.195.400	2.205.400	2.230.400	2.245.400
11 - Personalaufwendungen	4.266.520	4.402.480	4.291.380	4.359.030	4.404.840	4.371.350
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	576.570	589.270	739.470	742.770	745.500	747.770
15 - Transferaufwendungen	1.160.020	1.220.020	1.346.020	1.346.020	1.346.020	1.348.880
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	358.540	353.540	377.140	365.040	378.040	395.040
17 = Ordentliche Aufwendungen	6.361.650	6.565.310	6.754.010	6.812.860	6.874.400	6.863.040
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.553.450	-4.697.110	-4.558.610	-4.607.460	-4.644.000	-4.617.640
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	692.650	692.650	693.110	693.110	693.110	693.110
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-692.650	-692.650	-693.110	-693.110	-693.110	-693.110
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-5.246.100	-5.389.760	-5.251.720	-5.300.570	-5.337.110	-5.310.750

Taktische Ziele

Weiterentwicklung und Förderung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen, Familien, ältere und behinderte Menschen
Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten
Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse älterer Menschen

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Erarbeitung eines Demografiekonzeptes als Datengrundlagen strategischer Steuerungsinstrumente

Der demografische Wandel betrifft vielfältige Politikfelder wie Schule, Kindergärten, Verkehr, Gesundheit, Stadtplanung, soziale und technische Infrastruktur u. a. m. In Zusammenarbeit mit weiteren Bereichen der Verwaltung erarbeitet der Bereich Ordnung und Soziales ein Demografiekonzept mit den für eine strategische Steuerung dieses Prozesses notwendigen Daten- und Planungsgrundlagen. Das Demografiekonzept soll eine breite Informationsgrundlage liefern, den Herausforderungen des demografischen Wandels durch gezielte Maßnahmen begegnen zu können.

Berufung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Zu Beginn des Jahres ist die Benennung eines ehrenamtlich tätigen Behindertenbeauftragten durch den Rat der Stadt vorgesehen. Dieser soll in enger Abstimmung mit der Verwaltung die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten und dazu beitragen, die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes im öffentlichen Leben weiter umzusetzen. Der Ratgeber "Un-behindert Leben" mit allen wichtigen Beratungsangeboten wird 2011 neu aufgelegt.

Erarbeitung eines Integrationskonzeptes

Nachdem der Anfang 2010 gewählte Integrationsausschuss seine Arbeit aufgenommen hat, soll im Jahr 2011 die Erarbeitung des Integrationskonzeptes erfolgen. Dieses von Politik und Verwaltung gemeinsam getragene Konzept stellt die zukünftige Basis der kommunalen Integrationsaktivitäten dar. Es soll neben den Handlungsfeldern die Ziele und Zielgruppen sowie Aussagen zum Ressourceneinsatz beinhalten. Die Ende 2010 verwaltungsintern begonnen vorbereitenden Arbeiten werden im Jahre 2011 durch die vom Integrationsausschuss gebildete Arbeitsgruppe unter externer Begleitung fortgeführt.

Fortführung KOMM-IN-Projekt

Im Jahre 2010 hat sich der Bereich Ordnung und Soziales, Integrationsbüro, erfolgreich um eine Förderung des Landes NRW, KOMM IN NRW, mit dem Projekt "Verbesserung des Zuganges und der Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen der Altenhilfe für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte" beworben. Dieses Projekt beteiligt u. a. interessierte stationäre Senioreneinrichtungen, ambulante Pflegedienste, Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die beiden Moscheevereine, den Integrationsausschuss und den Seniorinnen- und Seniorenbeirat, Seniorenbüro sowie die Abteilung Kreisentwicklung und Integration der Kreisverwaltung Mettmann. Der Förderzeitraum endet am 31.03.2011.

Geschäftsführung Integrationsausschuss

Das Integrationsbüro unterstützt und berät den Integrationsausschuss in seinen Aktivitäten. Hierzu gehört insbesondere die Planung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen und die Öffentlichkeitsarbeit. Neben zahlreichen Einzelveranstaltungen und der Schaffung von Begegnungen ist im April 2011 in Zusammenarbeit von Integrationsausschuss, Integrationsbüro und Volkshochschule die Präsentation der DOMiT-Ausstellung "Geteilte Erinnerungen" vorgesehen. Insgesamt 33 Schwarz-Weiß-Fotografien vermitteln einen Eindruck von der Arbeits- und Lebenswelt der ehemaligen "Gastarbeiter" in Deutschland. Das Besondere: Die Aufnahmen erzählen die Geschichte der Migrantinnen und Migranten aus ihrer eigenen Perspektive. Dadurch kommen auch bisher verborgen gebliebene Seiten der deutschen Einwanderungsgeschichte zum Vorschein. Die Ausstellung in der Volkshochschule wird festlich eröffnet und von weiteren Veranstaltungen begleitet werden.

Förderung und Würdigung ehrenamtlichen Engagements

Die Ehrenamtsbörse der Stadt Monheim am Rhein unterstützt Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten und vermittelt Kontakte, informiert Vereine, Verbände und Institutionen, die ehrenamtliche Unterstützung benötigen. Die Ehrenamtsbörse wird im Jahre 2011 durch aktive Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen, den Kirchen und Verbänden, ehrenamtliches Engagement fördern und unterstützen. Geplant ist die Präsenz bei öffentlichen Veranstaltungen, z.B. im Rahmen des Stadtfestes oder der Seniorenmesse.

Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes aus dem Jahre 2002

Ziel ist die Sicherstellung eines qualifizierten Brandschutzes im Stadtgebiet zu allen Tages- und Nachtzeiten. Der Brandschutzbedarfsplan wurde im Jahr 2002 durch den Rat beschlossen. Die Fortschreibung wurde 2008 begonnen. Nach einer umfangreichen Datenerhebung wird die Fortschreibung im Jahr 2011 abgeschlossen.

Ersatzbeschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Feuerwehr

Bei der Feuerwehr ist ein störanfälliges Löschgruppenfahrzeug [Typ LF 16/12] zu ersetzen.

Die Aufbauten von Feuerwehrfahrzeugen sind wegen der geringen Stückzahl immer handwerkliche Einzelanfertigungen; daher haben Feuerwehrfahrzeuge in der Regel Lieferzeiten bis zu einem Jahr.

Das neu zu beschaffende Löschgruppenfahrzeug soll im Rahmen einer VE in 2011 ausgeschrieben und bestellt und im Jahre 2012 ausgeliefert werden.

Stärkung der freiwilligen Feuerwehr

Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, neue freiwillige Kräfte zu gewinnen und zu qualifizieren.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Ordentliche Erträge

Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich im Bereich Ordnung und Soziales 327.200 € höhere Ordentliche Erträge.

Im Wesentlichen ist dies zurückzuführen auf höhere öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte für die ab dem 01.11.2010 gültigen neuen Personalausweise (+200.000 €) sowie für Rettungsdienst- und Krankentransporte (+ 25.000 €). Beim Produkt 32.06 Besondere Bürgerangelegenheiten erhöhen sich die Erträge um 100.000 €, da erstmals die Nutzungsgebühren für die Unterkünfte der Flüchtlinge und Asylbewerber nicht als Sachleistung, sondern als Barleistung gezahlt werden.

Auf Grund des optimierten Personaleinsatzes bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs werden im Vergleich zum Vorjahr 10.000 € mehr an sonstigen öffentlichen Erträgen erwartet.

Ordentliche Aufwendungen

Mit der Einführung des neuen Personalausweises und der damit verbundenen Verwaltungsgebühren steigt bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der an die Bundesdruckerei abzuführende Anteil um 160.000 €.

Im Produkt 32.07 Allgemeine Sozialhilfe werden die Nutzungsgebühren für die Unterkünfte der Flüchtlinge und Asylbewerber erstmals nicht als Sachleistung, sondern als Barleistung (100.000 €) gezahlt. Des Weiteren erhöhen sich die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz um 20.000 €. Beides erhöht die Transferaufwendungen um 120.000 €.

Personalaufwendungen

Die Veränderungen bei den Personalaufwendungen resultieren daraus, dass bei einem Mitarbeiter die Freistellungsphase im Rahmen der Altersteilzeit endet und dieser nunmehr in Ruhestand versetzt wird. Damit entfallen diese Personalaufwendungen. Drei Beschäftigte werden im Laufe des Jahres in den Ruhestand versetzt. Auf allen drei Stellen werden damit die kw-Vermerke realisiert. Die Stelle einer Mitarbeiterin in Elternzeit wird im Jahre 2011 in Teilzeit besetzt. Im Gegenzug ist ein Beschäftigter der Arge ME-aktiv in den Bereich zurückkehrt.

Fazit

Das Budget des Bereiches weist eine leichte Ergebnisverbesserung aus. Die Einsparvorgaben im Rahmen der Haushaltssicherung für das Haushaltsjahr 2010 wurden erreicht.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51.560	74.060	657.120	665.170	665.170	665.170
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	388.200	397.900	397.900	397.900
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.380	44.380	231.600	242.350	242.350	242.350
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	43.000	59.000	374.250	374.250	374.250	374.250
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.100	1.100	200	200	200	200
10 = Ordentliche Erträge	140.040	178.540	1.651.370	1.679.870	1.679.870	1.679.870
11 - Personalaufwendungen	995.870	963.230	950.350	964.570	974.740	950.560
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.369.450	1.698.840	1.928.380	1.723.670	1.689.420	1.676.640
15 - Transferaufwendungen	667.200	631.800	1.458.740	1.533.290	1.538.290	1.538.290
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	248.900	253.700	280.190	290.640	305.870	300.870
17 = Ordentliche Aufwendungen	3.281.420	3.547.570	4.617.660	4.512.170	4.508.320	4.466.360
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.141.380	-3.369.030	-2.966.290	-2.832.300	-2.828.450	-2.786.490
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	53.000	0	0	0	0	0
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.230.930	4.230.930	4.847.250	4.846.950	4.846.950	4.846.980
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-4.177.930	-4.230.930	-4.847.250	-4.846.950	-4.846.950	-4.846.980
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-7.319.310	-7.599.960	-7.813.540	-7.679.250	-7.675.400	-7.633.470

Taktische Ziele

Anpassung von Betreuungsangeboten für Kinder an die sich wandelnden beruflichen und familiären Anforderungen, durch

Vorlage einer Entwicklungsplanung für Ganztagsangebote bis zum 01.08.2011 in den Fachausschüssen

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung

Realisierung der im Medienentwicklungsplan vorgeschlagenen Maßnahmen

Sicherung der Standorte von Sporthallen, Sportplätzen und speziellen Sporteinrichtungen für den Schul- und Freizeitsport in ausreichender Qualität und Quantität, durch

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen des Sportstättenkonzeptes

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Die Nachfrage nach Betreuungsangeboten steigt sowohl im Primarbereich als auch im Sekundarbereich. Die Fusion der Förderschulen in Trägerschaft des Kreises erfordert eine Anpassung im System der bestehenden Angebote (offener und gebundener Ganztags). In der Konsequenz ist die Trägerschaft bestehender Angebote auch unter Berücksichtigung der Vorgaben aus dem aktuellen HSK neu zu ordnen. Ein erster Bericht/Vorlage der Planung im BKS ist für die 2. Sitzung 2011 vorgesehen.

Der Schulentwicklungsplanung ist auch im Haushaltsjahr 2011 besondere Bedeutung beizumessen. Die signifikant gesunkenen und weiter sinkenden Schülerzahlen an Hauptschule und Realschule erfordern in der Perspektive schulorganisatorische Maßnahmen. Die Verwaltung wird hierzu nach Beratung durch die Schulaufsichtsbehörden entsprechende Vorschläge in der "Lenkungsgruppe Schulen" machen. Mit Schuljahresbeginn 2010/2011 werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich keinen besonderen Förderorten mehr zugewiesen. Dieser Schülerkreis wird - von wenigen Ausnahmen abgesehen - in Regelschulen inklusiv beschult. Diese Entwicklung und das Auslaufen des Teilstandortes der Armin-Maiwald-Schule eröffnen mittelfristig Perspektiven für die außerschulische Nutzung oder den Rückbau von Schulraum.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ist diese Entwicklung konkret zu untersuchen. Ein erster Bericht an die "Lenkungsgruppe Schulen" erfolgt im 3. Quartal 2011.

Der aktuell vorliegende Medienentwicklungsplan ist ein "qualitativer/pädagogischer" Baustein. Er ist ein Rahmenplan für den Planungszeitraum 2011 bis 2015, der auf der Basis von Richtlinien und Lehrplänen sowie der pädagogischen Konzepte der Schulen die Eckpunkte für die IT-Ausstattung schulscharf definiert. Die Umsetzung/Realisierung von Maßnahmen hängt einerseits von den zur Verfügung stehenden Ressourcen, andererseits von der Vorlage eines schlüssigen Konzeptes der jeweiligen Schule ab. (Kein Konzept, keine Ausstattung). Der Schulträger strebt die Einführung eines verbindlichen Zertifikates zur Mediennutzung an. Konkrete Vorschläge werden im Zusammenhang mit den bevorstehenden Haushaltsplanberatungen im BKS vorgelegt.

Maßnahmenkatalog, Realisierungszeiträume und Finanzierung im Sportstättenkonzept sind unter Berücksichtigung der Prüfergebnisse der vier Varianten anzupassen. Die mit dem Rückbau der Anlage am Kielsgraben verbundenen fehlenden Trainings- und Spielzeiten sind zu kompensieren.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Im aktuellen Entwurf des Haushaltsplanes wurden die ehemaligen Produkte 40.01 Schülerservice, 40.02 Schulbetrieb und 40.03 Schülerfürsorge im neuen Produkt 40.01 Schulen zusammengefasst.

Zudem werden nach organisatorischen Veränderungen im Laufe des Jahres 2010 OGATA spezifische Teilbereiche des ehemaligen Produktes 51.02 Jugendförderung und Ganztagschulen nach 40.01 verlagert.

Durch die Verlagerung erhöhen sich die Aufwandspositionen im Produkt 40.01 Schulen um rund 1.680.000 €. Auf der Ertragsseite sind rund 1.470.000 € zu verzeichnen. Bei dieser Betrachtung sind folgende Veränderungen bereits berücksichtigt:

Erhöhung der Landeszuweisungen ab Februar 2011, Einrichtung einer 5. OGATA Gruppe an der Schule am Lerchenweg ab August 2011 sowie die Erhöhung der Aufwendungen für die OGATA Gruppen in freier Trägerschaft auf pauschal 47.500 € jährlich ab August 2011.

Ohne Berücksichtigung dieser Veränderung bewegen sich die Ansätze auf dem Vorjahresniveau. Mehraufwendungen, z. B. für die Umsetzung des Medienentwicklungskonzeptes stehen Minderauswendungen u. a. durch geringere Schülerzahlen entgegen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	214.500	232.000	221.500	227.500	200.000	165.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	717.750	725.200	731.100	727.900	733.600	739.600
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63.550	53.550	68.650	69.050	69.550	69.550
10 = Ordentliche Erträge	995.800	1.010.750	1.021.250	1.024.450	1.003.150	974.150
11 - Personalaufwendungen	1.643.300	1.671.540	1.630.970	1.611.360	1.592.260	1.635.530
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	112.700	149.700	60.700	60.700	60.700	60.700
15 - Transferaufwendungen	0	0	0	300.000	300.000	300.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	80.960	86.960	100.570	84.570	84.570	84.570
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.836.960	1.908.200	1.792.240	2.056.630	2.037.530	2.080.800
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-841.160	-897.450	-770.990	-1.032.180	-1.034.380	-1.106.650
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	329.810	329.810	329.510	329.810	329.810	329.780
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-329.810	-324.810	-324.510	-324.810	-324.810	-324.780
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.170.970	-1.222.260	-1.095.500	-1.356.990	-1.359.190	-1.431.430

Taktische Ziele

Schaffung und Ausbau von angemessenen Räumlichkeiten für Kultur und kulturelle Bildung

Ausbau des außerschulischen Bildungs- und Weiterbildungsangebotes durch

- Neuausrichtung des Kursangebotes der VHS und der Kunstschule
- Einführung und Erprobung eines auf MoMo abgestimmten Musikunterrichtes für Erstklässler an allen Grundschulen der Stadt Monheim am Rhein
- Koordinierung und Vernetzung der kulturellen Bildung

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Neuausrichtung des Kursangebotes der VHS und der Kunstschule

- Erarbeitung eines Konzeptes zur Programmentwicklung der VHS vor dem Hintergrund reduzierter Personalressourcen unter Berücksichtigung einer Angebots- und Nachfrageevaluation bis zum 31.10.2011 (Berichterstattung erfolgt in der Herbstsitzung des VHS-Beirates).
- Ausdehnung der Angebote der Kunstschule auf die Zielgruppe Senioren.

Erläuterung:

Nachdem sich der Umfang und die personelle Besetzung der HPM-Stellen in der VHS verändert haben, ist die Angebotsstruktur der Einrichtung darauf qualitativ und quantitativ abzustimmen. Hierzu wird von der VHS ein Konzept erarbeitet und mit dem VHS-Beirat abgestimmt. Die Angebote der Kunstschule erfreuen sich sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen großer Beliebtheit. Auf Grund der demographischen Entwicklung gewinnen Bildungsangebote für Senioren zunehmend an Bedeutung. Daher werden zusätzliche Angebote der Kunstschule ab dem Jahr 2011 auf diese Zielgruppe zugeschnitten.

Einführung und Erprobung eines auf MoMo abgestimmten Musikunterrichtes für Erstklässler an allen Grundschulen der Stadt Monheim am Rhein

- Ausarbeitung entsprechender Unterrichtsmaterialien und Durchführung begleitender Fortbildung der Grundschullehrkräfte (Eine Berichterstattung im Fachausschuss soll im Herbst 2011 erfolgen).
- Auswertung der Erfahrungen der Grundschullehrkräfte und ggf. Erstellung einer Modifikation des Konzeptes zur Neuerprobung im Schuljahr 2011/12.

Erläuterung:

Die im Jahr 2010 von der Musikschule entwickelten Unterrichtsmaterialien für den regulären Musikunterricht der Erstklässler werden im Schuljahr 2010/2011 von allen Grundschullehrkräften, die im ersten Schuljahr Musik unterrichten, erprobt. Der entsprechende Prozess wird von der Musikschule vorbereitet und begleitet. Hierfür werden Handreichungen für die Grundschulen entwickelt und die betroffenen Lehrkräfte fortgebildet. Im Jahr 2010 sind an allen Grundschulen Kinderorchester entstanden. Ermöglicht wurde dies u. a. durch die Erstellung von speziellen auf die Möglichkeit der Kinder abgestimmten Orchesterstücken, die auf Veranlassung der Monheimer Musikschule von professionellen Komponisten erstellt und mittlerweile unter dem Titel "Musikmanufaktur" publiziert wurden. Im kommenden Schuljahr soll der Einsatz dieser Materialien systematisch begleitet und evaluiert werden.

Koordinierung und Vernetzung der kulturellen Bildung

Einrichtung einer Koordinierungsstelle "Kulturelle Bildung" bei der städtischen Kulturverwaltung
Bestandsaufnahme Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes "Kulturelle Bildung in Monheim am Rhein" bis 31.12.2011. (Eine Berichterstattung im Fachausschuss ist für die letzte Sitzung des Jahres 2011 vorgesehen.)

Erläuterung:

Die Stadt Monheim am Rhein kann schon jetzt ein überdurchschnittlich gutes Angebotsspektrum im Bereich der kulturellen Bildung vorweisen (z.B. MoMo, MUS-E, Ulla-Hahn-Sprachförderung). Die Einzelaktivitäten der teils unterschiedlichen Träger sollen im Jahr 2011 besser aufeinander abgestimmt, vernetzt und ausgebaut werden. Das darauf aufbauende vom Bereich zu erstellende "Gesamtkonzept Kulturelle Bildung" soll u. a. auch die Möglichkeit der externen Förderung z.B. durch das Land verbessern.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Der Zuschussbedarf des Bereiches reduziert sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 125.000 €. Dies begründet sich im Wesentlichen folgendermaßen:

Im Jahr 2010 waren Zuschüsse in Höhe von 50.000 € an die Yehudin-Menuhin-Stiftung (MUS-E) und an den Friedrich-Boedecker-Kreis geplant. Diese Art Zuschüsse sind für HSK-Kommunen unzulässig. Eine Kompensation läuft teilweise über die Sparkassenstiftung und durch eine Umstrukturierung innerhalb des Bereiches (Neuausrichtung einer Stelle in der Kulturverwaltung).

Eine in der VHS frei gewordene Vollzeitstelle (Fachbereichsleitung für Integration und Sprachen) wurde in eine halbe Stelle umgewandelt und mit einer wesentlich kostengünstigeren jungen Mitarbeiterin besetzt.

Das Land NRW hat angekündigt, dass die Förderung des Monheimer Modells (MoMo) fortgesetzt wird. Dies entlastet das Musikschulbudget um über 20.000 € in 2011. Die entsprechende Budgetverbesserung zeigt sich wegen einer Verlagerung von Personalressourcen allerdings nicht bei der Musikschule, sondern im Bereichsinterner Overhead.

Bei dem Produkt 41.00 Bereichsinterner Overhead wurde eine pauschale Personalkostenreduzierung in Höhe von 14.100 € eingerechnet.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.302.510	3.686.180	3.225.220	3.418.320	3.911.360	3.911.360
3 + Sonstige Transfererträge	460.000	460.000	159.000	159.000	159.000	159.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.692.900	1.551.980	1.324.650	1.340.700	1.362.450	1.362.500
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	244.350	272.120	65.450	68.750	67.750	67.750
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	136.900	230.900	360.720	308.500	308.500	308.500
10 = Ordentliche Erträge	5.836.660	6.201.180	5.135.040	5.295.270	5.809.060	5.809.110
11 - Personalaufwendungen	3.310.890	3.774.550	4.170.790	4.302.920	4.295.700	4.296.080
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	626.870	915.570	804.800	807.550	807.550	808.550
15 - Transferaufwendungen	10.874.700	13.027.590	13.107.250	13.732.250	14.418.250	14.118.250
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	97.210	97.660	115.210	114.980	115.080	117.080
17 = Ordentliche Aufwendungen	14.909.670	17.815.370	18.198.050	18.957.700	19.636.580	19.339.960
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.073.010	-11.614.190	-13.063.010	-13.662.430	-13.827.520	-13.530.850
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	687.700	687.700	687.700	687.700
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	667.070	614.070	614.070	614.070	614.070	614.070
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-667.070	-614.070	73.630	73.630	73.630	73.630
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-9.740.080	-12.228.260	-12.989.380	-13.588.800	-13.753.890	-13.457.220

Taktische Ziele

Übernahme von Verantwortung für gesundes Aufwachsen in Monheim am Rhein, durch

Erhöhung der Kontakte zu Kindern, Jugendlichen und Familien zur frühest möglichen Prävention und Intervention in familiären Krisen. Insbesondere die Zielgruppe der Familien mit Kindern unter sechs Jahren erhöht sich jährlich um 10 %

Erhalt und Ausbau der Angebote zur frühen Bildung und Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien, durch

Erhöhung der Quote der Kinder, die nach der Grundschule mindestens den mittleren Bildungsabschluss anstreben, um jährlich 10 %

Anpassung von Betreuungsangeboten für Kinder an die sich wandelnden beruflichen und familiären Anforderungen, durch

Ausbau der Betreuungsplätze für mindestens 30 % der Kinder unter drei Jahren bis zum 31.08.2013

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Im Jahr 2011 steht für den Bereich Kinder, Jugend und Familie die weitere Entwicklung präventiver Strukturen als auch die Entwicklung einer kinder- und familienfreundlichen Stadt Monheim am Rhein im Vordergrund. Insbesondere durch die Realisierung des "Haus der Chancen" und den umfassenden Ausbau für Kinder U3 soll dieser Zielsetzung Rechnung getragen werden.

Das Jugendamt als Garant zur Sicherung des Kindeswohles ist zudem verpflichtet, für Kinder, Jugendliche und Familien adäquate Unterstützungs- und Hilfsangebote bereit zu stellen. Um hier weiterhin im Vorfeld wirken zu können, ist die Umsetzung der Strategie Monheim für Kinder / Mo.Ki (frühest mögliche Förderung von Kindern und Familien) als vordergründig und handlungsleitend zu betrachten. Hierbei ist vorgesehen, die Weiterentwicklung des Ansatzes auf die weiterführenden Schulen zu fokussieren und in Mo.Ki III einzusteigen.

Zur Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz als auch an Plätzen für Kinder ab einem Jahr zum 1.8.2013 erfolgt der vorgesehene stufenweise Ausbau an Plätzen U3 auf 30% zum 1.8.2013.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Für den Bereich 51 Kinder, Jugend und Familie sind ca. 770.000 € an zusätzlichen Mitteln gegenüber dem Vorjahr im Haushalt 2011 veranschlagt.

Die zusätzlichen Mittel sind insbesondere bedingt durch Mehraufwendungen bei der Wirtschaftlichen Erziehungshilfe, dem Ausbau der Kindertagesstätten / Inbetriebnahme der Kindertagesstätte Wilhelm-Busch und der Übernahme von Mo.Ki-Baby in den städtischen Haushalt.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.300	743.300	80.000	80.000	80.000	80.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.705.450	11.340.350	11.540.850	11.540.850	11.540.850	11.546.350
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	53.050	56.050	27.000	27.000	27.000	88.500
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	657.000	659.600	656.900	656.900	656.900	656.900
7 + Sonstige ordentliche Erträge	20.550	20.550	50.550	50.550	50.550	50.550
10 = Ordentliche Erträge	12.437.350	12.819.850	12.355.300	12.355.300	12.355.300	12.422.300
11 - Personalaufwendungen	1.137.920	1.080.740	1.104.690	1.113.870	1.021.000	1.041.490
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.783.500	6.850.400	7.123.700	7.018.700	7.063.700	7.063.700
14 - Bilanzielle Abschreibungen	2.817.400	3.013.100	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
15 - Transferaufwendungen	4.400.000	4.450.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	413.860	1.384.250	624.250	594.750	617.150	575.750
17 = Ordentliche Aufwendungen	15.552.680	16.778.490	15.852.640	15.727.320	15.701.850	15.680.940
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.115.330	-3.958.640	-3.497.340	-3.372.020	-3.346.550	-3.258.640
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.685.800	2.134.200	2.238.400	2.238.400	2.238.400	2.238.400
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.429.290	2.442.690	2.546.890	2.546.890	2.546.890	2.546.890
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-743.490	-308.490	-308.490	-308.490	-308.490	-308.490
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-3.858.820	-4.267.130	-3.805.830	-3.680.510	-3.655.040	-3.567.130

Taktische Ziele

Optimierung der städtebaulichen/kommunalen Infrastruktur durch

Aufstellung und Unterhaltung von Katastern

Ausarbeitung von Katastern zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflichten, der Verbesserung der Planbarkeit von Straßenbaumaßnahmen sowie Optimierung der Unterhaltung im Tätigkeitsfeld Straße, Grünanlagen und Beleuchtung.

Stärkere Berücksichtigung der Barrierefreiheit

Bei Umbau-, Sanierungs- und Neubauplanungen von Verkehrsanlagen sollen die Belange des barrierefreien Bauens stärker berücksichtigt werden. Hier sind insbesondere die Anforderungen von Älteren, Behinderten und Kindern zu prüfen und zu beachten. Bei Neubaumaßnahmen werden die Mehrkosten bereits in der Maßnahmenanmeldung berücksichtigt.

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Schwerpunkt des Bereiches 60 ist neben den Querschnittsaufgaben der Abteilungen Wohnungswesen, Abfallangelegenheiten, Straßenverkehrsbehörde, Abwasser- und Deichangelegenheiten, Friedhof und Bodenordnung die Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur und die Planungsleistungen bei Neu- und Umbaumaßnahmen.

Schwerpunktmäßig steht im Bereich Straßenunterhaltung die Abarbeitung der im TÜV-Gutachten geprüften Straßen an. Im Jahr 2010 konnte hier schon mit der großflächigen Deckenerneuerung der Knipprather Straße erfolgreich begonnen werden.

Des Weiteren wird in der Abteilung Beleuchtung dem Erhalt des Festwertes Beleuchtung im Rahmen des Blockaustausches von überalterten und energieaufwändigen Beleuchtungseinheiten durch Austausch mit modernen Leuchtmitteln und Leuchtaufsätze Rechnung getragen. In den Folgejahren können damit bei den ausgetauschten Modulen ca. 50 % Energie gespart werden.

Im Bereich des Straßenneubaus wird insbesondere der Neu- und Umbau des Rathausplatzes und Busbahnhofes ein Schwerpunkt der Arbeiten darstellen. Die Zuwendungsanträge wurden mittlerweile positiv beschieden, die Ausführungsplanung wurde begonnen. Für den ersten Planungsausschuss im Jahr 2011 sollen die Pläne für die Umgestaltung dem Rat vorgestellt werden und ein Baubeschluss erwirkt werden. Ziel wird es sein, mit der Fertigstellung des Monheimer Tores auch den Rathausplatz mit dem Busbahnhof umgestaltet zu haben.

Weitere Maßnahmen sind der Neubau des Radweges Klappertorstraße bis Deichstraße mit barrierefreier Rampe zum Ausleger Baumberg und die Fertigstellung der Straßen im Gewerbegebiet Knipprather Busch. An den 2009 und 2010 erstellten Kreisverkehrsplätzen am Holzweg und an der Berghausener Straße sollen die restlichen Pflanzarbeiten durchgeführt werden.

Im Bereich Kanal wird die Kanalauswechsellung Haydnstraße von Schumannstr. bis Hauptsammler Baumberger Chaussee, der Entlastungssammler Opladener Straße / Am Kieswerk und das Entlastungsbauwerk Baumberger Chaussee / Weberstraße erstellt.

In einem weiteren Wirkungsfeld wird an der Umsetzung des Sportstättenkonzeptes durch den noch zu beschließenden Umbau / Sanierung bzw. Neubau von Sportstätten maßgeblich mitgewirkt.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Auch die Anmeldungen des Jahres 2011 für die nicht gebührenfinanzierten Produkte werden wieder geprägt durch den Nothaushalt. Die Ansätze aus 2010 wurden fortgeschrieben oder weitestgehend in ähnlicher Höhe wieder angesetzt.

Erstmals in 2011 werden die Produkte Stadtreinigung und Abfallangelegenheiten sowie Abwasser- und Deichangelegenheiten als jeweils getrennte Produkte geführt. Hieraus ergeben sich Verschiebungen gegenüber dem Jahr 2010.

Verkehrsflächen

Infolge von strukturellen Anpassungen im System des NKF wurden bei den Maßnahmenanmeldungen nunmehr die Anteile für Beleuchtung und Begrünung nicht im investiven Bereich (Teilfinanzplan B) angemeldet, sondern bei den entsprechenden Festwerten im Teilfinanzplan A (Unterhaltung). Diese Ansätze haben sich dadurch gegenüber dem Vorjahr entsprechend erhöht. Der Ansatz für die Unterhaltung der Verkehrsflächen wurde beibehalten.

Die Ansätze der Gebührenhaushalte Straßenreinigung, Abfallbeseitigung und Entwässerung resultieren aus der verabschiedeten Gebührenkalkulation.

Weitere Erläuterungen sind zu den einzelnen Produktanmeldungen zu finden.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	209.600	189.600	189.600	189.600	189.600	189.600
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.800	1.800	6.800	6.800	6.800	6.800
10 = Ordentliche Erträge	213.000	193.000	198.000	198.000	198.000	198.000
11 - Personalaufwendungen	1.020.480	1.040.840	1.032.610	1.030.050	1.035.960	1.043.720
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.000	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	163.500	134.900	159.900	134.900	134.900	134.900
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.189.980	1.180.740	1.202.510	1.174.950	1.180.860	1.188.620
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-976.980	-987.740	-1.004.510	-976.950	-982.860	-990.620
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	60.240	60.240	60.340	60.340	60.340	60.340
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-60.240	-60.240	-60.340	-60.340	-60.340	-60.340
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.037.220	-1.047.980	-1.064.850	-1.037.290	-1.043.200	-1.050.960

Taktische Ziele

Ausbau der Innenstadt zu einem mittelzentralen Einkaufszentrum, durch

- Ausbau des Citymanagement
- Reaktivierung von Einzelhandelsflächen

Profilierung der Gewerbestandorte unter besonderer Beachtung ihrer Lagegunst und Standortvorteile, durch

- Entwicklung von Vermarktungskonzepten (Menk und Schmolz & Bickenbach)
- Intensivierung der eingeleiteten Imagekampagne

Erschließung von Natur und Landschaft als Erlebnisraum im Sinne einer nachhaltigen Erholungs- und Freizeitnutzung unter Beachtung der Biotobvernetzung, durch

- Fortführung der Planung zum Landschaftspark Rheinbogen
- Erarbeitung eines Masterplans Rheinvorland

Ausweitung des Eigenheimangebotes insbesondere als Wohnungsangebot für die ortsansässige Bevölkerung, durch

- Mobilisierung von Baulandflächen

Integration der Siedlungsbereiche Monheim, Baumberg und des Berliner Viertels in eine gesamtstädtische Entwicklung, durch

- Entwicklung von Handlungsoptionen für das Berliner Viertel

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

In der Bauleitplanung sollen folgende Verfahren 2011 zum Abschluss gebracht werden:

- Bebauungsplan 53 B "Klappertorstraße"
- Bebauungsplan 112 M "Altes Brauereigelände" sowie die
- 1. Änderung des Bebauungsplanes 84 M "Gewerbegebiet Rheinpark"

Darüber hinaus sollen in 2011 folgende Bauleitplanverfahren angestoßen bzw. fortgeführt werden:

- Landschaftspark Rheinbogen
- Gewerbestandort Menk
- Gewerbestandort Schmolz & Bickenbach

Die Bauleitplanungen zu den Gewerbestandorten Menk sowie Schmolz & Bickenbach sollen parallel zu den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung entwickelt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Bauleitplanung wird in der planerischen Bewältigung des in der Entscheidung befindlichen Sportstättenkonzeptes liegen.

Schwerpunkte in der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung werden sich vor allen Dingen im Citymanagement ergeben und in der Fortführung und Ausdehnung der Imagekampagne "Monheim am Rhein +" nach außen. Der in 2010 getätigte Ansatz der Aufgabenwahrnehmung des Citymanagements soll 2011 weiter verfestigt und ausgebaut werden. Schwerpunkte bilden hierbei das Stadtfest und die Bestandspflege im Einzelhandel.

Die Reaktivierung von Einzelhandelsflächen zielt insbesondere auch auf Überlegungen zur verbesserten Anbindung der Heinestraße ab. Ferner wird die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Stadtplanung im Rahmen des Förderprogramms "aktive Stadt- und Ortsteilzentren" das Konzept zur Innenstadtentwicklung weiterentwickeln und entsprechende Vorschläge vorbereiten.

In der Freiraumplanung wird gemeinsam mit dem Bereich 60 das Konzept für den Landschaftspark Rheinbogen weiter entwickelt. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, einen Masterplan "Rheinvorland" in Angriff zu nehmen. Darin soll in Anlehnung an die bisherigen Planungen der "grünen 8" ein langfristiges vom Rat getragenes Konzept für die Entwicklung des Natur- und Landschaftsraumes im Rheinvorland zur Grundlage der weiteren Planungen gemacht werden. Alle wesentlichen laufenden und/oder geplanten Maßnahmen sollen in diesem Planwerk zusammenfassend dargestellt werden.

Die Abteilung Bauaufsicht / Denkmalpflege wird die Altstadtplanung auf der Grundlage des vom Rat beschlossenen Konzeptes fortführen zur Erhaltung des für die gesamte Stadt identitätsstiftenden Viertels.

Um die Handlungsoptionen in Bezug auf die Problematiken des Berliner Viertels näher eingrenzen zu können, soll hierfür zunächst eine verfeinerte Datenbasis erarbeitet werden. Aus der Analyse sollen sich dann angepasste Handlungsstrategien ableiten lassen.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Das prognostizierte Jahresergebnis des Bereiches insgesamt ist nahezu unverändert.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100	100	100
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	433.000	494.000	443.750	443.750	443.750	398.750
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	166.000	166.000	326.000	326.000	326.000	326.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	210.000	210.000	1.260.000	590.000	540.000	260.000
10 = Ordentliche Erträge	809.100	870.100	2.029.850	1.359.850	1.309.850	984.850
11 - Personalaufwendungen	2.073.320	1.947.690	1.981.200	1.978.670	1.938.430	1.925.270
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.640.300	4.266.500	5.184.500	4.564.500	4.384.500	4.404.500
15 - Transferaufwendungen	600	600	500	500	500	500
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	593.800	683.800	211.800	211.800	211.800	211.800
17 = Ordentliche Aufwendungen	6.308.020	6.898.590	7.378.000	6.755.470	6.535.230	6.542.070
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-5.498.920	-6.028.490	-5.348.150	-5.395.620	-5.225.380	-5.557.220
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	403.000	353.000	353.000	353.000	353.000	353.000
21 = Finanzergebnis	-403.000	-353.000	-353.000	-353.000	-353.000	-353.000
22 = Ordentliches Jahresergebnis	-5.901.920	-6.381.490	-5.701.150	-5.748.620	-5.578.380	-5.910.220
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	5.697.460	5.696.600	5.630.590	5.630.590	5.630.590	5.630.590
28 = Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	657.960	657.960	657.960	657.960	657.960	657.960
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	5.039.500	5.038.640	4.972.630	4.972.630	4.972.630	4.972.630
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-862.420	-1.342.850	-728.520	-775.990	-605.750	-937.590

Taktische Ziele

Ausbau der Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Schaffung und Ausbau von angemessenen Räumlichkeiten für Kultur und kulturelle Bildung, durch

Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur (Neubau von 2 Kitas (U3 und Ü3))

Schaffung adäquater Ersatzräume für das in der Bregenzer Str. wegfallende Unterrichtsgebäude der Musikschule

Sicherung der Standorte von Sporteinrichtungen für den Schul- und Freizeitsport, durch

Umsetzung der Hochbaumaßnahmen im Rahmen des Sportstättenkonzeptes ab Jahr 2011 ff

Integration der Siedlungsbereiche Monheim, Baumberg und des Berliner Viertels in eine gesamtstädtische Entwicklung, durch

Freiziehung und Verkaufsvorbereitungen für verschiedene städtische Liegenschaften ab 2011 ff

Weiterentwicklung des Maßnahmenkataloges zum Klimaschutz in Monheim am Rhein

Reduzierung des Flächenverbrauchs, durch

Optimierung / Verwertung städtischer Büroflächen und/oder Liegenschaften in 2011 ff

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2011

Der Bereich des Gebäude- und Liegenschaftsmanagements zählt zu den "nicht gebührenfinanzierten" Bereichen. In Jahren angespannter Haushaltslagen und unter Berücksichtigung des Nothaushaltes können daher nur Maßnahmen berücksichtigt werden, die die entsprechenden formalen Voraussetzungen erfüllen.

In 2011 vorgesehene Maßnahmen:

Neben kleineren Reparatur-, Erhaltungs- und Wartungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden werden im Bereich Neubau und Gebäudeunterhaltung folgende größere Maßnahmen durchgeführt:

Es ist geplant, die begonnene Umstrukturierung "Betreuungsplätze U3" der Kindertagesstätten-Landschaft fortzusetzen. Die bestehende KiTa an der Oranienburger Straße soll entsprechend umgestaltet werden und in diesem Zuge werden dort dringend notwendige Sanierungen durchgeführt. Die begonnenen Baumaßnahmen "Neubau KiTa Wilhelm-Busch" sowie der "Neubau KiTa Bregenzer Straße" werden fortgeführt und voraussichtlich zum Sommer 2011 abgeschlossen.

Darüber hinaus soll begonnen werden (erster von 4 Bauabschnitten), die dringend sanierungsbedürftigen Fenster der Südfassade (Straßenfront) des Otto-Hahn-Gymnasiums auszutauschen. Durch den technisch nicht mehr aufzuschiebenden Austausch wird gleichzeitig den aktuellen Wärmeschutzanforderungen Rechnung getragen.

Im Zusammenhang mit dem Sportstättenkonzept wird der Bereich die erforderlichen Hochbaumaßnahmen (insb. Umkleidegebäude) abhängig vom Konzept und den Finanzierungszusagen realisieren.

Im Bereich Liegenschaftsmanagement sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Durch das Freiziehen nicht mehr benötigter städtischer Gebäude können Grundstücke zum Verkauf für den Wohnungsbau angeboten werden. Hierbei wird der Forderung nach weiterem Wohnraum u.a. für junge Familien Rechnung getragen sowie dem demographischen Wandel und der Reduzierung des Einwohnerbestandes entgegengewirkt.

In diesem Zusammenhang sollen die Gebäude "KiTa Bregenzer Straße", "ehemalige Wilhelm-Busch-Schule" und die zwei Gebäude an der "Krischerstraße 35/37" zurück gebaut werden.

Die Grundstücke an der Bregenzer Straße sowie an der Krischerstraße 35/37 sollen anschließend zu Zwecken des Wohnungsbaus veräußert werden.

Die Erreichung verschiedener Ziele hängt auch von erfolgreichen Maßnahmen im Rahmen des Klima- und Umweltschutzes ab. Es werden daher im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Maßnahmen entwickelt, um das Leben und Wohnen in Monheim am Rhein nachhaltig so angenehm wie möglich zu gestalten.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Der Haushaltsansatz 2011 für das "Ordentliche Jahresergebnis" fällt gegenüber dem Ansatz des Vorjahres zunächst positiver aus.

Innerhalb der "Ordentlichen Erträge" ist eine Erhöhung zu verzeichnen, die im Wesentlichen auf Erträge im Produkt 71.01

Gebäudebewirtschaftung und -unterhaltung infolge der ertragswirksamen Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen zurück zu führen ist.

Bei den "Ordentlichen Aufwendungen" ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung zu verzeichnen. Hierbei werden im Haushaltsansatz erhöhte Aufwendungen für die Gebäudereinigung und die Energie (Wärme und Strom), eine Erhöhung des Bauunterhaltungsbudgets infolge der Auflösung von Rückstellungen sowie erhöhte Aufwendungen für die Baureifmachung von Grundstücken (Abbruchmaßnahmen), durch geringere Aufwendungen für die Inanspruchnahme der Städtischen Betriebe und geringere Wertkorrekturen für unbebaute Grundstücke (Wertreduzierungen) nicht vollständig kompensiert.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	42.360.000	37.450.000	43.780.000	45.230.000	47.200.000	50.150.000
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.325.530	11.625.530	11.600.000	11.400.000	12.400.000	11.400.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.135.680	1.135.680	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	2.102.000	2.102.000	3.502.000	2.302.000	2.302.000	2.302.000
10 = Ordentliche Erträge	48.923.210	52.313.210	58.882.000	58.932.000	61.902.000	63.852.000
14 - Bilanzielle Abschreibungen	6.117.790	6.117.790	8.300.000	8.300.000	8.300.000	8.300.000
15 - Transferaufwendungen	22.490.000	22.490.000	23.990.000	23.390.000	22.050.000	22.840.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	28.607.790	28.607.790	32.290.000	31.690.000	30.350.000	31.140.000
18 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	20.315.420	23.705.420	26.592.000	27.242.000	31.552.000	32.712.000
19 + Finanzerträge	17.800	17.800	17.800	17.800	17.800	17.800
20 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.762.800	4.762.800	4.250.000	4.500.000	4.750.000	4.850.000
21 = Finanzergebnis	-4.745.000	-4.745.000	-4.232.200	-4.482.200	-4.732.200	-4.832.200
22 = Ordentliches Jahresergebnis	15.570.420	18.960.420	22.359.800	22.759.800	26.819.800	27.879.800
27 = Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
29 = Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	15.570.420	18.980.420	22.379.800	22.779.800	26.839.800	27.899.800

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Erträge

Steuern und ähnliche Abgaben

Aufgrund von Nachzahlungen für Vorjahre bei der Gewerbesteuer fielen die Ergebnisse für die Jahre 2007 (19,3 Mio. €), 2008 (27,1 Mio. €) und 2009 (19,5 Mio. €) überdurchschnittlich gut aus. Das Jahr 2010 wird hingegen mit rund 16,2 Mio. € abschließen.

Für das Jahr 2011 sind bereits Anhaltspunkte bekannt geworden, die ebenfalls in Summe Nachzahlungsforderungen von rund 5 Mio. € erkennen lassen. Der Ansatz kann daher für das laufende Jahr auf 18 Mio. € gesetzt werden. In den Folgejahren wurden die positiven Prognosen der Gesamtwirtschaft mit zugrunde gelegt. Von weiteren Nachzahlungen in großer Höhe kann zum derzeitigen Zeitpunkt allerdings nicht ausgegangen werden.

Beim Ansatz für die Grundsteuer B findet die Erhöhung des Hebesatzes auf nunmehr 455 %-Punkte ihren Niederschlag. Der Ertrag wird auf 7.530.000 € veranschlagt. Für 2012 ist die dritte Erhöhung aus dem Haushaltssicherungskonzept vorgesehen.

Bei der Vergnügungssteuer lässt das Ergebnis des Jahres 2010 die Erhöhung des Ansatzes auf 550.000 € zu.

Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde auf Grundlage der Orientierungsdaten des Landes sowie einer Aktualisierung im Rahmen der Novembersteuerschätzung fortgeschrieben. Diese lassen aufgrund der positiven Konjunkturwerte einen Anstieg der zu verteilenden Masse erwarten. Basierend auf den Ansatzwerten des Jahres 2010 wird mit einer Steigerung von 7,7 % gerechnet. Das tatsächliche Ergebnis war allerdings deutlich besser, demgegenüber wird sich das Gesamtaufkommen um 1,6 % verringern. Für die Stadt Monheim am Rhein wird ein Aufkommen in Höhe von 13,85 Mio. € geschätzt.

Die Schlüsselzahl, die die Grundlage für die Berechnung des jeweiligen Anteils an der Einkommensteuer darstellt, beträgt seit dem Haushaltsjahr 2009 0,0025598). Für das Folgejahr sehen die Orientierungsdaten eine Steigerungsrate von 6,3 % vor.

Für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer prognostizieren die Orientierungsdaten eine Steigerung von 1,9 % im Jahre 2011. Für die Stadt Monheim am Rhein bedeutete dies einen Anstieg der Erträge um rund 30.000 €. Zugrunde gelegt wurde dabei die Prognose der Steuerschätzung in Höhe von 875 Mio. € als Verteilungsmasse. Dies ergibt einen Ertrag in Höhe von 1.860.000 €. Das Jahr 2012 wurde mit einer Steigerung in Höhe von 2,5 % fortgeschrieben.

Bei den Kompensationsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich wird die Verteilungsmasse im laufenden Jahr um rd. 8,8 % deutlich zurückgehen. Angekündigt war dies allerdings aufgrund einer Veränderung im Abrechnungssystem bereits im Vorjahr und damit auch eingeplant. Für die Jahre 2012 und 2013 sind wieder Steigerungsraten in Höhe von 4,4 % und 2,4 % vorgesehen.

Auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) für das jeweilige Haushaltsjahr erhalten die Gemeinden Schlüsselzuweisungen, deren Höhe sich nach der durchschnittlichen Ausgabebelastung und nach ihrer Steuerkraft bemisst. Mehrbelastungen, die durch die Trägerschaft von Schulen und Dauerarbeitslosigkeit bestehen, sind angemessen zu berücksichtigen. Die Zuweisung wird an einer Ausgangsmesszahl (Gesamtansatz x einheitlicher Grundbetrag) und einer Steuerkraftmesszahl ermittelt. In die Ermittlung der Steuerkraft werden die Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage, die Grundsteuer, die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer und die einheitsbedingten gemeindlichen Leistungen einbezogen. Unterschreitet die Steuerkraftmesszahl (Referenzzeitraum für das Jahr 2011: 01.07.2009-30.06.2010) die Ausgangsmesszahl, werden 90 % des Differenzbetrages als Schlüsselzuweisungen gewährt.

Mittlerweile liegt eine Proberechnung für das Jahr 2011 vor. Danach erhöht sich die Verbundmasse gegenüber dem Vorjahr um rund 320 Mio. €. Gleichzeitig ist die Steuerkraft der Gemeinden im Land NRW drastisch gesunken, so dass sich der Grundbetrag zur Ermittlung der Ausgangsmesszahl weiter verringert hat. Im Gegensatz zum Landestrend ist die Steuerkraft der Stadt Monheim am Rhein sogar leicht gestiegen, was ins Verhältnis gesetzt einen starken Rückgang der Schlüsselzuweisungen zur Folge hat. Insgesamt können lediglich 6,2 Mio. € veranschlagt werden. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 2,2 Mio. €, gegenüber dem geplanten Ansatz im HSK für 2011 sogar um 4,2 Mio. €.

Die Planung der Werte für die Folgejahre ist bei dieser Position mehr denn je ein Blick in die Glaskugel, da neben der persönlichen Entwicklung der Steuerkraft einer jeden Stadt immer auch die Gesamtentwicklung aller Städte in NRW davon abhängig ist, mit welchem Anteil man am Gesamtkuchen beteiligt wird. Unter Zugrundelegung eines einigermaßen gleichförmigen Verlaufs der Wirtschafts- und Konjunkturdaten und dem Eintreffen der prognostizierten eigenen Steuererträge mit etwa gleichbleibenden Beträgen in Höhe von 6-7 Mio. € gerechnet werden. Zu den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen gehören auch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Die Sonderposten sind ein Bilanzwert auf der Passivseite, die den Anlagegütern der Aktivseite gegenüberstehen, wenn diese mit Fremdmitteln finanziert wurden. Im Umkehrschluss bilden die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten einen Gegenpart zu den Abschreibungen als Aufwandsposition. Im Haushalt 2011 ergibt sich gegenüber den Ansätzen der Vorjahre eine Verbesserung um 1,3 Mio. €. Diese resultiert aus der erstmaligen Berechnung der genauen Werte im Rahmen der Abschlussarbeiten des ersten NKF - Haushaltsjahr 2007. Dem steht allerdings eine Ergebnisverschlechterung aufgrund höherer Abschreibungen in Höhe von 2,2 Mio. € gegenüber.

Sonstige ordentliche Erträge

Unter den sonstigen ordentlichen Erträgen werden im Wesentlichen die Konzessionsabgaben und die Zinsen aus Gewerbesteuernachzahlungen gem. § 233a AO veranschlagt. Die Ansatzerhöhung ergibt sich aus den oben erwähnten Nachzahlungen bei der Gewerbesteuer für einen Zeitraum seit 2003.

Aufwendungen

Bilanzielle Abschreibungen

Im Haushalt 2011 ergibt sich gegenüber den Ansätzen der Vorjahre eine Verschlechterung um 2,2 Mio. €. Diese resultiert aus der erstmaligen Berechnung der genauen Werte im Rahmen der Abschlussarbeiten des ersten NKF - Haushaltsjahr 2007. Dem steht allerdings eine Ergebnisverbesserung aufgrund höherer Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 1,3 Mio. € gegenüber.

Transferaufwendungen

An dieser Stelle werden unter anderem die Mittel für die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung zum Fonds Deutsche Einheit ausgewiesen. Diese werden ermittelt, indem der Ertrag aus der Gewerbesteuer durch den Hebesatz geteilt und mit einem vom Gesetzgeber festgelegten Hebesatz multipliziert wird.

Die Entwicklung der Hebesätze und der damit verbundenen Erträge sind unter den Leistungsdaten abgebildet.

Zur Finanzierung seiner Ausgaben erhebt der Kreis Mettmann gem. § 45 Kreisordnung NRW in Verbindung mit den Bestimmungen des jeweils gültigen GFG eine jährlich durch den Kreistag neu festzusetzende Kreisumlage. Sie wird nach einem Prozentsatz der Umlagegrundlagen berechnet. Neben der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisung ist auch die Solidarleistung Deutsche Einheit Umlagegrundlage.

Die Umlagegrundlagen der Stadt Monheim am Rhein verringern sich gegenüber dem Jahr 2010 von 46,93 Mio. € auf nunmehr 45,67 Mio. €. Trotz dieser verringerten Umlagegrundlagen wird sich der Ansatz für die Kreisumlage von 19,9 Mio. € auf 20,6 Mio. € gegenüber dem Ansatz 2010 sogar erhöhen, da der Kreistag im Kreishaushalt eine Steigerung des Hebesatzes von 42,2 auf umgerechnet rund 45,1 % vorsieht. Dies war aus Sicht des Kreises deswegen notwendig, da die Gesamtfinanzkraft aller Städte im Kreis jäh eingebrochen war. Und dies ist schon die abgemilderte Variante gegenüber dem Entwurf der Kreisverwaltung, der einen Hebesatz von 48 % vorgesehen hatte und einen Leistungsumfang der Stadt Monheim am Rhein in Höhe von rund 22 Mio. €. Dies war nur möglich, da alle Städte im Kreis ihren Unmut über die hohe Belastung der betroffenen Städte kund getan haben.

Der Ansatz für die Krankenhausumlage des Landes NRW verbleibt unverändert bei 490.000 €.

Finanzaufwendungen

Bis zum Jahre 2015 wird die Stadt Monheim am Rhein nicht in der Lage sein, ein positives Finanzergebnis, sprich eine ausgeglichene Liquiditätswirtschaft vorzuweisen. So lange werden sich die aus der Kameralistik angesammelten Fehlbeträge in Form von notwendigen Kassenkrediten weiter erhöhen. Somit müssen auch grundsätzlich weitere Mittel für die Zinszahlungen aus diesen Kassenkrediten bereit gestellt werden. Zwar war in den Jahren 2007 bis 2010 aufgrund der besseren Liquiditätslage aus den Gewerbesteuererträgen eine leichte Entspannung eingetreten, aber der Bedarf ist unvermindert hoch und liegt zurzeit im Mittel bei 50 Mio. €. Bis zum Jahresende 2011 werden rund 60 Mio. € erreicht sein. Trotzdem kann der Ansatz für 2011 auf 1,5 Mio. € um rund 200.000 € vermindert werden, da in den vergangenen Monaten noch gute Abschlüsse getätigt werden konnten. In den Folgejahren ist allerdings wieder mit Steigerungen um jeweils 200.000 € auf zuletzt 2,0 Mio. € im Jahre 2014 zu rechnen, da mit Zinssteigerungen zu rechnen ist.

Auch bei den Zinsaufwendungen für investive Kredite kann der Ansatz aufgrund guter Zinsverläufe und eines zu hoch geschätzten Ansatzes im Vorjahr um 300.000 € zurückgefahren werden.

Bereich: 90 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt: 00 Allgemeine Finanzwirtschaft



Produktleistungen

Gemeindesteuern

Erträge

Grundsteuer A + B
Gewerbesteuer
Verzinsung Gewerbesteuer (Nachzahlung)
Vergnügungssteuer
Hundesteuer

Aufwendungen:

Gewerbesteuerumlage
Fonds Dt. Einheit (Erhöhungsanteil Gewerbesteuer)
Verzinsung Gewerbesteuer (Rückerstattung)

Gemeinschaftssteuern

Erträge

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
Ausgleichszahlung nach dem Familienleistungsausgleich

Allgemeine Zuweisungen und Umlagen

Erträge

Schlüsselzuweisungen

Einzahlungen (investiv)

Investitionspauschale
Schulpauschale
Sportpauschale

Aufwendungen

Kreisumlage

Auszahlungen (investiv)

Krankenhausumlage nach dem Krankenhausgesetz

Konzessionsabgaben

Erträge

Konzessionsabgabe MEGA – Strom
Konzessionsabgabe MEGA – Gas
Konzessionsabgabe
Verbandswasserwerk

Kreditwirtschaft

Erträge

Zinsen

Einzahlungen

Aufnahme von Investitionskrediten

Aufwendungen

Zinsen für Investitionskredite
Zinsen für Liquiditätskredite

Auszahlungen

Tilgung für Investitionskredite

Sonderposten und Abschreibungen

Erträge

Auflösung von Sonderposten

Aufwendungen

Abschreibung des Anlagevermögens

Da die Allgemeine Finanzwirtschaft ab 2011 lediglich aus dem einen gleichnamigen Produkt besteht, wird an dieser Stelle auf die erneute Darstellung der Finanzwerte verzichtet und es werden lediglich die ‚Produktleistungen‘ und Leistungsdaten (siehe Folgeseite) ausgewiesen.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen				
Gesamtaufkommen Steuerverbund NRW	T€	7.973.238	7.598.174	7.921.115
Umlagegrundlage Finanzausgleich Stadt Monheim am Rhein	T€	48.799	46.929	45.671
Schlüsselzuweisungen	€	381.242	8.400.000	6.200.000
Hebesatz der Kreisumlage	%	41,0	42,2	45,1
Einkommens- und Umsatzsteuer				
Gesamtaufkommen Einkommensteuer NRW	T€	69.524.256	61.500.000	65.400.000
Verteilungsschlüssel Einkommensteuer Stadt Monheim am Rhein	%	0,2560	0,2560	0,2560
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	€	14.830.676	13.000.000	13.850.000
Gesamtaufkommen Umsatzsteuer NRW	T€	10.145.700	10.272.000	10.500.000
Verteilungsschlüssel Umsatzsteuer Stadt Monheim am Rhein	%	0,2128	0,2128	0,2128
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer des Landes	€	1.799.350	1.830.000	1.860.000
Gemeindesteuern				
Hebesatz Grundsteuer A	%	380	380	380
Grundsteuer A -Aufkommen insgesamt	€	26.670	30.000	30.000
Hebesatz Grundsteuer B	%	415	435	455
Grundsteuer B -Aufkommen insgesamt	€	6.674.300	7.130.000	7.530.000
Hebesatz Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag	%	435	435	435
Gewerbesteueraufkommen insgesamt	€	19.494.500	13.000.000	18.000.000
Gewerbesteuerumlage	%	32	35	35
Fond Deutsche Einheit (Erhöhungsanteil Gewerbesteuerumlage)	%	34	36	35
Geldspielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten in Spielhallen je Geräte pro Monat	%	15	15	15
Geldspielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten in Gaststätten je Gerät pro Monat	%	10	10	10
Geldspielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit in Spielhallen je Gerät pro Monat	€	70	70	70
Geldspielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit in Gaststätten je Gerät pro Monat	€	40	40	40
Vergnügungssteueraufkommen insgesamt	€	165.148	400.000	550.000
Hundesteuer bei einem Hund	€	108	108	132
Hundesteuer bei zwei Hunden je Hund	€	132	132	156
Hundesteuer bei drei Hunden je Hund	€	156	156	180
Hundesteuer bei einem oder mehreren gefährlichen Hunden je Hund	€	1.080	1.080	1.320
Hundesteueraufkommen insgesamt	€	227.219	240.000	300.000
Kreditwirtschaft				
Darlehen (inkl. PPP-Projekt)	Anz.	23	24	24
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	T€	58.618	56.963	57.417
Verbindlichkeiten aus Krediten für Liquiditätssicherung	T€	45.250	52.700	60.000
Verbindlichkeiten aus Krediten für das PPP-Projekt	T€	18.597	17.456	16.268
Summe Tilgung	T€	2.824	3.009	3.100
Summe Zinsen	T€	4.574	5.063	4.553
Zinsen für Investitionen	T€	2.883	3.010	2.700
Zinsen für Liquiditätssicherung	T€	1.338	1.700	1.500
Zinsen für PPP-Projekt (nachrichtlich - Bereich 71)	T€	353	353	353

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Ansiedlung des Merkurcenters sorgt für die Erhöhung des Vergnügungssteueraufkommens ab 2010.

